

18.01.2022
Dok S1/2022 OSUW1/2022
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Die für das Unterrichtswesen zuständige Ministerin wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2022

INHALTSANGABE

Dieser Dekretvorentwurf ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.

Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Einführung von Fördergrundschulassistenten
- Anpassung des Gelegenheitsurlaubs bei Sterbefall des Partners oder eines Kindes
- Aufnahmeverfahren zur Zulassung zur Erstausbildung im Studienbereich Lehramt an der autonomen Hochschule
- Stellenkapital
- Reform des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Vorentwurf	28

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Anpassung der Arbeitszeitregelung für das Erziehungshilfspersonal und für den Einsatz des Erziehungshilfspersonals in den Internaten des Gemeinschaftsunterrichtswesens (Art. 1 und 42)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Diese dekretalen Anpassungen dienen der Umsetzung der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung.

Gegenstand dieser Richtlinie sind die täglichen und wöchentlichen Mindestruhezeiten, der Mindestjahresurlaub, die Ruhepausen und die wöchentliche Höchstarbeitszeit sowie bestimmte Aspekte der Nacht- und der Schichtarbeit sowie des Arbeitsrhythmus. Im Frühjahr 2020 stellte die EU-Kommission eine EU-Pilot-Anfrage in Bezug auf die Arbeitszeitregelung der Internatsaufseher, die auf der oben genannten EU-Richtlinie basiert. Die EU-Pilot-Anfrage zielt vor Allem darauf ab, die Kohärenz zwischen der bestehenden Arbeitszeitregelung und der EU-Richtlinie zu gewährleisten. Demzufolge sind Anpassungen der Arbeitszeitregelung für das Erziehungshilfspersonal und für den Einsatz des Erziehungshilfspersonals in den Internaten des Gemeinschaftsunterrichtswesens erforderlich.

Laut EU-Richtlinie darf die durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf sieben Tage 48 Stunden über einen Referenzzeitraum von 4 Monaten nicht überschreiten. Eine maximale Wochenarbeitszeit inklusive Referenzzeitraum ist im Unterrichtswesen nur für einige wenige Ämter geregelt und auf 50 Stunden pro Woche begrenzt.

Die Wochenarbeitszeit des Erziehungshilfspersonals beläuft sich auf 36 Stunden, mit Ausnahme des förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen, dessen Arbeitszeit sich auf 38 Stunden pro Woche beläuft.

Die derzeitige Wochenarbeitszeit liegt folglich unter der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden gemäß EU-Richtlinie, war bislang jedoch nicht für alle Ämter des Erziehungshilfspersonals dekretal verankert, sondern lediglich für den förderpädagogischen Koordinator im Förderschulwesen. Es wird demnach vorgeschlagen, auch für die anderen Ämter der Kategorie des Erziehungshilfspersonals Rechtssicherheit zu schaffen.

Laut EU-Richtlinie muss für jeden Aufseher eine Mindestruhezeit von 11 aufeinander folgenden Stunden zwischen Beendigung und Wiederaufnahme der Arbeit innerhalb von 24 Stunden gewährleistet sein. Diese Bestimmung ist bisher noch kein Bestandteil der Rechtsgrundlagen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es wird vorgeschlagen, diese 11 Stunden Ruhezeit per Dekret festzulegen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass aus organisatorischen Gründen davon abgewichen werden kann. Die EU-Richtlinie erlaubt nämlich Abweichungen von dieser Bestimmung mit dem Ziel, die Flexibilität der Betreuung im

Interesse des Dienstes und der Person Tag und Nacht gewährleisten zu können. So muss die Kontinuität des Dienstes gewährleistet sein, und zwar insbesondere bei Aufnahme-, Behandlungs-, Betreuungs- und/oder Pflegediensten und die Dienstbereitschaft durch die Notwendigkeit gekennzeichnet sein, den Schutz von Sachen und Personen zu gewährleisten. Dennoch sollen jedem Personalmitglied ausreichende Ruhezeiten innerhalb eines Referenzzeitraums einer Woche gewährt werden.

Die Dauer der Nachtarbeitszeit darf laut EU-Richtlinie im Schnitt nicht mehr als 8 Stunden pro 24 Stunden betragen. Bisher war die Nachtarbeitszeit in den Internaten des Gemeinschaftsunterrichtswesens nicht dekretal verankert. Sie wird fortan von 22.30 Uhr bis 6.30 Uhr definiert.

Ziel dieser dekretalen Anpassungen ist die Schließung der bisher existierenden Rechtssicherheitslücken und somit die Gewährleistung der Konformität mit der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung.

Artikel 1 legt die erforderliche Ruhezeit für den Aufseher-Erzieher im Internat auf 11 Stunden innerhalb von 24 Stunden fest. Des Weiteren wird im selben Artikel die Möglichkeit vorgesehen, von den allgemeinen Regelungen abzuweichen, insofern die Flexibilität der Betreuung im Interesse des Dienstes und der Person Tag und Nacht es erfordert und ausreichend Ruhezeiten gewährleistet werden können. Ebenfalls legt der Artikel den Zeitrahmen der Nachtarbeit von 22.30 Uhr bis 6.30 Uhr fest.

Artikel 42 legt die Wochenarbeitszeit der Personalmitglieder in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Erziehungshilfspersonals im Regel- und Fördergrund- und Sekundarschulwesen auf 36 Stunden zu 60 Minuten fest.

2. Einführung von Fördergrundschulassistenten (Art. 3, 4, 5, 6 Nummer 2, 9, 14, 41, 43, 45, 46 Nummer 1, 51, 52 und 53 Nummer 1)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Ansichts der zunehmenden Anforderungen und Aufgaben der Klassenleiter im Fördergrundschulwesen wird vorgeschlagen, ab dem Schuljahr 2022-2023 das Amt des Fördergrundschulassistenten einzuführen, um auf diese Weise eine Erleichterung der Arbeit im Fördergrundschulwesen und Entlastung der Klassenleiter herbeizuführen. Die Aufgabe der Fördergrundschulassistenten besteht im Wesentlichen darin, die pädagogischen Fachkräfte bei der Gestaltung des schulischen Alltags der Schüler weitestgehend zu unterstützen.

Das Amt des Fördergrundschulassistenten wird als Anwerbungsamt in der Kategorie des Erziehungshilfspersonals angesiedelt. Zugang zu diesem Amt erhalten Personen, die über einen der folgenden Nachweise verfügen:

- a. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Erziehung;
- b. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften;
- c. einen der folgenden Nachweise im Bereich Kinderpflege:
 1. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Kinderpflege;
 2. das Brevet als Kinderpfleger;

3. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten oder siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege;
- d. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe;
- e. das vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB ausgestellte Zertifikat als Kinderbetreuer oder als Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkannter Nachweis.

In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz eines der in den Buchstaben a) bis e) angeführten Befähigungsnachweises ist, gilt das Diplom des Kindergärtners als erforderlicher Befähigungsnachweis.

Insofern kein Bewerber mit erforderlichem Titel gefunden wird, darf ein Quereinsteiger eingestellt werden. Über das System der drei Abweichungen kann er sich dienstrechtlich in Ordnung bringen. Allerdings muss er zusätzlich zu den drei Abweichungen eine von der Regierung anerkannte Weiterbildung im Bereich Kinderbetreuung von 120 Stunden absolvieren.

Der Fördergrundschulassistent nimmt neben den allgemeinen Aufgaben, die für das Erziehungshilfspersonal definiert sind, insbesondere folgende Aufgaben unter Anleitung des Klassenleiters wahr:

1. Unterstützung des Klassenleiters bei der Durchführung inner- und außerschulischer Aktivitäten;
2. Unterstützung der Kinder bei der Körperpflege, den Toilettengängen sowie bei den Mahlzeiten;
3. Bereitstellung von Spiel- und Turngeräten;
4. Instandhaltung und Reinigung von Spiel- und Beschäftigungsmaterialien;
5. Reinigung der Gruppen- bzw. Klassenräume;
6. Reinigung der Spiel- und Sportanlagen im Freien;
7. logistische Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Festen und Aktionen.

Die in Nummer 1 angeführte Aufgabe nimmt der Fördergrundschulassistent ausschließlich im Beisein des Klassenleiters wahr.

Die Klassenleiter haben darüber hinaus Weisungsbefugnis gegenüber den Fördergrundschulassistenten.

Die Wochenarbeitszeit der Fördergrundschulassistenten beläuft sich auf 36 Stunden zu 60 Minuten. Darüber hinaus ist es dem Schulträger gestattet, eine Stelle unter mehreren Personalmitgliedern aufzuteilen, wobei jedes Personalmitglied mindestens neun Stunden leisten muss. Vor diesem Hintergrund gilt ebenfalls, dass einem Personalmitglied, das im Amt des Fördergrundschulassistenten teilzeitig ernannt worden ist, kein Vorrang bei der Ergänzung seiner Ernennung in diesem Amt in der betreffenden Schule eingeräumt wird.

Die Stellen im Amt des Fördergrundschulassistenten werden wie folgt auf Grundlage der in der Fördergrundschule am 30. September des laufenden Schuljahres eingeschriebenen Anzahl Grundschüler berechnet:

- bis 25 Grundschüler: 0,5 Vollzeitstelle,

- 26-50 Grundschüler: 1 Vollzeitstelle,
- 51-75 Grundschüler: 1,5 Vollzeitstellen,
- 76-100 Grundschüler: 2 Vollzeitstellen,
- 101-125 Grundschüler: 2,5 Vollzeitstellen.

Für jede weitere angefangene Gruppe von 25 Grundschülern wird eine zusätzliche halbe Stelle gewährt. Das ermittelte Stellenkapital steht jeweils für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

Artikel 3 schafft das Amt des Fördergrundschulassistenten im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968. Das Amt wird in der Kategorie des Erziehungshilfspersonals angesiedelt.

Artikel 14 definiert im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 die erforderlichen Befähigungsnachweise für das Amt des Fördergrundschulassistenten.

Die Artikel 4, 5, 6 Nummer 2 und Artikel 9 passen das Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens an. Hier wird vorgesehen, dass ein Fördergrundschulassistent, der nicht über den erforderlichen Befähigungsnachweis verfügt, die Bezeichnungs- bzw. Ernennungsbedingungen nur dann erfüllt, wenn er u.a. drei Abweichungen innerhalb von fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren in dem betreffenden Amt bei einem Schulträger absolviert hat, der letzte Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk „ausreichend“ schließt und er eine von der Regierung anerkannte Weiterbildung im Bereich Kinderbetreuung von mindestens 120 Stunden abgeschlossen hat.

Vor dem Hintergrund, dass das Stellenkapital im Amt des Fördergrundschulassistenten auf mehrere Personalmitglieder verteilt werden kann, wird vorgesehen, dass einem Personalmitglied, das in diesem Amt teilzeitig ernannt worden ist, kein Vorrang bei der Ergänzung seiner Ernennung in diesem Amt in der betreffenden Schule eingeräumt wird.

Des Weiteren wird eine Übergangsbestimmung betreffend den Bewerbungsaufwurf für die zeitweilige Bezeichnung im Amt des Fördergrundschulassistenten für das Schuljahr 2022-2023 im Dienstrecht verankert, um zu gewährleisten, dass der Bewerbungsaufwurf infolge der Verabschiedung des Dekretes statutkonform erfolgen kann.

Die Artikel 43, 45 und 46 Nummer 1 passen das Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens an. Hier wird vorgesehen, dass ein Fördergrundschulassistent, der nicht über den erforderlichen Befähigungsnachweis verfügt, die Einstellungs- bzw. Ernennungsbedingungen nur dann erfüllt, wenn er u.a. drei Abweichungen innerhalb von fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren in dem betreffenden Amt bei einem Schulträger absolviert hat, der letzte Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk „ausreichend“ schließt und er eine von der Regierung anerkannte Weiterbildung im Bereich Kinderbetreuung von mindestens 120 Stunden absolviert hat.

Vor dem Hintergrund, dass das Stellenkapital im Amt des Fördergrundschulassistenten auf mehrere Personalmitglieder verteilt werden kann, wird vorgesehen, dass einem Personalmitglied, das in diesem Amt teilzeitig ernannt worden ist, kein Vorrang bei der Ergänzung seiner Ernennung in diesem Amt in der betreffenden Schule eingeräumt wird.

Die Artikel 51, 52 und 53 Nummer 1 nehmen identische Anpassungen im Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

Artikel 23 passt das Stundenkapitaldekret des Förderschulwesens (Dekret vom 27. Juni 1990) an und legt die Normen zur Stellenkapitalermittlung sowie die Wochenarbeitszeit der Fördergrundschulassistenten fest. Der Artikel legt außerdem fest, dass ein Schulträger das

Stellenkapital bei der zeitweiligen Bezeichnung oder Einstellung sowie bei der definitiven Ernennung oder definitiven Einstellung auf mehrere Personalmitglieder verteilen kann, wobei jedes Personalmitglied mindestens einen Viertelstundenplan im Amt des Fördergrundschulassistenten leisten muss.

Artikel 41 definiert im Grundlagendekret vom 31. August 1998 den Auftrag des Fördergrundschulassistenten.

3. Anpassung betreffend die Ernennung des Verwaltungspersonals der Institute für schulische Weiterbildung (Art. 37)

Inkrafttreten: 1. Januar 2023

Das Programmdekret vom 20. Mai 1997 sieht vor, dass Regelsekundarschulen, denen ein Institut für Schulische Weiterbildung angegliedert ist, zusätzliches Stundenkapital erhalten für die Koordination und die Verwaltung dieses Instituts. Das für die Verwaltung gewährte Stundenkapital liegt entsprechend der organisierten Anzahl Weiterbildungskurse zwischen 4 und 18 Wochenstunden und wird im Amt des Sekretariatsassistenten organisiert.

Bislang ist in diesen Verwaltungsstunden keine definitive Ernennung zulässig. Um die beschäftigten Personalmitglieder jedoch nicht zu benachteiligen und ihnen eine Karriereperspektive zu bieten, wird vorgeschlagen, fortan eine Ernennung in den Stunden, die der Regelsekundarschule für die Verwaltung des angegliederten Instituts für Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden, zu ermöglichen.

Artikel 37 nimmt die Anpassung im Programmdekret 1997 vom 20. Mai 1997 vor.

4. Vorrangsregelung im Rahmen des Ernennungsverfahrens (Art. 6 Nummer 1 und 3, Artikel 15, 46 Nummer 2, 53 Nummer 2, 65 und 70)

Inkrafttreten: 1. Januar 2023

Im Rahmen des Ernennungsverfahrens kommt es regelmäßig vor, dass Personalmitglieder, die bereits vollzeitig in einem oder mehreren Ämtern im Unterrichtswesen ernannt sind, sich auf Stellen bewerben, die von einem Schulträger zur Ernennung freigegeben worden sind, um auf diese Weise eine neue Ernennung in einer anderen Schule oder in einem anderen Amt zu erhalten. Aufgrund ihres meist recht hohen Dienstalters haben diese Personen in vielen Fällen Vorrang bei der Stellenzuweisung vor anderen Bewerbern, die noch gar nicht oder nur teilzeitig ernannt sind.

Da das Ernennungsverfahren jedoch in erster Linie darauf abzielt, Personen, die bislang noch gar nicht oder nur teilweise ernannt sind, zu einer definitiven Ernennung bzw. Einstellung zu führen, wird vorgeschlagen eine Vorrangsregelung im Dienstrecht zu verankern. Diese Vorrangsregelung sieht vor, dass ein Schulträger Personalmitgliedern, die die Bedingungen für eine definitive Ernennung bzw. Einstellung erfüllen und bislang nicht in einem oder mehreren Ämtern mit vollständigem Stundenplan im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, Vorrang einräumt bei der Vergabe der Stellen, die zur Ernennung freigegeben worden sind. Somit können Personalmitglieder, die bereits für einen vollständigen Stundenplan ernannt sind, künftig nur dann in den Genuss einer neuen Ernennung gelangen, wenn kein Bewerber vorhanden ist, der die Ernennungsbedingungen

erfüllt und noch gar nicht oder nur für einen unvollständigen Stundenplan im Unterrichtswesen ernannt ist.

Der **Artikel 6 Nummer 1 und 3** nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Die **Artikel 15** nimmt identische Anpassungen im Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971 für die Religionslehrer des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 46 Nummer 2 passt das Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens an.

Artikel 53 Nummer 2 passt das Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens an.

Artikel 65 passt das Dienstrecht der Personalmitglieder der Autonomen Hochschule an.

Artikel 70 passt das Dienstrecht der Personalmitglieder des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an.

5. Herabsenkung des Mindestalters für die Ernennung in verschiedenen Auswahl- und Beförderungsämtern (Art. 7, 8, 47, 48, 54, 55, 56, 68 und d 71)

Inkrafttreten: 1. September 2022

In den meisten Auswahl- und Beförderungsämtern ist eine definitive Ernennung nur möglich, wenn das Personalmitglied mindestens 50 Jahre alt ist, ein Amtsalter von mindestens fünf Jahren aufweist und im letzten Beurteilungsbericht mindestens die Note ausreichend (bzw. gut im Fall der Personalmitglieder von Kaleido sowie der Personalmitglieder der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration) erhalten hat.

Um die Attraktivität dieser Ämter zu steigern, wird vorgeschlagen das erforderliche Mindestalter von 50 auf 45 Jahre zu senken.

Betroffen von dieser Regelung sind nachfolgende Auswahl- und Beförderungsämter:

- Grund- und Sekundarschulleiter (Hauptlehrer, Direktor, Studienpräfekt)
- Direktor einer Kunstakademie
- Direktor des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
- Leiter der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration
- Schulinspektor, Schulentwicklungsberater und Schulberater für Inklusion und Integration
- Internatsverwalter
- Fachbereichsleiter einer Fördergrund- und -sekundarschule
- Unterdirektor/Provisor einer Regelsekundarschule
- Werkstattleiter einer Regel- oder Fördersekundarschule
- Middle Manager einer Regelsekundarschule
- Koordinator im Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
- Koordinator einer Einrichtung des Teilzeitunterrichts

- Koordinator einer Time Out-Einrichtung
- Paramedizinischer Koordinator für inklusive Schulen
- Förderpädagogischer Schul- und Lernbegleiter
- Leitender Verwaltungssekretär
- Direktionssekretär
- Finanz- und Gebäudeverwalter

Die **Artikel 7 und 8** nehmen die entsprechenden Anpassungen im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

Artikel 47 und 48 passen das Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens an.

Artikel 54 bis 56 passen das Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens an.

Artikel 68 passt das Dienstrecht für die Personalmitglieder der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration an.

Artikel 71 passt das Dienstrecht des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an.

6. Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse und des Lehrers für Sprachlernklassen (Art. 11 und 12)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Durch vorliegendes Kapitel werden die Titelbedingungen für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse im Grundschulwesen sowie für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen im Sekundarschulwesen dahingehend angepasst, dass der Zugang zum Amt auch jenen Personen ermöglicht wird, die zwar nicht über das Diplom des Primarschullehrers verfügen, sich jedoch in der Vergangenheit dienstrechtlich für dieses Amt in Ordnung gebracht haben, indem sie drei Abweichungen durchlaufen haben und demzufolge die Einstellungs- bzw. Bezeichnungsbedingungen für dieses Amt erfüllen. Diese Personen gelten fortan als Titelinhaber für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse und das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen, wenn sie zusätzlich zu den drei Abweichungen die erforderliche Zusatzausbildung in Deutsch als Zweitsprache bzw. Französisch als Zweitsprache absolviert haben und ein Zertifikat besitzen, aus dem hervorgeht, dass sie der Kompetenzstufe C1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen in der betreffenden Sprache genügen, oder Inhaber eines in der betreffenden Sprache ausgestellten Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts, Abschlussdiploms des Vollzeit-Hochschulwesens kurzer oder langer Studiendauer oder Universitätsdiploms sind.

Die **Artikel 11 und 12** nehmen die entsprechenden Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

7. Spaltung des Amtes des Lehrers für Gesang (Art. 2, 10, 13, 49 und 57)

Inkrafttreten: 1. Januar 2023

Auf Antrag der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft schlägt die Regierung vor, das Anwerbungsamt des Lehrers für Gesang in das Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) und das Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) aufzusplitten. Hintergrund dieser Anfrage ist die Tatsache, dass die Studiengänge zur Erlangung des entsprechenden Fachdiploms vollkommen unterschiedlich aufgebaut sind und somit nicht mehr unter einem Amt vereinbar sind. Das Amt des Lehrers für Gesang Klassik/Musical bleibt Personen zugänglich, die über ein Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts in den Studienrichtungen „Gesang“ oder „Lied“ (Schwerpunkt klassischer Gesang) und eine Lehrbefähigung im Gesangsbereich verfügen. Als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers für Gesang Rock/Pop wird jedes Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts in der Studienrichtung „Gesang“ (Schwerpunkt Rock, Pop und/oder Jazz) ergänzt um eine Lehrbefähigung im Gesangsbereich definiert.

Eine Übergangsbestimmung legt fest, dass Personalmitglieder, die am Tag vor Inkrafttreten der neuen Bestimmungen im Amt des Lehrers für Gesang definitiv ernannt oder zeitweilig bezeichnet sind und Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical erteilen, zum 1. Januar 2023 in das Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) überführt werden. Personalmitglieder, die am Tag vor Inkrafttreten der neuen Bestimmungen im Amt des Lehrers für Gesang definitiv ernannt oder bezeichnet sind und Kurse in der Fachrichtung Rock/Pop erteilen, werden zum 1. Januar 2023 in das Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) überführt. Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical oder Rock/Pop erteilt. Die bis dato im Amt des Lehrers für Gesang erwirtschafteten Dienstage werden für das neue Amt berücksichtigt.

Artikel 2 nimmt die Ämtersplittung im Ämtererlass vom 2. Oktober 1968 vor.

Artikel 13 definiert die erforderlichen Befähigungsnachweise für das Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) und das Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) im Königlichen Erlass vom 22. April 1969.

Die **Artikel 10, 49 und 57** legen eine Übergangsbestimmung im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens, des freien subventionierten Unterrichtswesens und des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens fest. Diese Bestimmung gewährleistet, dass die bereits im Amt des Lehrers für Gesang tätigen Personalmitglieder (zeitweilig oder definitiv) entsprechend der Fachrichtung, in der sie tätig sind, in das Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) oder in das Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) überführt werden.

8. Anpassung der Bestimmungen zur Eidesleistung im OSU (Art. 50)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Vorliegendes Kapitel schlägt eine Anpassung betreffend die Eidesleistung im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen vor. Beim ersten Dienstantritt müssen Personalmitglieder des OSU bekanntlich den Eid ablegen gemäß der in Artikel 2 des Dekretes vom 20. Juli 1831 über den Eid auf die eingesetzte konstitutionelle Monarchie mit Volksvertretung festgelegten Formel. Im Dienstrecht des OSU wurde 2004 vorgesehen, dass die Regierung die Behörde bestimmt, vor der der Eid abgelegt wird. Dies ist jedoch nie erfolgt. Es wird daher vorgeschlagen, diese Bestimmung dahingehend anzupassen, dass der Eid vor dem Schulträger oder einem vom Schulträger bezeichneten Vertreter abzulegen ist, so wie es in der Praxis auch bereits jetzt der Fall ist.

Artikel 50 nimmt die entsprechende Anpassung im Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor.

9. Anpassung der Bestimmungen zur teilzeitigen Laufbahnunterbrechung (Art. 36)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Vorliegendes Kapitel schlägt eine Anpassung im Hinblick auf die teilzeitige Laufbahnunterbrechung vor. Definitiv ernannten oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichneten Personalmitgliedern ist es gestattet, neben der vollzeitigen und halbbeitigen Laufbahnunterbrechung auch eine Laufbahnunterbrechung für ein Viertel oder ein Fünftel eines vollen Stundenplans in Anspruch zu nehmen. Ergibt der Bruch der Verringerung allerdings keine ganze Zahl, wird bis zur nächsten ganzen Zahl aufgerundet. Demnach muss ein Regent, der seinen Stundenplan um $\frac{1}{5}$ verringert, nicht 17,6/22, sondern 18/22 pro Woche leisten. Diese Regelung wurde vorgesehen, da für das Lehrpersonal die Verringerung ja nicht auf die Gesamtarbeitszeit, sondern auf die reine Unterrichtsleistung berechnet wird und es auf Grund dessen nur möglich ist mit ganzen Stunden zu arbeiten. Diese Regelung des Aufrundens ergibt allerdings keinen Sinn für die Personalmitglieder der anderen Kategorien (Verwaltungspersonal, paramedizinisches- und sozialpsychologisches Personal, Erziehungshilfspersonal, Inspektionspersonal) oder auch das Personal des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Hier kann sehr wohl mit ungeraden Zahlen bzw. unvollständigen Stunden gearbeitet werden. Es wird daher vorgeschlagen, die in der Gesetzgebung über die Laufbahnunterbrechung verankerte Regelung des Aufrundens nur bei Personalmitgliedern, die ein Amt in der Kategorie des Lehrpersonals bekleiden, anzuwenden, mit Ausnahme der Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und des Lehrpersonals der Autonomen Hochschule, da für diese Ämter ebenfalls keine Unterrichtszeit, sondern eine Wochenarbeitszeit von 38 Stunden definiert ist.

Seit Verabschiedung des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren hat sich die Rechtsprechung des Staatsrates wie auch die des Verfassungsgerichtshofes dahingehend verändert, dass diese Regelungen als wesentlich zu betrachten sind und nur vom Parlament verabschiedet werden können. Aufgrund dieser veränderten Rechtsprechung werden seitdem alle Anpassungen dieses Erlasses per Dekret vorgenommen.

Artikel 36 nimmt die entsprechende Anpassung im Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren vor.

10. Anpassung des Gelegenheitsurlaubs bei Sterbefall des Partners oder eines Kindes (Art. 58)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Der bei Sterbefall des Partners oder des Kindes gewährte Gelegenheitsurlaub wurde in Belgien für Beschäftigte und Selbständige im Juli 2021 auf zehn Arbeitstage angehoben. Damit auch das statutarische Personal des Unterrichtswesens, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, bei Tod des Ehepartners bzw. Lebensgefährten oder eines Kindes des Personalmitglieds oder dessen Ehepartners bzw.

Lebensgefährten künftig nicht mehr wie bisher auf einen viertägigen, sondern auf einen zehntägigen Trauerurlaub Anrecht hat, wird in vorliegendem Kapitel vorgeschlagen, die entsprechende dekretale Grundlage anzupassen. Das Anrecht auf zehn Tage Trauerurlaub besteht ebenfalls, wenn ein Pflegekind, das zum Zeitpunkt seines Ablebens oder in der Vergangenheit im Rahmen einer Langzeitpflegschaft von mindestens sechs Monaten im Haushalt des Personalmitglieds aufgenommen wurde, verstirbt. Gleichzeitig wird vorgesehen, dass die zehn Tage aufeinanderfolgend in Anspruch zu nehmen sind innerhalb einer Zeitspanne von 30 Tagen ab dem Tag, an dem der Todesfall eintritt. Stirbt ein zum Zeitpunkt seines Ablebens im Rahmen einer Kurzzeitpflegschaft im Haushalt des Personalmitglieds aufgenommenes Pflegekind, wird künftig ein Gelegenheitsurlaub von einem Tag gewährt. Dieser Tag ist am Tag der Beerdigung in Anspruch zu nehmen.

Artikel 58 nimmt die entsprechende Anpassung im Dekret vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 vor.

11. Anpassung des Statuts für den Referenten für Inklusion und Integration (Art. 69)

Inkrafttreten: 1. Juli 2022

Durch vorliegendes Kapitel werden die Ernennungsbedingungen für den Referenten für Inklusion und Integration dahingehend angepasst, dass die Zeitspanne, während deren der Referent vor der Einstellung im Amt des Referenten im Rahmen eines Urlaubs wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens mit der Qualitätssicherung und -entwicklung der Förderpädagogik im Unterrichtswesen betraut wurde und Aufgaben im Bereich der Inklusion und Integration wahrgenommen hat, zur Ermittlung des 5-jährigen Amtsalters, das für eine definitive Ernennung im Amt des Referenten erforderlich ist, berücksichtigt wird. Diese Anpassung erfolgt, um den Referenten, der seine Tätigkeit im Bereich der Schulberatung für Inklusion und Integration in Ermangelung eines eigenständigen Amtes während mehrerer Jahre im Rahmen eines Sonderauftrags wahrgenommen hat, bei der Ernennung nicht zu benachteiligen.

Artikel 69 nimmt die entsprechende Anpassung im Dekret vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration vor.

12. Anpassung der Titelgesetzgebung für Lehrer für katholische Religion (Art. 16)

Inkrafttreten: 1. Januar 2023

Durch vorliegendes Kapitel wird auf Anfrage des Kultusträgers für katholische Religion eine Anpassung in der Gesetzgebung über die erforderlichen Befähigungsnachweise vorgenommen. Es wird vorgeschlagen, dass ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades, ergänzt um einen Nachweis über das Bestehen einer vom Kultusträger anerkannten Zusatzausbildung in katholischer Religion künftig ebenfalls als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers für katholische Religion in der Oberstufe des Sekundarschulwesens gilt. Bislang war diese Titelkombination nur als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers für katholische Religion in der Primarschule und in der Unterstufe der Sekundarschule definiert. Diese Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund des Lehrermangels und der Tatsache, dass Religionslehrer im Gegensatz zu anderen Lehrern im

Sekundarschulwesen nicht die Möglichkeit haben, sich über ein Abweichungsverfahren für ein bestimmtes Amt zu regularisieren. Die vom Kultusträger anerkannte Zusatzausbildung umfasst einen Grund- und Aufbaukurs in Theologie, einen religionspädagogischen Kurs, einen Kurs zum Lehrplan und zur Didaktik des Religionsunterrichts sowie Praktika. Sie kann beispielsweise im Fernkurs der Domschule Würzburg absolviert werden.

Artikel 16 nimmt die entsprechende Anpassung im Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor.

13. Anpassung der Disposition aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand (Art. 19 und 20)

Inkrafttreten: Tag der Verabschiedung des Dekrets

Durch vorliegendes Kapitel wird vorgeschlagen, eine fehlerhafte Handhabung im Zusammenhang mit der Altersteilzeit zu regularisieren.

Die Altersteilzeit ist allen definitiv ernannten Personalmitgliedern, die ein Anwerbungsamt bekleiden (in Ausnahmefällen auch ein Auswahlamt), mindestens 55 Jahre alt sind und mindestens zehn Dienstjahre im Unterrichtswesen aufweisen, zugänglich. Das Personalmitglied verrichtet während der Altersteilzeit 75% eines vollen Stundenplans. Für Personalmitglieder, die ein Anwerbungsamt in der Kategorie des Lehrpersonals bekleiden, gilt, dass sie einen halben Stundenplan unterrichten und für einen Viertelstundenplan pädagogisch-administrative Dienstleistungen erbringen. Dieser Viertelstundenplan zählt nicht zum Stundenkapital, was zur Folge hat, dass bei Beginn der Altersteilzeit nicht 25%, sondern bis zu 50% eines vollen Stundenplans vakant und einem anderen Personalmitglied zugeteilt werden können. Ziel dieser Regelung, die 2005 eingeführt wurde, ist es, Lehrer zu entlasten, indem sie nur noch im Rahmen eines halben Stundenplans vor der Klasse stehen müssen.

Diese Regelung des pädagogisch-administrativen Viertelstundenplans ist in der Vergangenheit irrtümlicherweise allerdings auch auf Personalmitglieder, die ein Amt einer anderen Kategorie bekleiden, angewandt worden. Diese Personen (z.B. Erzieher, Paramediziner, Verwaltungspersonal, ...) haben somit ihre Dienstleistungen um 25% reduziert, sind jedoch zu 50% ersetzt worden, da sie im Rahmen eines Viertelstundenplans Projektaufgaben übernommen haben und demzufolge ein halber Stundenplan vakant wurde.

Durch vorliegendes Kapitel wird diese fehlerhafte Handhabung rückwirkend regularisiert für alle Personalmitglieder, die kein Anwerbungsamt in der Kategorie des Lehrpersonals bekleiden und die Altersteilzeit vor dem 1. September 2022 begonnen haben. Es wird vorgesehen, dass sie denselben Bestimmungen unterliegen wie das Lehrpersonal und demzufolge bis zu 50% eines vollen Stundenplans bei Beginn der Altersteilzeit vakant werden.

Für alle Personalmitglieder, die die Altersteilzeit nach dem 31. August 2022 beginnen und kein Anwerbungsamt in der Kategorie des Lehrpersonals bekleiden, gilt, dass sie während der Altersteilzeit die ihrem Amt entsprechende Tätigkeit während 75% eines vollen Stundenplans verrichten und somit nur die tatsächlich aufgegebenen Stunden (maximal 25% eines vollen Stundenplans) vakant werden.

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird in der Gesetzgebung ebenfalls präzisiert, dass die Regelung des pädagogisch-administrativen Viertelstundenplans nur für

Anwerbungsämter in der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals gilt und dass die zugunsten des pädagogisch-administrativen Viertelstundenplans aufgegebenen Unterrichtsstunden ab Beginn der Zurdispositionstellung als vakant gelten.

Artikel 20 Nummern 2-4 nimmt die entsprechende Anpassung im Königlichen Erlass Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren vor.

Artikel 19 Nummer 1 und V2 nehmen in demselben Königlichen Erlass zwei Textkorrekturen vor. Es handelt sich dabei um die Korrektur von zwei Verweisen.

14. Textkorrekturen (Art. 18 und 44)

Artikel 18: Artikel 15 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten sieht vor, dass ein Schulträger die Gehaltssubvention für einen Internatsaufseher erhält, der einen für das Amt des Aufseher-Erziehers erforderlichen oder als ausreichend erachteten Befähigungsnachweise besitzt und dem er eine Stelle eines Finanz- und Gebäudeverwalters oder eine Stelle als Direktionssekretär anvertraut. Da diese Bestimmung nach u. a. der Reform des Amtes des Finanz- und Gebäudeverwalters obsolet geworden ist, schlägt die Regierung vor, den Artikel 15 aufzuheben. Der subventionierte Schulträger wird dadurch nicht benachteiligt.

Artikel 44: Durch das Sammeldekret 2021 wurden die Bezeichnungen bzw. Einstellungen auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn geschaffen. Artikel 159 Nummer 2 des Sammeldekrets vom 28. Juni 2021, fügt eine Bedingung in den Artikel 35 über die Berufseinstiegsphase – vormals Artikel über den Vorrang – in das Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens ein, die besagt, dass ein Bewerber die Berufseinstiegsphase nur abschließen kann, wenn er alle dekretal festgelegten Sprachenanforderungen erfüllt und dabei nicht die im Sprachendekret vorgesehene Sprachenabweichung geltend machen kann.

Diese Abänderung war jedoch nicht erforderlich, da diese Abänderung bereits durch den Artikel 52 des Sammeldekrets vom 27. Juni 2011 vorgenommen worden ist und aufgrund eines Koordinierungsfehlers im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens erneut vorgenommen worden ist. Da diese Abänderung bereits seit 2011 besteht, schlägt die Regierung vor, den Artikel 35 §1 Absatz 1 Nummer 2.1, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, rückwirkend aufzuheben.

15. Aufnahmeverfahren zur Zulassung zur Erstausbildung im Studienbereich Lehramt an der autonomen Hochschule (Art. 59-64, 66 und 67)

Inkrafttreten: 1. Januar 2023

Artikel 3.1 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule hält fest, dass die Regierung dem Parlament zwecks Billigung die wesentlichen Elemente eines Aufnahmeverfahrens zur Zulassung zur Erstausbildung Lehramt vorlegt, das die Hochschule im Vorfeld nach Rücksprache mit der Regierung ausgearbeitet hat.

Das von der autonomen Hochschule Ostbelgien ausgearbeitete dreistufige Verfahren beinhaltet:

1. ein Selbsterkundungsverfahren zur Selbstreflexion;
2. eine Prüfung kognitiver und sprachlicher Grundfertigkeiten;
3. ein persönliches Gespräch der Studienbewerberin oder des Studienbewerbers mit einer durch die Hochschule zusammengestellten Jury.

Das Absolvieren und Bestehen dieses Aufnahmeverfahrens gilt für die Zulassung zur Erstausbildung Lehramt. Studienbewerber, die sich in das erste Studienjahr einschreiben möchten, müssen die drei Teile des Aufnahmeverfahrens absolvieren. Studienbewerber können erst am zweiten Teil des Aufnahmeverfahrens teilnehmen, wenn sie den Nachweis über das Absolvieren des ersten Teils vorlegen sowie die anschließende Einschreibung abgeschlossen haben. Das Bestehen des zweiten Teils ist Voraussetzung zur Zulassung zum dritten Teil des Aufnahmeverfahrens.

Studenten, die bereits an einer anderen Hochschule ein gleichwertiges erstes Jahr bzw. zweites bestanden haben und sich in das zweite Jahr bzw. drittes an der autonomen Hochschule einschreiben möchten, müssen die Prüfung der Sprachkompetenz und der Argumentationsfähigkeit vom Teil 2 sowie den Teil 3 des Aufnahmeverfahrens absolvieren und bestehen.

Teil 1 evaluiert digital und anonym die Erwartungshaltung der Interessenten in Bezug auf den Beruf des Kindergärtners oder Primarschullehrers und ist auf Grundlage wissenschaftlicher Forschungen entwickelt worden. Das Selbsterkundungsverfahren informiert die Interessenten über das Tätigkeitsprofil und prüft die Attraktivität der Tätigkeit für die Interessenten sowie deren persönliche Voraussetzungen. Ergänzend werden bisherige Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen erhoben. Am Ende des Selbsterkundungsverfahrens erhalten die Interessenten automatisch eine Einschätzung ihrer Eignung für den Studiengang und Hilfestellung für weitere Aktivitäten. Bei der Einschreibung zum Aufnahmeverfahren muss die Teilnahme am Selbsterkundungsverfahren nachgewiesen werden. Einen digitalen Teilnahmenachweis erhalten die Interessenten am Ende des Selbsterkundungsverfahrens.

Teil 2 prüft in einem schriftlichen, standardisierten, kognitiven Test die Kompetenzen im schlussfolgernden, sprachlichen, rechnerischen und räumlichen Denken. Des Weiteren werden die deutsche Sprachkompetenz und Argumentationsfähigkeit geprüft. Der kognitive Test trägt dem Anforderungsprofil der Kindergärtner und Primarschullehrer Rechnung und wird von Psychologen durchgeführt und ausgewertet. Die Prüfung der Sprachkompetenz führen hingegen Germanisten, die Inhaber eines Masterdiploms in Germanistik mit Deutsch als Grundrichtung sind, anhand standardisierter Kriterienraster und jährlich reflektierter Tests durch. Das Ergebnis des Tests erhalten alle Studienbewerber zu einem im Vorfeld festgelegten und vorab kommunizierten Zeitpunkt per E-Mail.

Teil 3 erhebt die motivationalen, kommunikativen, sozialen und personalen Ressourcen des Studienbewerbers in einem persönlichen Gespräch, das in zwei Abschnitte unterteilt ist.

Der erste Abschnitt umfasst eine vorbereitete, fünfminütige Selbstpräsentation der Studienbewerberinnen und -bewerber, in der sie ihre Motivation, Vorerfahrungen und Vorstellungen darlegen. Im zweiten Abschnitt werden die Studienbewerberinnen und -bewerber mit einem Fallbeispiel aus dem Schulalltag konfrontiert. Die gezeigte Situation soll beschrieben, analysiert und auf Handlungsoptionen geprüft werden. Im Vorfeld erhalten sie Zeit zur Vorbereitung. Dieser Prüfungsteil orientiert sich am Eignungstest Parcours für Lehramtsstudierende der Universität Passau. Am Gespräch nehmen als Jury mindestens zwei Prüfer

teil. Die Prüfer werden unter den Dozenten der autonomen Hochschule, Kindergärtnern, Primarschullehrern und Schulleitern ausgewählt, wobei mindestens ein Dozent Mitglied der Jury ist.

Die Prüfer erhalten vor der Durchführung des Aufnahmeverfahrens eine Schulung, um einen standardisierten Blick zu entwickeln. Das Ergebnis teilt die Jury den Studienbewerbern am Ende des Gesprächs mündlich mit. Eine schriftliche Bestätigung des Ergebnisses sowie der Entscheidung über die Zulassung zum Studiengang Lehramt erhalten die Studienbewerber zu einem im Vorfeld festgelegten und kommunizierten Zeitpunkt per E-Mail.

Die einzelnen Teile des Aufnahmeverfahrens gelten als bestanden, wenn der Studienbewerber bzw. der Student die jeweiligen Kompetenzerwartungen in ausreichendem Maße erreicht hat. Das gesamte Aufnahmeverfahren gilt als bestanden, wenn der Studienbewerber den Teil 2 und Teil 3 des Aufnahmeverfahrens bestanden hat.

Das ausgearbeitete Aufnahmeverfahren ermöglicht die sorgsame Auswahl von Studienbewerberinnen und -bewerbern mit günstigen Voraussetzungen, da es deren Studien- und Berufswahl hinterfragt, die kognitiven wie auch sprachlichen Grundfertigkeiten prüft und die motivationalen, personalen und sozialen Kompetenzen sowie pädagogische Vorerfahrungen durchleuchtet.

Die Organisation eines Aufnahmeverfahrens zielt also primär darauf ab, Studienbewerberinnen und -bewerber mit günstigen Voraussetzungen für die Studien- und Berufswahl zu gewinnen. Die Vorauswahl vor Studienbeginn reduziert die Anzahl Studierender mit unzureichender Motivation, geringer Leistungsbereitschaft und falschen Erwartungshaltungen. Aufschluss darüber geben, so die Hochschule, eine interne Erhebung und der Projektbericht zum Studienabbruch von Lehramtsstudierenden aus dem Jahr 2015. Demnach sei im direkten Vergleich mit ähnlichen Studiengängen im In- und Ausland die Aussteigerquote an der Hochschule niedrig und die Absolventenzahlen hoch.

Durch das Aufnahmeverfahren erfahren auch die Praxisstellen in den Grundschulen eine wertschätzende Behandlung. In diesem Fall beanspruchen möglichst motivierte Studierende die Ressourcen der Schulen, die Zeit und Energie der Begleitpersonen sowie die wertvolle Lernzeit der Schülerinnen und Schüler.

Durch das Aufnahmeverfahren möchte die Hochschule auch rücksichtsvoll mit der Lebenszeit der Studienbewerberinnen und -bewerber umgehen, indem sie bei der richtigen Studien- und Berufswahl unterstützt. Zugleich erhöht es die Wahrscheinlichkeit, dass Studienbewerberinnen und -bewerber, die das Aufnahmeverfahren erfolgreich abschließen, Studium und Beruf motiviert ausüben. Das wiederum wirkt sich günstig auf die spätere Unterrichtsqualität und die Lern- und Leistungsentwicklung der Schülerinnen und Schüler aus.

Jede Person, die das Aufnahmeverfahren erfolgreich durchläuft, erhält einen Studienplatz. Die Autonome Hochschule Ostbelgien bildet nicht nur für den lokalen, sondern auch für den überregionalen Arbeitsmarkt aus. Diese Maßnahmen könnten sich zudem positiv auf das Ansehen wie auch die Attraktivität des Studiums und des Lehrerberufs auswirken und somit zu einem Anstieg der Bewerberzahlen führen.

Das Aufnahmeverfahren wird zweimal pro Jahr angeboten.

Da durch das Aufnahmeverfahren zur Zulassung zur Erstausbildung im Studienbereich Lehramt bereits die Kenntnis der deutschen Sprache geprüft wird, ist das in Artikel 3.11 vorgesehene Einreichen eines Nachweises über gründliche Sprachkenntnisse nicht erforderlich. Aus Gründen der administrativen Vereinfachung wird daher der Sprachnachweis von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern im Bereich Lehramt, die das Aufnahmeverfahren erfolgreich absolviert haben, nicht verlangt.

Artikel 59 fügt das erfolgreiche Bestehen eines Aufnahmeverfahrens als Zulassungsbedingung zur Erstausbildung im Studienbereich Lehramt in das Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule ein. Des Weiteren legt der Artikel die Teile und den Inhalt dieses Aufnahmeverfahrens fest. Beim standardisierten kognitiven Test des zweiten Teils werden folgende Kompetenzen geprüft:

- a) schlussfolgerndes Denken: Regelmäßigkeiten und Gesetzmäßigkeiten erkennen und entsprechend fortsetzen können,
- b) sprachliches Denken in deutscher Sprache: Wortschatz, Sprachverständnis und sprachlogisches Denken anwenden können,
- c) rechnerisches Denken: einfache Rechenoperationen der Addition, Subtraktion, Multiplikation und Division korrekt ausführen können,
- d) räumliches Denken: räumliche Objekte und räumliche Beziehung wahrnehmen können.

Bei der Prüfung der deutschen Sprachkompetenz und Argumentationsfähigkeit muss der Studienbewerber eine Textproduktion zu einem pädagogischen Thema verfassen.

Außerdem fügt dieser Artikel die Bedingungen zur Zulassung zu den einzelnen Studienjahren der Erstausbildung Lehramt in dasselbe Dekret ein.

Artikel 60 legt fest, dass der zweite Teil des Aufnahmeverfahrens einerseits durch Psychologen und andererseits von Germanisten durchgeführt und ausgewertet wird sowie dass der dritte Teil von einer Jury geprüft wird.

Artikel 61 legt fest, dass das Aufnahmeverfahren zwei Mal pro Jahr stattfindet. Des Weiteren legt der Artikel den Zeitrahmen der beiden Sitzungen des Aufnahmeverfahrens und der Einschreibungsphase sowie deren Ankündigungsform in der Öffentlichkeit fest und überlässt dem Verwaltungsrat der autonomen Hochschule die Festlegung des genauen Zeitpunkts und des Ortes der Prüfung.

Artikel 62 legt die Kriterien für das Bestehen der einzelnen Teile sowie des gesamten Aufnahmeverfahrens fest. Des Weiteren legt der Artikel fest, dass der Studienbewerber das Aufnahmeverfahren oder einen einzelnen Teil des Aufnahmeverfahrens im Falle eines Nicht-Bestehens wiederholen darf. Die Gültigkeitsdauer eines bestandenen Teils des Aufnahmeverfahrens wird auf zwei Jahre festgelegt. Der Studienbewerber ist von der Prüfung befreit, für die er eine gültige bestandene Prüfung vorweisen kann

Artikel 63 regelt die Art und Weise der Benachrichtigung der Studienbewerber über die Ergebnisse der abgelegten Prüfungsteile.

Artikel 64 legt fest, dass die Beherrschung der deutschen Sprache, die zur Einschreibung in einen Studiengang des Studienbereichs Bildungswissenschaften erforderlich ist, im Rahmen der Prüfung der deutschen Sprachkompetenz und der Argumentationsfähigkeit von Teil 2 sowie Teil 3 des Aufnahmeverfahrens geprüft wird.

Artikel 66 fügt eine Übergangsbestimmung für das akademische Jahr 2023-2024 in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein und legt fest, dass die Studenten, die im Schuljahr 2022-2023 im ersten Jahr der Erstausbildung Lehramt eingeschrieben sind und dieses nicht bestehen, im Schuljahr 2023-2024 ohne das Absolvieren und Bestehen des Aufnahmeverfahrens erneut zum ersten Jahr der Erstausbildung Lehramt zugelassen werden.

16. Gewährung einer zusätzlichen Stelle im Amt des Middle Managers und die dazugehörige Anpassung des Auftrags im Bereich der fächerübergreifenden Kompetenzen (Art. 17 und 40)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Die Regierung schlägt vor, Artikel 96.2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, sowie Artikel 3 §1.2 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten anzupassen.

Pro Regelsekundarschule soll eine zusätzliche halbe Stelle als Middle Manager geschaffen werden. Mit diesen zusätzlichen Middle Management-Stellen beabsichtigt die Regierung, eine erweiterte Funktionen- und Aufgabendarstellung und eine verbesserte Förderung fächerübergreifender Kompetenzen an den Regelsekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewährleisten. Das Middle Management der Regelsekundarschulen wird somit ab dem Schuljahr 2022-2023 zusätzlich zu den bereits bestehenden Aufgaben mit der Koordination, Implementierung, Umsetzung und Evaluation der Vermittlung von überfachlichen Kompetenzen in den Bereichen der Medienbildung, politischen Bildung sowie der Berufswahlorientierung an seiner Regelsekundarschule beauftragt. Mit diesem neuen Aufgabenfeld soll somit die Vermittlung dieser Kompetenzen schulintern noch abgestimmter erfolgen, indem ein horizontaler und vertikaler Kompetenzaufbau in unterschiedlichen Fächern während der Sekundarschulausbildung gezielt aufgebaut werden kann.

Die Prüfung der geltenden Bestimmungen hat ergeben, dass die Förderung der vorerwähnten überfachlichen Kompetenzen einer verstärkten schulinternen Unterstützung und Kontrolle auf Sekundarschulebene bedarf, die mit einer Erhöhung der zur Verfügung gestellten Middle Manager-Stellen einhergehen muss, damit allen Schülern eine bestmögliche koordinierte Förderung in diesen Bereichen ermöglicht wird. Dies ist nur durchführbar, wenn ein schulinternes Konzept von den Middle Managern aufgebaut, umgesetzt und in regelmäßigen Abständen evaluiert wird. Dieser neue Aufgabenbereich muss somit nicht nur von einem, sondern von allen Middle Managern getragen werden, indem sie die Unterrichtsentwicklung in diesem Bereich gezielter unterstützen.

Vor diesem Hintergrund soll der neue Aufgabenschwerpunkt in die dekretale Aufgabenbeschreibung der Middle Manager aufgenommen werden.

Artikel 17 ändert den Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 ab, der bisher vorsieht, dass in einer Regelsekundarschule, die weniger als 600 Schüler zählt, zwei halbe Stellen als Middle Manager einer Regelsekundarschule organisiert oder subventioniert werden und in einer Regelsekundarschule, die 600 Schüler oder mehr zählt, drei halbe Stellen als Middle Manager einer Regelsekundarschule organisiert oder subventioniert werden. Der

Artikel erhöht das für die Middle-Manager vorgesehene Stellenkapital um jeweils eine halbe Stelle auf drei halbe Stellen bzw. auf vier halbe Stellen je nach Größe der Regelsekundarschule.

Artikel 40 ergänzt den Artikel 96.2 des Dekrets vom 31. August 1998, der die Aufgaben des Middle Managers einer Regelsekundarschule festlegt.

17. Stundenkapital für Mathematikunterricht für die Sprachlernklassen im Regelsekundarschulwesen (Art. 39)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Den Regelsekundarschulen, die eine Sprachlernklasse organisieren, stehen 30 Stunden im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen zur Verfügung. Sind mehr als 12 erstankommende Sekundarschüler in einer Sprachlernklasse eingeschrieben, wird auf Antrag zusätzliches Stundenkapital gewährt.

In Folge einer entsprechenden Anfrage der betroffenen Regelsekundarschulen wird vorgeschlagen, das Stundenkapital für die Sprachlernklassen im Regelsekundarschulwesen um vier Stunden im Amt des Mathematiklehrers zu erweitern zur Förderung der mathematischen Kompetenzen der erstankommenden Schüler. Der Mathematikunterricht bereitet vielen erstankommenden Schülern bei der Integration in den Regelunterricht Schwierigkeiten. Der Mathematikunterricht für die erstankommenden Schüler wird ebenfalls in deutscher Sprache erteilt, sodass auch dieser Unterricht den Spracherwerb der erstankommenden Schüler fördern kann und den Schülern schlussendlich die Integration in den Regelunterricht erleichtert.

Das Stundenkapital im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen soll jedoch nicht verringert werden. Die phasenweise Doppelbesetzung erlaubt es dem Lehrer der Sprachlernklasse, den Mathematiklehrer im Team-Teaching zu unterstützen. Da die Schüler erfahrungsgemäß zudem zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Schuljahr zur Sprachlernklasse hinzustoßen, wird es aus sprachlichen Gründen mitunter nicht immer der gesamten Schülerschaft der Sprachlernklasse möglich sein, am Mathematikunterricht teilzunehmen. Die Schüler, die noch keine Grundkenntnisse in Deutsch besitzen, können während des Mathematikunterrichts weiterhin vom Lehrer der Sprachlernklasse in Deutsch gefördert werden.

In **Artikel 39** wird festgelegt, dass pro Sprachlernklasse im Regelsekundarschulwesen zusätzlich zu den bereits bestehenden 30 Stunden im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen 4 Stunden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse (Mathematik) in der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens gewährt werden. Zudem wird verdeutlicht, dass die bereits bestehenden 30 Stunden im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen gewährt werden.

18. Stellenerhöhung für Kaleido Ostbelgien zur Vorbeugung von gewalttätigem Radikalismus (Art. 72)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Seit der Schaffung von „Wegweiser Ostbelgien“ im Jahr 2017 hat sich die Anlaufstelle zur Vorbeugung von gewaltbereitem Radikalismus bedeutend entwickelt. Die in Artikel 6.94.1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von

Kindern und Jugendlichen definierten Aufgaben des Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus sind zu umfangreich, als dass sie weiterhin mit einer Vollzeitstelle erfüllt werden könnten.

Um die Präventionsarbeit – insbesondere die Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote – und die bedarfsorientierte Unterstützung und Beratung der hiesigen Akteure zu gewährleisten und zu verstärken, wird vorgeschlagen, Kaleido Ostbelgien eine zweite Stelle für einen Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus zu gewähren. Auch die Netzwerkarbeit und die regionale Projektarbeit sollen fortgeführt werden.

In **Artikel 72** wird festgelegt, dass das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, Kaleido Ostbelgien, eine zusätzliche Stelle für einen Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus erhält.

19. Änderungen betreffend das Stellenkapital des Zentrums für Förderpädagogik (Art. 22, 24 und 25)

Inkrafttreten: 1. September 2022

a) Erhöhung des Stellenkapitals im Amt des förderpädagogischen Beraters (Art. 22)

Die Regierung schlägt vor, dem Zentrum für Förderpädagogik anderthalb zusätzliche Stellen im Amt des förderpädagogischen Beraters zu gewähren für die Einrichtung einer Fachberatung Sensorik-Motorik (0,5 VZÄ) und für das Netzwerk Unterstützte Kommunikation (1 VZÄ).

Die förderpädagogischen Berater des Zentrums für Förderpädagogik haben bereits im Schuljahr 2017-2018 festgestellt, dass es in den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen steigenden Beratungsbedarf gibt für Schüler, die im Bereich Graphomotorik – d.h. der Bereich der Feinmotorik, der die Produktion grafischer Zeichen mit der Hand und einem Schreibgerät umfasst, also die Schreibbewegung –, Auge-Hand-Koordination, visuelle Wahrnehmung und ähnlichen Themen einen Unterstützungsbedarf haben. Bis zum Schuljahr 2019-2020 einschließlich wurden diese Themenbereiche von den Mitarbeitern des ZFP aus dem Bereich Dyskalkulie (ein Vollzeitäquivalent) bearbeitet. Die Anfragen in den Bereich Dyskalkulie und Sensorik-Motorik überschritten jedoch die verfügbaren Personalressourcen, sodass zum Schuljahr 2020-2021 eine Halbzestelle in Form von BVA genehmigt wurde, um diesem Bereich personell gerecht werden zu können. Diese BVA-Stelle (0,5 VZÄ) soll nun auf Anfrage des Zentrums für Förderpädagogik für die Fachberatung Sensorik-Motorik dekretal verankert werden.

Seit dem Schuljahr 2020-2021 werden dem ZFP zudem zwei BVA-Stellen für das Netzwerk Unterstützte Kommunikation gewährt, die auf Anfrage des Zentrums für Förderpädagogik ebenfalls dekretal verankert werden sollen.

Die Unterstützte Kommunikation (UK) geht davon aus, dass jeder Mensch das Recht auf Kommunikation und Teilhabe hat. Durch Einschränkungen der verbalen Sprache ist die Möglichkeit der Teilhabe oft nicht ausreichend gegeben. Hier können die Hilfsmittel der Unterstützten Kommunikation ausgehend von den aktuellen Kompetenzen einer Person individuell ansetzen, um Maßnahmen zur Ergänzung oder Unterstützung der Kommunikation, Teilhabe und Mitbestimmung im Alltag zu entwickeln. Zu den in der UK verwendeten Hilfsmitteln gehören u.a. körpereigene Kommunikationsformen wie Körperhaltung, Blickbewegungen,

Gebärden und Lautäußerungen, der Einsatz von Fotos oder Symbolen mithilfe von Kommunikationstafeln oder -büchern sowie komplexe Sprachcomputer.

Das UK-Konzept umfasst zudem die Beratung und Begleitung des sozialen Umfeldes, damit die gesamte kommunikative Situation der betroffenen Person im Sinne der erweiterten Teilhabe optimiert werden kann.

Durch die Schaffung einer UK-Koordinationsstelle haben die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben und das Zentrum für Förderpädagogik den Grundstein für ein einrichtungsübergreifendes Netzwerk in Ostbelgien gelegt. Ziel ist es, gemeinsam mit anderen Einrichtungen (u.a. Wohn- und Pflegezentren, Sozialbetrieben, ...) langfristig einheitliche Standards für UK-Interventionen in schulischen und außerschulischen Bereichen zu entwickeln, damit für nicht-sprechende Personen aller Altersklassen eine Verbesserung ihrer Verständnismöglichkeiten und ihrer Lebensqualität gewährleistet werden kann.

Der Bereich Unterstützte Kommunikation wurde bislang im Umfang von 12 Stunden durch ein Personalmitglied des ZFP intern koordiniert. Die Anfragen in diesem Bereich durch Regelschulen und außerschulische Einrichtungen übersteigen jedoch die verfügbaren Personalressourcen, sodass für das Schuljahr 2020-2021 zwei BVA-Stellen für den UK-Bereich beantragt wurden, die nun auf Anfrage des ZFP dekretal verankert werden sollen. Um diesem erhöhten Bedarf gerecht zu werden und im Hinblick auf den Aufbau eines UK-Netzwerkes in Ostbelgien sieht das ZFP folgende Arbeitsbereiche für die UK-Beratung und Koordination vor:

- Anlauf- und Beratungsstelle für alle Regelschulen und die Pater-Damian-Förderschule, die DSL und weitere Einrichtungen, die Fragen und Unterstützungsbedarf in Bezug auf UK haben;
- Unterstützungsangebote:
 - o Informationen, Sensibilisierung, Beratungs- und Fallgespräche
 - o Beratung und Begleitung von UK-Nutzern und deren Betreuer/Familien
 - o Prozessbegleitung für Einrichtungen, Schulen und Lehrpersonen
 - o Begleitung von Arbeitsgruppen
- Gestaltung der Übergänge von der Schule zu den Tagesstätten und Wohnheimen für UK-Nutzer
- Organisation von UK-spezifischen Weiterbildungen

b) Erhöhung des Stellenkapitals im Amt des Aufsehers-Erziehers in der Fördersekundarschule und des Internatsaufsehers (Art. 25)

Für die Fördersekundarschule und das Internat erhält das Zentrum für Förderpädagogik seit einigen Jahren mehrere BVA-Stellen, die von Erziehern besetzt werden (4,5 VZÄ). Um diese 4,5 VZÄ dekretal zu verankern, wird vorgeschlagen, dem Zentrum für Förderpädagogik im Schuljahr 2022-2023 3,75 zusätzliche Stellen im Amt des Aufsehers-Erziehers für die Fördersekundarschule und zusätzliche 0,75 Stelle im Amt des Internatsaufsehers für das Internat zu gewähren.

Die 3,75 zusätzlichen Stellen im Amt des Aufsehers-Erziehers werden aktuell in Form von BVA für Erziehungshilfspersonal in der Sekundarschule gewährt (2,5 VZÄ), für die Verwaltung der Sekundarschule (0,25 VZÄ) und für die Hippopädagogik (1 VZÄ). Die Ziele der Hippopädagogik (Reittherapie) liegen unter anderem in der Auseinandersetzung mit individuellen Schwierigkeiten, der Stärkung der Selbstwertgefühles und dem angemessenen Umgang mit Emotionen.

Im Internat werden 0,75 VZÄ per BVA gewährt für die Organisation von Aktivitäten im Internat.

In **Artikel 25** wird festgelegt, dass eine Fördersekundarschule im Schuljahr 2022-2023 3,75 zusätzliche Stellen im Amt des Aufsehers-Erziehers und ein Internat zusätzliche 0,75 Stelle im Amt des Internatsaufsehers erhält.

c) Stundenkapital für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelschulwesen (Art. 24)

Das Stundenkapital für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelschulwesen wird in Artikel 53ter des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, geregelt. Paragraf 7 legt fest, dass dieses Stundenkapital für die Schuljahre 2015-2016 bis einschließlich 2021-2022 gilt. In Erwartung der Gründung einer paragemeinschaftlichen Einrichtung für Förderpädagogik wird dieser Zeitraum bis zum Schuljahr 2022-2023 verlängert.

Artikel 24 legt fest, dass das Stundenkapital für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelschulwesen bis zum Schuljahr 2022-2023 einschließlich zur Verfügung steht.

20. Erhöhung des Stellenkapitals für Internatsaufseher im freien subventionierten Unterrichtswesen (Art. 21)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Gemäß Artikel 14 des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens erhält ein an eine Regelgrund- oder Regelsekundarschule angegliedertes Internat von 1 bis 21 Internatsschülern eine Stelle als Internatsaufseher und eine weitere halbe Stelle für jede weitere angefangene Gruppe von 21 Internatsschülern.

Die Schülerzahlen der Internate der Bischöflichen Schule St. Vith und der Maria-Goretti-Sekundarschule St. Vith sinken seit einigen Jahren (jeweils zum 30. September: Internat der Bischöflichen Schule: 85 Schüler im Schuljahr 2017-2018, 84 im Schuljahr 2018-2019, 65 im Schuljahr 2019-2020, 60 im Schuljahr 2020-2021, 43 im Schuljahr 2021-2022; Internat der Maria-Goretti-Schule: 47 im Schuljahr 2017-2018, 49 im Schuljahr 2018-2019, 45 im Schuljahr 2019-2020 MG, 37 im Schuljahr 2020-2021, 38 im Schuljahr 2021-2022). Der Betreuungsbedarf, der sich aus der Aufsicht und Begleitung der Schüler während der Mittagspause, nachmittags nach Schulschluss und während fünf Nächten pro Woche bis zum Frühstück ergibt, kann jedoch auch bei sinkenden Zahlen nicht mit dem bestehenden Personalschlüssel abgedeckt werden. Dem Internat der BS stehen für die Betreuung der 43 Internatsschüler zwei Vollzeitstellen als Internatsaufseher zur Verfügung; dem Internat der MG stehen für die Betreuung der 38 Internatsschülerinnen anderthalb Vollzeitstellen als Internatsaufseher zur Verfügung.

Um eine optimale Betreuung der Internatsschüler zu gewährleisten, wurden den beiden Internaten des freien subventionierten Unterrichtswesens in den letzten Schuljahren BVA-Stellen gewährt. Damit diese BVA-Stellen nicht länger erforderlich sind und eine gute

Begleitung der Internatsschüler weiterhin gewährleistet ist, wird vorgeschlagen, das Stellenkapital für die erste Tranche von 1 bis 21 Internatsschülern von einer auf zwei Stellen als Internatsaufseher zu erhöhen.

In **Artikel 21** wird festgelegt, dass bei 1 bis 21 Internatsschülern zwei Stellen als Internatsaufseher gewährt werden. Bislang wurde für diese Schülertranche eine Stelle als Internatsaufseher gewährt.

21. Anpassung der Zusammensetzung des Förderausschusses für Beschwerden im Zusammenhang mit Nachteilsausgleich und Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung (Art. 38)

Inkrafttreten: 1. Juli 2022

Kapitel 4.1 des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen hält die Maßnahmen bzgl. des Nachteilsausgleiches und Notenschutzes in der mittelständischen Ausbildung fest.

Sind die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Lehrling mit einer diesbezüglichen Entscheidung nicht einverstanden, können sie in Analogie zur Vorgehensweise im Sekundarschulwesen innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Erhalt der Entscheidung Einspruch beim Vorsitzenden des Förderausschusses einlegen.

Der Förderausschuss setzt sich gemäß Artikel 93.24 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen zusammen aus einem Präsidenten, einem Sekretär, einem Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, einer Person mit einer besonderen Erfahrung oder Qualifikation im Bereich der Förderpädagogik und einem Vertreter des Fachbereichs Pädagogik des Ministeriums. Zudem sieht das Grundlagendekret vor, dass der Schulträger der Regelschule, die der Schüler besucht oder entsprechend dem Wunsch der Eltern besuchen soll, eine Person, die nicht dem Personal der betreffenden Regelschule angehört, in den Förderausschuss entsendet.

Die Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen gelten nicht als Regelschule im Sinne desselben Dekrets vom 31. August 1998. Folglich findet die Bestimmung, dass der Schulträger der Regelschule einen Vertreter für den Förderausschuss bestimmt, keine Anwendung auf die mittelständische Ausbildung. Damit für die Beschwerden im Zusammenhang mit Nachteilsausgleich und Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung dennoch ein Vertreter des Ausbildungsträgers anwesend ist, schlägt die Regierung vor, in diesen Fällen an der Stelle des Vertreters des Regelschulwesens einen Vertreter des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen in den Förderausschuss zu entsenden.

In **Artikel 38** wird festgelegt, dass in Abweichung von Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen bei den Sitzungen, in denen der Förderausschuss über die in den Artikeln 36.3, 36.5 Absatz 3, 36.8 oder 36.10 §3 des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen angeführten Entscheidungen über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen

oder den Notenschutz eines Auszubildenden berät, eine vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vorgeschlagene Person anwesend ist.

22. Reform des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht (Art. 26-35)

Inkrafttreten: 1. September 2022

Der schulexterne Prüfungsausschuss für den Sekundarunterricht ermöglicht den Bürgern, das Abschlusszeugnis der Unter- und Oberstufe zu erlangen. In den vergangenen fünf Jahren haben durchschnittlich 75 Kandidaten an den Prüfungen vor dem schulexternen Prüfungsausschuss für den Sekundarunterricht teilgenommen.

Um den modernen Herausforderungen Genüge zu tun und einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssitzungen zu gewährleisten, ist eine Anpassung der Rechtsgrundlagen bzgl. des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht erforderlich. Die Änderungen des Dekretes vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss sind Teil des Projektes „Reform der schulexternen Prüfungsausschüsse“ des laufenden Arbeitsprogramms für die Legislatur 2019-2024. Die vorliegende Reform des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht beinhaltet zwei große Änderungen: die Organisation von zwei Prüfungssitzungen pro Jahr mit getrennten Einschreibephasen und die Eingrenzung der Studienrichtungen in den einzelnen Unterrichtsformen.

Um diese Änderungen umzusetzen und den Erlass der Regierung vom 20. Juli 1994 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie die Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss dahingehend abändern zu können, bedarf es einiger Anpassung im Dekret vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss.

Bisher findet die erste Prüfungssitzung im Mai und Juni statt und die zweite Prüfungssitzung von August bis Oktober. Es gibt lediglich eine Einschreibemöglichkeit im Februar. Zur zweiten Sitzung können folglich nur die Kandidaten, die für die erste Sitzung bereits eingeschrieben waren, zugelassen werden. Zukünftig soll es nun zwei Prüfungssitzungen pro Schuljahr mit zwei getrennten Einschreibephasen geben. Dies soll den Kandidaten die Möglichkeit bieten, sich zu beiden Prüfungssitzungen einzuschreiben, um mehr Prüfungen innerhalb eines Schuljahres abzulegen und somit flexibler und ggf. schneller das angestrebte Abschlusszeugnis zu erlangen.

Aktuell besteht für die Kandidaten die Möglichkeit, die Prüfungen in jeder beliebigen Studienrichtung vor dem Prüfungsausschuss abzulegen. Der Prüfungsinhalt entspricht dem Studienprogramm einer Studienrichtung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer anderen Gemeinschaft organisierten, subventionierten oder anerkannten Schule (technisch und berufsbildend) oder wird vom zuständigen Minister festgelegt (allgemeinbildend).

Aufgrund des erhöhten Verwaltungsaufwands, der durch die Organisation von zwei getrennten Prüfungssitzungen entsteht und aufgrund der Schwierigkeit, für alle

existierenden Studienrichtungen geeignete Prüfer zu finden, sollen die angebotenen Studienrichtungen zukünftig eingegrenzt und im selben Erlass vom 20. Juli 1994 festgelegt werden. Der Erlass wird ebenfalls die Auflistung der Fächer, in denen in den jeweiligen Studienrichtungen Prüfungen abgelegt werden müssen, festlegen. Um der Regierung diese Befugnis zu erteilen, muss dasselbe Dekret vom 18. April 1994 abgeändert werden. Sollte sich der Bedarf nach der Festlegung der Studienrichtungen ändern, kann die Regierung Studienrichtungen hinzufügen.

Der aktuelle Artikel 8 des Dekrets sieht vor, dass die Prüfungen von mindestens zwei Prüfern bewertet werden. Dies ist jedoch aufgrund der Schwierigkeit, geeignete Prüfer zu finden, in der Praxis selten umsetzbar. Daher wird vorgeschlagen, die verpflichtende Anwesenheit eines zweiten Prüfers zu streichen. Bei den Prüfungen, die durch mehr als einen Prüfer bewertet werden, geben die Prüfer eine gemeinsame Note ab. Dies wird nun im Dekret präzisiert.

Die aktuelle Regelung sieht vor, dass Kandidaten bei schwerer Störung des Prüfungsverfahrens oder bei Täuschungshandlungen während des Prüfungsverlaufs von den Prüfungssitzungen des nächsten Jahres ausgeschlossen werden können. Konkret könnte diese Regelung zu folgender Situation führen: Fand in der ersten Prüfungssitzung ein Täuschungsversuch statt, wäre der Kandidat für die Sitzungen im kommenden Jahr ausgeschlossen worden, hätte aber theoretisch noch zur zweiten Sitzung des Jahres, in dem der Täuschungsversuch stattgefunden hat, zugelassen werden können. Würde der Kandidat auch nicht zu dieser zweiten Prüfungssitzung zugelassen, würde er insgesamt von drei Prüfungssitzungen ausgeschlossen. Da der Prüfungsausschuss den Ausschluss von zwei bzw. drei aufeinanderfolgenden Sitzungen für unverhältnismäßig hält, wird vorgeschlagen, zu präzisieren, dass der Ausschluss im Fall von schwerer Störung des Prüfungsverfahrens oder bei Täuschungshandlungen von der nächsten Prüfungssitzung ausgeschlossen wird.

Artikel 26 hält fest, dass zwei Prüfungssitzungen pro Jahr stattfinden. Bislang sah das Dekret vom 18. April 1994 eine Prüfungssitzung vor sowie die Möglichkeit für den Prüfungsausschuss, eine zweite Prüfungssitzung zu organisieren.

Artikel 27 betrifft die Zulassung zu den Prüfungen der zweiten Sitzung. Da es zukünftig zwei Prüfungssitzungen pro Schuljahr mit zwei getrennten Einschreibephasen geben soll, wird die Bestimmung, dass zur zweiten Sitzung nur die Kandidaten zugelassen werden, die in der ersten Sitzung eingeschrieben waren, aufgehoben. Außerdem entfällt die Regelung, dass die Zulassung in der zweiten Sitzung nur für die Fächer gilt, für die die Kandidaten in der ersten Sitzung zugelassen waren.

Artikel 28 legt fest, dass die Regierung dazu befugt wird, die Studienrichtungen festzulegen, in denen die Prüfungen zum Erwerb der Abschlusszeugnisse der Unter- und Oberstufe im berufsbildenden, technischen und allgemeinbildenden Unterricht vor dem schulexternen Prüfungsausschuss des Sekundarunterrichts abgelegt werden können.

Die **Artikel 29 bis 32** betreffen die Prüfungen zum Erwerb des Abschlusszeugnisses der Unter- und der Oberstufe im allgemeinbildenden, technischen und berufsbildenden Unterricht. Da die Regierung durch **Artikel 28** befugt wird, die Studienrichtungen festzulegen, in denen die Prüfungen vor dem schulexternen Prüfungsausschuss abgelegt werden können, heben die **Artikel 29 bis 32** die in den Artikeln 18 bis 21 des Dekrets vom 18. April 1994 enthaltenen Angaben zu den Fächern, in denen in den verschiedenen Unterrichtsformen Prüfungen absolviert werden müssen, auf. Folglich entfallen die bisherige Aufzählung der Prüfungsfächer sowie die Regelung, dass die Prüfungsfächer in drei Prüfungsteile aufgliedert werden und dass die Regierung die Einordnung der Prüfungsfächer in diese Prüfungsteile festlegt.

Artikel 33 ersetzt die Regelung, dass alle Prüfungen von mindestens zwei Prüfern bewertet werden und in jedem Fall nur eine gemeinsame Note abgegeben wird, durch die Regelung, dass wenn eine Prüfung von mehr als einem Prüfer bewertet wird, nur eine gemeinsame Note vergeben wird.

Artikel 34 hebt den Artikel 26 des Dekrets vom 18. April 1994 auf, der besagt, dass die Reihenfolge der in den Artikeln 18 bis 21 erwähnten Prüfungsteile nicht festgelegt ist und dass, falls sich der Kandidat zu mehr als einem Prüfungsteil einschreibt, die Reihenfolge durch den Vorsitzenden bestimmt wird. Die Erwähnungen der Prüfungsteile werden in Artikel 18 bis 24 ebenfalls gestrichen (siehe **Artikel 29 bis 32**). Daher wird der Artikel 26 aufgehoben.

Artikel 35 legt fest, dass aufgrund der zukünftigen Einführung von zwei Prüfungssitzungen pro Jahr mit getrennten Einschreibephasen der Prüfungsausschuss den Kandidaten künftig bei schwerer Störung des Prüfungsverfahrens oder bei Täuschungshandlungen während des Prüfungsverlaufs von der nächsten Prüfungssitzung statt von den Prüfungssitzungen des nächsten Jahres ausschließen kann.

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2022

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 8. APRIL 1959 ZUR REGELUNG DER LEISTUNGEN DER AUFSEHER UND STUDIENLEITER DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR MITTELSCHUL- UND TECHNISCHEN UNTERRICHT

Art. 1 – Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1959 zur Regelung der Leistungen der Aufseher und Studienleiter der staatlichen Einrichtungen für Mittelschul- und technischen Unterricht, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Die Arbeitnehmer haben während jedes Zeitraums von vierundzwanzig Stunden ein Recht auf eine Mindestruhezeit von elf aufeinander folgenden Stunden zwischen Beendigung und Wiederaufnahme der Arbeit.“

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 und 2 kann ein Dienst, der eine Nachtschicht enthält mehr als sechzehn Stunden betragen und die Ruhezeit von elf Stunden unterschritten werden, wenn:

1. die Notwendigkeit der Abweichung dadurch gekennzeichnet ist, dass die Kontinuität des Dienstes gewährleistet sein muss, und zwar insbesondere bei Aufnahme-, Behandlungs-, Betreuungs- und/oder Pflegediensten;

2. die Dienstbereitschaft durch die Notwendigkeit gekennzeichnet ist, den Schutz von Sachen und Personen zu gewährleisten;

3. die vorgeschriebenen Ruhezeiten innerhalb eines Referenzzeitraums einer Woche gewährleistet werden können.“

3. Im bisherigen Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge „, du lever au coucher des élèves,“ gestrichen.

4. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Die Nachtarbeitszeit ist auf den Zeitraum zwischen 22.30 Uhr und 6.30 Uhr festgelegt.“

5. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:

„Absatz 1, 2, 3 und 5 dienen der Umsetzung der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung.“

6. Im bisherigen Absatz 3, der zu Absatz 7 wird, wird die Wortfolge „zwischen dem Zubettgehen und Aufstehen der Schüler“ durch die Wortfolge „während der Nachtarbeitszeit“ ersetzt.

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Art. 2 – Artikel 6 Buchstabe G) Buchstabe a) des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen

Personals sowie des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:
„4. Lehrer für Gesang (Klassik/Musical)“
2. Folgende Nummer 4.1. wird eingefügt:
„4.1. Lehrer für Gesang (Rock/Pop)“.

Art. 3 – In Artikel 7 Buchstabe a) desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgende Nummer 1.2. eingefügt:

„1.2. Fördergrundschulassistent;“

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 4 – In Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe i) des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird das Wort „Kindergartenassistenten“ durch die Wortfolge „Kindergartenassistenten oder des Fördergrundschulassistenten“ ersetzt.

Art. 5 – In Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe i) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird das Wort „Kindergartenassistenten“ durch die Wortfolge „Kindergartenassistenten oder des Fördergrundschulassistenten“ ersetzt.

Art. 6 – Artikel 41 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge „Vorrang für die Ausdehnung“ durch die Wortfolge „Vorrangsregeln im Rahmen“ ersetzt.

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von Absatz 1 wird den Personalmitgliedern, die in einem der nachfolgenden Ämter ernannt worden sind, kein Vorrang bei der Ergänzung ihrer Ernennung in dem betreffenden Amt in der betreffenden Schule eingeräumt:

- a) Förderpädagoge im Regelgrundschulwesen;
- b) Förderpädagogischer Koordinator im Förderschulwesen;
- c) Kindergartenassistent;
- d) Fördergrundschulassistent;
- e) Chefsekretär.“

3. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 bis 3 räumt der Schulträger Personalmitgliedern, die die Bedingungen für eine definitive Ernennung erfüllen und bislang nicht in einem oder mehreren Ämtern mit vollständigem Stundenplan im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, Vorrang ein bei der Vergabe der Stellen, die zur Ernennung freigegeben worden sind.“

Art. 7 – In Artikel 91septies §3 einleitender Satz desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 8 – In Artikel 121sexies §4 einleitender Satz desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 9 – In Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 169undetricies eingefügt:

„Art. 169undetricies – In Abweichung von Artikel 22 §1 Absatz 1 erfolgt der Bewerbungsauftrag für eine zeitweilige Bezeichnung im Amt des Fördergrundschulassistenten für das Schuljahr 2022-2023 zwischen dem Tag der Verabschiedung des Dekrets vom [Datum der Dekretverabschiedung] über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2022 und dem 31. August 2022.“

Art. 10 – In das Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 169tricies eingefügt:

„Art. 169tricies – §1 – Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2022 im Amt des Lehrers für Gesang definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind und Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical erteilen, gelten ab dem 1. Januar 2023 als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical). Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical erteilt.

Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2022 im Amt des Lehrers für Gesang definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind und Kurse in der Fachrichtung Rock/Pop erteilen, gelten ab dem 1. Januar 2023 als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop). Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied Kurse in der Fachrichtung Rock/Pop erteilt.

§2 – Die Dienstage, die das ab dem 1. Januar 2023 im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) beziehungsweise im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) zeitweilig bezeichnete oder definitiv ernannte Personalmitglied in Anwendung von Artikel 40 vor diesem Datum im Amt des Lehrers für Gesang erwirtschaftet hat, werden für die Ermittlung des Alters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) beziehungsweise im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) erwirtschaftet worden wären.“

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 11 – In Artikel 7 Nummer 9 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Als Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises gilt ebenfalls jede Person, die die Einstellungs- bzw. Bezeichnungsbedingungen für das Amt des Primarschullehrers erfüllt und die in Absatz 1 Nummer 9.2. und 9.3. angeführten Nachweise besitzt.“

Art. 12 – In Artikel 9quater desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Als Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises gilt ebenfalls jede Person, die die Einstellungs- bzw. Bezeichnungsbedingungen für das Amt des Primarschullehrers erfüllt und die in Absatz 1 Nummern 2 und 3 angeführten Nachweise besitzt.“

Art. 13 – Artikel 13septies §1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird die Wortfolge „Lehrer für Gesang“ durch die Wortfolge „Lehrer für Gesang (Klassik/Musical)“ ersetzt.

2. In Nummer 6 Buchstabe a) wird die Wortfolge „in den Studienrichtungen „Gesang“ oder „Lied““ durch die Wortfolge „in den Studienrichtungen „Gesang (Schwerpunkt klassischer Gesang)“ oder „Lied““ ersetzt.

3. Folgende Nummer 6.1. wird eingefügt:

„6.1. Lehrer für Gesang (Rock/Pop): Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts in der Studienrichtung „Gesang“ (Schwerpunkt Rock, Pop und/oder Jazz) und eine Lehrbefähigung im Gesangsbereich.“

Art. 14 – In Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird folgende Nummer 1.2. eingefügt:

„1.2. Fördergrundschulassistent:

a) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Erziehung;

b) das Abschlusszeugnis der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften;

c) einer der folgenden Nachweise im Bereich Kinderpflege:

1. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Kinderpflege;

2. das Brevet als Kinderpfleger;

3. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten oder siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege;

d) das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe;

e) das vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB ausgestellte Zertifikat als Kinderbetreuer oder als Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkannter Nachweis.

In Ermangelung eines Bewerbers, der im Besitz eines der in den Buchstaben a) bis e) angeführten Befähigungsnachweises ist, gilt das Diplom des Kindergärtners als erforderlicher Befähigungsnachweis.“

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 15 – Artikel 22octies des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge „Vorrang für die Ausdehnung“ durch die Wortfolge „Vorrangsregeln im Rahmen“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 und 2 räumt der Schulträger Personalmitgliedern, die die Bedingungen für eine definitive Ernennung erfüllen und bislang nicht in einem oder mehreren Ämtern mit vollständigem Stundenplan im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, Vorrang ein bei der Vergabe der Stellen, die zur Ernennung freigegeben worden sind.“

Art. 16 – Der Anhang Buchstabe A) §2 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe f) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe g) wird eingefügt:

„g) ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer vom Kultusträger anerkannten Zusatzausbildung in katholischer Religion.“

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1977 ZUR FESTLEGUNG DER VORSCHRIFTEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BERECHNUNG DER ANZAHL PLANSTELLEN IN BESTIMMTEN ÄMTERN DES ERZIEHUNGSHILFS-, SOZIALPSYCHOLOGISCHEN UND VERWALTUNGSPERSONALS DES SEKUNDAR- UND HOCHSCHULUNTERRICHTSWESENS MIT AUSNAHME DER UNIVERSITÄTEN

Art. 17 – In Artikel 3 §1.2 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ und das Wort „drei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

Art. 18 – Artikel 15 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird aufgehoben.

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 297 VOM 31. MÄRZ 1984 ÜBER DIE PLANSTELLEN, GEHÄLTER, GEHALTSSUBVENTIONEN UND DIE URLAUBE WEGEN VERKÜRZTER DIENSTLEISTUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PMS-ZENTREN

Art. 19 – In Artikel 10 §1 Absatz 8 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Wortfolge „Absatz 6“ durch die Wortfolge „Absatz 8“ ersetzt.

Art. 20 – Artikel 10bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 4 wird die Wortfolge „Absatz 6“ durch die Wortfolge „Absatz 8“ ersetzt.
2. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „des Direktions- und Lehrpersonals“ durch die Wortfolge „, die ein Anwerbungsamt in der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals bekleiden,“ ersetzt.
3. In §2 Absatz 3 wird folgende Nummer 3 eingefügt:
„3. Die zugunsten dieses Viertels aufgegebenen Unterrichtsstunden gelten ab Beginn der Zurdispositionstellung als vakant.“
4. In §2 wird folgender Absatz 5 eingefügt:
„Personalmitglieder, die vor dem 1. September 2022 gemäß §1 Absatz 1 zur Disposition gestellt wurden und kein Anwerbungsamt in der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals bekleiden, verrichten die ihrem Amt entsprechende Tätigkeit während zwei Dritteln ihres Dienstes. Dies entspricht der Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung. Für das verbleibende Viertel gelten die Absätze 3 und 4.“

KAPITEL 8 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 456 VOM 10. SEPTEMBER 1986 BEZÜGLICH DER RATIONALISIERUNG UND PROGRAMMIERUNG DER INTERNATE DES VOM STAAT ORGANISIERTEN ODER SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS

Art. 21 – In Artikel 14 §1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „1 Internatsaufseher“ durch die Wortfolge „zwei Internatsaufseher“ ersetzt.

KAPITEL 9 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE, WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN

Art. 22 – In Artikel 5quinquies Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Zahl „8“ durch die Zahl „9,5“ ersetzt.

Art. 23 – Artikel 31ter desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 31ter – §1 - In einer Fördergrundschule werden Stellen im Amt des Fördergrundschulassistenten gemäß folgender Schülerzahlen organisiert oder subventioniert:

1. bis 25 Grundschüler: 0,5 Vollzeitstelle,
2. 26-50 Grundschüler: 1 Vollzeitstelle,
3. 51-75 Grundschüler: 1,5 Vollzeitstellen,
4. 76-100 Grundschüler: 2 Vollzeitstellen,
5. 101-125 Grundschüler: 2,5 Vollzeitstellen.

Für jede weitere angefangene Gruppe von 25 Grundschülern: eine zusätzliche halbe Stelle.

Als Grundlage für die Stellenberechnung dient die Anzahl der am letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres regulär eingeschriebenen Fördergrundschüler.

Das gemäß Absatz 1 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§2 - Die wöchentliche Arbeitszeit des Fördergrundschulassistenten beläuft sich bei einer Vollzeitbeschäftigung auf 36 Stunden zu 60 Minuten. Der Fördergrundschulassistent leistet effektiv mindestens neun Stunden zu 60 Minuten in einer Fördergrundschule.

§3 - Der Schulträger kann das Stellenkapital unter Berücksichtigung der in §2 angeführten Wochenarbeitszeit bei der zeitweiligen Bezeichnung oder Einstellung sowie bei der definitiven Ernennung oder definitiven Einstellung auf mehrere Personalmitglieder verteilen.“

Art. 24 – In Artikel 53ter §7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Angabe „2021-2022“ durch die Angabe „2022-2023“ ersetzt.

Art. 25 – In das Kapitel IVter desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 53sexies eingefügt:

„Art. 53sexies – §1 – Zuzüglich zu dem gemäß Artikel 34 erwirtschafteten Stundenkapital erhält eine Fördersekundarschule 3,75 Stellen im Amt des Aufsehers-Erziehers für das Schuljahr 2022-2023.

§ 2 – Zuzüglich zu dem gemäß Kapitel IV erwirtschafteten Stundenkapital erhält ein Internat 0,75 Stellen im Amt des Internatsaufsehers für das Schuljahr 2022-2023.“

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 18. APRIL 1994 BEZÜGLICH DER EINSETZUNG DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DEN SEKUNDARUNTERRICHT SOWIE DER DURCHFÜHRUNG DER PRÜFUNGEN VOR DIESEM AUSSCHUSS

Art. 26 – Artikel 11 des Dekrets vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 11 - Zwei Prüfungssitzungen finden pro Jahr statt.“

Art. 27 – Artikel 14 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird aufgehoben.

Art. 28 – In Kapitel III desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird vor Abschnitt 1 folgender Artikel 17.1 eingefügt:

„Art. 17.1 – Die Regierung legt die Studienrichtungen fest, in denen die in Artikel 18 bis 21 erwähnten Prüfungen vor dem Ausschuss abgelegt werden können.“

Art. 29 – Artikel 18 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „und umfasst folgende Fächer: Deutsch, Mathematik, Geschichte, Erdkunde, Französisch, ein naturwissenschaftliches Fach und mindestens ein Wahlfach“ gestrichen.

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung legt die Prüfungsfächer in den einzelnen Studienrichtungen innerhalb der betreffenden Unterrichtsform fest.“

3. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 30 – Artikel 19 desselben Dekrets abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „(allgemeinbildende Fächer) und das Studienprogramm des vierten Jahres (technische und praktische Fächer)“ gestrichen.

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung legt die Prüfungsfächer in den einzelnen Studienrichtungen innerhalb der betreffenden Unterrichtsform fest.“

3. Absatz 4 wird aufgehoben.

Art. 31 – Artikel 20 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „und umfasst folgende Fächer: Deutsch, Mathematik, Geschichte, Geographie, Französisch, ein naturwissenschaftliches Fach und mindestens drei Wahlfächer, von denen ein Fach ein naturwissenschaftliches Fach sein muss“ gestrichen.

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung legt die Prüfungsfächer in den einzelnen Studienrichtungen innerhalb der betreffenden Unterrichtsform fest.“

3. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 32 – Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „des sechsten und siebten Jahres (allgemeinbildende Fächer) und das Studienprogramm des fünften und sechsten Jahres (technische und praktische Fächer)“ durch die Wortfolge „des fünften, sechsten und siebten Jahres“ ersetzt.

2. Absatz 4 wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung legt die Prüfungsfächer in den einzelnen Studienrichtungen innerhalb der betreffenden Unterrichtsform fest.“

3. Absatz 5 wird aufgehoben.

Art. 33 – Artikel 24 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 24 – Wird die Prüfung von mehr als einem Prüfer bewertet, wird nur eine gemeinsame Note vergeben.“

Art. 34 – Artikel 26 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 35 – In Artikel 30 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge „von den Prüfungssitzungen des nächsten Jahres“ durch die Wortfolge „von der nächsten Sitzung“ ersetzt.

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 36 – In Artikel 3bis §1 Absatz 3 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001, wird das Wort „wird“ durch die Wortfolge „wird bei Personalmitgliedern der Kategorie des Lehrpersonals mit Ausnahme der Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und des an der autonomen Hochschule beschäftigten Lehrpersonals“ ersetzt.

KAPITEL 12 - ABÄNDERUNG DES PROGRAMMDEKRETS 1997 VOM 20. MAI 1997

Art. 37 – In Artikel 4ter §3 Absatz 4 des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Wortfolge „im Rahmen dieser Stunden ist nicht zulässig“ durch die Wortfolge „ist lediglich in den in Absatz 1 Nummern 1 Buchstabe a), 2 Buchstabe a), 3 Buchstabe a) und 4 Buchstabe a) angeführten Stunden für die Verwaltung zulässig“ ersetzt.

KAPITEL 13 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 38 – In Artikel 93.24 §1 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 Nummer 4 ist bei den Sitzungen, in denen der Förderausschuss über die in den Artikeln 36.3, 36.5 Absatz 3, 36.8 oder 36.10 §3 des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen angeführten Entscheidungen über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen oder den Notenschutz berät, eine vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vorgeschlagene Person anwesend.“

Art. 39 – Artikel 93.81 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Dafür stehen jeweils 30 Stunden im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen für bis zu zwölf erstankommende Schüler zur Verfügung sowie vier Stunden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse (Mathematik) in der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens.“

2. In Absatz 2 einleitender Satz wird zwischen die Wortfolge „zusätzliche Stunden“ und das Wort „gewährt“ die Wortfolge „im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen“ eingefügt.

Art. 40 – Artikel 96.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 11 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 12 wird eingefügt:

„12. Koordination, Implementierung, Umsetzung und Evaluation der Vermittlung von fächerübergreifenden Kompetenzen in den Bereichen der Medienbildung, der politischen Bildung und der Berufswahlorientierung.“

Art. 41 – In Artikel 98 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird folgender §7 eingefügt:

„§7 – Unbeschadet von §1 umfasst der Auftrag der Fördergrundschulassistenten unter Anleitung der Klassenleiter folgende Aufgaben:

1. Unterstützung des Klassenleiters bei der Durchführung inner- und außerschulischer Aktivitäten;

2. Unterstützung der Kinder bei der Körperpflege, den Toilettengängen sowie bei den Mahlzeiten;

3. Bereitstellung von Spiel- und Turngeräten;

4. Instandhaltung und Reinigung von Spiel- und Beschäftigungsmaterialien;

5. Reinigung der Gruppen- bzw. Klassenräume;

6. Reinigung der Spiel- und Sportanlagen im Freien;
7. Logistische Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Festen und Aktionen.

Die in Absatz 1 Nummer 1 angeführte Aufgabe nimmt der Fördergrundschulassistent ausschließlich im Beisein eines Klassenleiters wahr.

Die Klassenleiter haben Weisungsbefugnis gegenüber den Fördergrundschulassistenten.“

Art. 42 – Artikel 103.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 103.1 - Die Wochenarbeitszeit der Personalmitglieder in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Erziehungshilfspersonals im Regel- und Fördergrund- und Sekundarschulwesen

Die Dienstleistungen, die die Personalmitglieder in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Erziehungshilfspersonals im Regel- und Fördergrund- und Sekundarschulwesen erbringen, belaufen sich bei einer Vollzeitbeschäftigung pro Woche durchschnittlich auf 36 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt.

In Abweichung von Absatz 1 betragen die Dienstleistungen die der förderpädagogische Koordinator im Förderschulwesen erbringt, bei einer Vollzeitbeschäftigung pro Woche durchschnittlich 38 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt. Der förderpädagogische Koordinator leistet effektiv mindestens 19 Wochenstunden zu 60 Minuten bei einem Schulträger.

Die wöchentliche Arbeitszeit darf in keinem Fall 50 Stunden überschreiten.“

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 43 – In Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe i) des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird das Wort „Kindergartenassistenten“ durch die Wortfolge „Kindergartenassistenten oder des Fördergrundschulassistenten“ ersetzt.

Art. 44 – Artikel 35 §1 Absatz 1 Nummer 2.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird aufgehoben.

Art. 45 – In Artikel 49 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe i) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird das Wort „Kindergartenassistenten“ durch die Wortfolge „Kindergartenassistenten oder des Fördergrundschulassistenten“ ersetzt.

Art. 46 – Artikel 53 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von Absatz 1 wird den Personalmitgliedern, die in einem der nachfolgenden Ämter ernannt worden sind, kein Vorrang bei der Ergänzung ihrer Ernennung in dem betreffenden Amt in der betreffenden Schule eingeräumt:

- a) Förderpädagoge im Regelgrundschulwesen;
- b) Förderpädagogischer Koordinator im Förderschulwesen;
- c) Kindergartenassistent;
- d) Fördergrundschulassistent;
- e) Chefsekretär.“

2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 bis 4 räumt der Schulträger Personalmitgliedern, die die Bedingungen für eine definitive Einstellung erfüllen und bislang nicht in einem oder mehreren Ämtern mit vollständigem Stundenplan im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, Vorrang ein bei der Vergabe der Stellen, die zur definitiven Einstellung freigegeben worden sind.“

Art. 47 – In Artikel 62.6 §3 einleitender Satz desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 48 – In Artikel 69.5 §4 einleitender Satz desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 49 – In Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 119.26 eingefügt:

„Art. 119.26 – §1 - Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2022 im Amt des Lehrers für Gesang definitiv bzw. zeitweilig eingestellt sind und Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical erteilen, gelten ab dem 1. Januar 2023 als definitiv bzw. zeitweilig eingestellt im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical). Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical erteilt.

Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2022 im Amt des Lehrers für Gesang definitiv bzw. zeitweilig eingestellt sind und Kurse in der Fachrichtung Rock/Pop erteilen, gelten ab dem 1. Januar 2023 als definitiv bzw. zeitweilig eingestellt im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop). Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied Kurse in der Fachrichtung Rock/Pop erteilt.

§2 - Die Dienstage, die das ab dem 1. Januar 2023 im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) beziehungsweise im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) zeitweilig oder definitiv eingestellte Personalmitglied in Anwendung von Artikel 55 vor diesem Datum im Amt des Lehrers für Gesang erwirtschaftet hat, werden für die Ermittlung des Amtsalters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) beziehungsweise im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) erwirtschaftet worden wären.“

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 50 – Artikel 18 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und

der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Personalmitglied“ durch die Wortfolge „Personalmitglied vor dem Schulträger oder vor einem vom Schulträger bezeichneten Vertreter“ ersetzt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 51 – In Artikel 20 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe h) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird das Wort „Kindergartenassistenten“ durch die Wortfolge „Kindergartenassistenten oder des Fördergrundschulassistenten“ ersetzt.

Art. 52 – In Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe h) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird das Wort „Kindergartenassistenten“ durch die Wortfolge „Kindergartenassistenten oder des Fördergrundschulassistenten“ ersetzt.

Art. 53 – Artikel 41 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018,

1. Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt:

„In Abweichung von Absatz 1 wird den Personalmitgliedern, die in einem der nachfolgenden Ämter ernannt worden sind, kein Vorrang bei der Ergänzung ihrer Ernennung in dem betreffenden Amt in der betreffenden Schule eingeräumt:

- a) Förderpädagoge im Regelgrundschulwesen;
- b) Förderpädagogischer Koordinator im Förderschulwesen;
- c) Kindergartenassistent;
- d) Fördergrundschulassistent;
- e) Chefsekretär.“

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 bis 3 räumt der Schulträger Personalmitgliedern, die die Bedingungen für eine definitive Ernennung erfüllen und bislang nicht in einem oder mehreren Ämtern mit vollständigem Stundenplan im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, Vorrang ein bei der Vergabe der Stellen, die zur Ernennung freigegeben worden sind.“

Art. 54 – In Artikel 56.5 §3 einleitender Satz desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 55 – In Artikel 64.5 §4 einleitender Satz desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 56 – In Artikel 64.16 §4 einleitender Satz desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 57 – In das Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 111sexiesdecies eingefügt:

„Art. 111sexiesdecies – §1 - Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2022 im Amt des Lehrers für Gesang definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind und Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical erteilen, gelten ab dem 1. Januar 2023 als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical). Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied Kurse in der Fachrichtung Klassik/Musical erteilt.

Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2022 im Amt des Lehrers für Gesang definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind und Kurse in der Fachrichtung Rock/Pop erteilen,

gelten ab dem 1. Januar 2023 als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop). Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Personalmitglied Kurse in der Fachrichtung Rock/Pop erteilt.

§2 - Die Dienstage, die das ab dem 1. Januar 2023 im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) beziehungsweise im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) zeitweilig bezeichnete oder definitiv ernannte Personalmitglied in Anwendung von Artikel 48 vor diesem Datum im Amt des Lehrers für Gesang erwirtschaftet hat, werden für die Ermittlung des Amtsalters so berücksichtigt, als ob sie im Amt des Lehrers für Gesang (Klassik/Musical) beziehungsweise im Amt des Lehrers für Gesang (Rock/Pop) erwirtschaftet worden wären.“

KAPITEL 16 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. JUNI 2005 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2005

Art. 58 – Artikel 23 Absatz 1 des Dekrets vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 5 wird wie folgt abgeändert:

a) Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds 1. Grades des Personalmitglieds oder dessen Lebensgefährten oder“ durch die Wortfolge „, eines Kindes des Personalmitglieds oder dessen Ehepartners beziehungsweise Lebensgefährten oder Tod eines zum Zeitpunkt seines Ablebens oder in der Vergangenheit im Rahmen einer Langzeitpflegschaft von mindestens 6 Monaten im Haushalt des Personalmitglieds aufgenommenen Pflegekindes“ ersetzt.

b) In Buchstabe a) wird die Zahl „4“ durch die Zahl „10 aufeinanderfolgende“ ersetzt.

c) Buchstabe b) wird wie folgt ersetzt:

„b) Zeitpunkt: innerhalb einer Zeitspanne von 30 Tagen ab dem Tag, an dem der Todesfall eintritt;“

2. Folgende Nummer 5.1. wird eingefügt:

„5.1. Tod des eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds 1. Grades des Personalmitglieds oder dessen Lebensgefährten:

a) Dauer: 4 Arbeitstage,

b) Zeitpunkt: ab der Woche, in der der Todesfall eintritt, bis zum letzten Tag der Woche, in der die Beerdigung stattfindet;“

3. Folgende Nummer 7.1. wird eingefügt:

„7.1 Tod eines zum Zeitpunkt seines Ablebens im Rahmen einer Kurzzeitpflegschaft im Haushalt des Personalmitglieds aufgenommenen Pflegekindes:

a) Dauer: 1 Arbeitstag,

b) Zeitpunkt: am Tag der Beerdigung;“

KAPITEL 17 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 59 – Artikel 3.1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 3.1 – *Aufnahmeverfahren und Bedingungen zur Zulassung zur Erstausbildung Lehramt*

§ 1 - Zum ersten Jahr der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt wird der Student zugelassen, der folgende Bedingungen erfüllt:

1. er ist Inhaber eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder eines Hochschulnachweises oder eines auf Grundlage oder in Ausführung eines Gesetzes, eines Dekretes, einer Europäischen Richtlinie oder einer internationalen Konvention gleichgestellten Studiennachweises;
2. er hat die in Artikel 3.8 festgelegte Einschreibgebühr entrichtet;
3. er hat das in §2 festgelegte Aufnahmeverfahren erfolgreich bestanden.

Zum zweiten Studienjahr der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt wird der Student zugelassen, der eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

1. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss des ersten Studienjahres der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt der autonomen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach mit mindestens 50% der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde;
2. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss eines gleichwertigen ersten Studienjahres einer anderen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach mit mindestens 50% der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde, und er hat die Prüfung der deutschen Sprachkompetenz und der Argumentationsfähigkeit von Teil 2 sowie den Teil 3 des in § 2 festgelegten Aufnahmeverfahrens erfolgreich bestanden.

Zum dritten Studienjahr der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt wird der Student zugelassen, der eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

1. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss des zweiten Studienjahres der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt der autonomen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach des ersten und zweiten Studienjahres mit mindestens 50% der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde.
2. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss eines gleichwertigen zweiten Studienjahres einer anderen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach des ersten und zweiten Studienjahres mit mindestens 50% der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde, und er hat die Prüfung der deutschen Sprachkompetenz und der Argumentationsfähigkeit von Teil 2 sowie den Teil 3 des in § 2 festgelegten Aufnahmeverfahrens erfolgreich bestanden.

Die Überprüfung der Gleichwertigkeit der Studiennachweise durch einen Abgleich der Inhalte und des Umfangs der Kurse und der Praktika des ersten Studienjahres der anderen Hochschule mit denen der autonomen Hochschule nehmen Dozenten der autonomen Hochschule vor.

§2 - Das Aufnahmeverfahren der Hochschule im Studienbereich Lehramt besteht aus folgenden drei Teilen:

1. Teil 1: ein schriftliches, digitales Selbsterkundungsverfahren zur Selbstreflexion und zur Klärung, ob das Lehramtsstudium und der Beruf des Lehrers oder Kindergärtners den Erwartungen des Interessenten entsprechen;
2. Teil 2: eine schriftliche Prüfung, die einerseits aus einem kognitiven standardisierten Test zum schlussfolgernden, rechnerischen und räumlichen Denken und zum sprachlichen Denken in deutscher Sprache besteht und andererseits aus einer Prüfung der deutschen Sprachkompetenz und der Argumentationsfähigkeit, bei der Rechtschreibung, Grammatik, Zeichensetzung, Ausdruck, Textaufbau und Argumentationsfähigkeit beurteilt werden. Das Niveau der Prüfung der deutschen

Sprachkompetenz entspricht dem Niveau der gründlichen Kenntnisse in der Muttersprache Deutsch in Anlehnung an die Kompetenzerwartungen des Rahmenplans Deutsch Unterrichtssprache für die zweite und dritte Sekundarstufe.

3. Teil 3: ein persönliches, in deutscher Sprache geführtes Gespräch des Studienbewerbers mit einer durch die Hochschule zusammengestellten Jury, bei dem die motivationalen, kommunikativen, sozialen und personalen Ressourcen des Studienbewerbers eingeschätzt werden. Das Gespräch besteht aus einer Selbstpräsentation und der Analyse eines Fallbeispiels aus dem Schulalltag. In der Selbstpräsentation werden Motivation, Präsentationsfähigkeit und kommunikative Fertigkeiten kriteriengeleitet eingeschätzt. Bei der Analyse des Fallbeispiels werden die Fähigkeiten der Situationsanalyse, der Perspektivenübernahme und der Konfliktlösung eingeschätzt. Der dritte Teil findet mündlich statt.“

Die Zulassungsbedingungen zu den verschiedenen Teilen des Aufnahmeverfahrens werden wie folgt festgelegt:

1. Teil 1: jeder interessierte Studienbewerber.
2. Teil 2: der Studienbewerber, der den ersten Teil absolviert hat und sich form- und fristgerecht zum zweiten Teil des Aufnahmeverfahrens eingeschrieben hat, wobei der Studienbewerber den unterzeichneten Nachweis über das Absolvieren des Selbsterkundungsverfahrens einreichen muss, dessen Datum bei der Einschreibung nicht mehr als zwei Jahre zurückliegen darf;
3. Teil 3: der Studienbewerber der, den zweiten Teil bestanden hat.“

Art. 60 – In Titel III Untertitel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird folgender Artikel 3.1.1 eingefügt:

„Art. 3.1.1 – Prüfer im Aufnahmeverfahren

§ 1 - Der in Artikel 3.1. §2 Absatz 1 Nummer 2 angeführte Test zur Prüfung des schlussfolgernden, sprachlichen, rechnerischen und räumlichen Denkens wird durch mindestens zwei Psychologen durchgeführt und ausgewertet. Die Prüfung der Sprachkompetenz wird von mindestens zwei Germanisten anhand von standardisierten Kriterienrastern durchgeführt.

Die in Absatz 1 angeführten Psychologen sind Inhaber einer Lizenz bzw. eines Masterdiploms in Psychologie. Die in Absatz 1 angeführten Germanisten sind Inhaber einer Lizenz bzw. eines Masterdiploms in Germanistik mit Deutsch als Grundrichtung.

§2 - Das in Artikel 3.1 §2 Absatz 1 Nummer 3 angeführte persönliche Gespräch wird von einer Jury bewertet, die aus mindestens zwei Prüfern besteht. Die Prüfer werden unter den Dozenten der autonomen Hochschule, Kindergärtnern, Primarschullehrern und Schulleitern ausgewählt, wobei mindestens ein Dozent Mitglied der Jury ist.

Die in Absatz 1 angeführten Kindergärtner, Primarschullehrer oder Schulleiter befinden sich im aktiven oder im nichtaktiven Dienst im von der deutschsprachigen, der französischen oder flämischen Gemeinschaft Belgiens organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen und weisen gründliche Kenntnisse der deutschen Sprache vor.

§ 3 - Der Verwaltungsrat bestimmt vor Beginn des Aufnahmeverfahrens die in §1 und §2 angeführten Prüfer.“

Art. 61 – Im selben Untertitel wird folgender Artikel 3.1.2 eingefügt:

„Art. 3.1.2 – Organisation des Aufnahmeverfahrens

Das in Artikel 3.1 §2 Absatz 1 festgelegte Aufnahmeverfahren findet zweimal pro Jahr statt. Die erste Sitzung findet zwischen dem 15. Mai und dem 30. Juni statt. Die zweite Sitzung findet zwischen dem 15. August und dem 31. August statt.

Die Einschreibungsphase beginnt mindestens vier Wochen vor dem Beginn der jeweiligen Sitzung. Der Aufruf zur Einschreibung zum Aufnahmeverfahren wird in der Presse sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht

Der Verwaltungsrat bestimmt den Ort und den Zeitpunkt der in Artikel 3.1 angeführten Teile des Aufnahmeverfahrens.“

Art. 62 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 3.1.3 eingefügt:

„Art. 3.1.3 – Bewertung im Aufnahmeverfahren

Die in Artikel 3.1 §2 Absatz 1 Nummer 2 angeführte Prüfung der kognitiven Grundkompetenzen (Teil 2) gilt als bestanden, wenn der Studienbewerber in den Bereichen des schlussfolgernden, sprachlichen, rechnerischen und räumlichen Denkens des standardisierten Tests im Vergleich zur Normgruppe (bildungsrepräsentative Gesamtgruppe) mindestens ausreichende Ergebnisse erreicht hat. „Ausreichend“ bedeutet hier, dass die Normwerte der geprüften Dimensionen mindestens im schwachdurchschnittlichen Bereich liegen, das bedeutet einen Prozentrang zwischen 13,5 und 100 aufweisen.

Die in Artikel 3.1 §2 Absatz 1 Nummer 2 angeführte Prüfung der sprachlichen Grundkompetenzen (Teil 2) gilt als bestanden, wenn der Studienbewerber eine Gesamtnote, zusammengesetzt aus den Bereichen Sprache, Aufbau/Textzusammenhang und Inhalt sowie aus der Einzelnote des Bereiches Sprache (Grammatik, Rechtschreiben, Zeichensetzung, Wortschatz, Satzbau, sprachliche Mittel) von mindestens 60% erreicht hat.

Das in Artikel 3.1 §2 Absatz 1 Nummer 3 angeführte persönliche Gespräch (Teil 3) gilt als bestanden, wenn der Studienbewerber in ausreichendem Maße tätigkeitsbezogene Anreize für die Wahl des Lehrerberufes nennt, Gesprächsinhalte in ausreichendem Maße aufgabenbezogen darstellt (Beantwortung der Fragestellungen) und in ausreichendem Maße einen korrekten und angemessenen Sprachgebrauch der deutschen Sprache in Bezug auf Grammatik, Wortschatz, Satzbau und Sprachstil anwendet.

Das Aufnahmeverfahren gilt als bestanden, wenn der Studienbewerber den in Artikel 3.1. §2 Absatz 1 Nummer 2 und 3 angeführten Teil 2 und Teil 3 des Aufnahmeverfahrens bestanden hat. Eine bestandene Prüfung des Aufnahmeverfahrens hat eine Gültigkeit von zwei Jahren.

Der Studienbewerber, der das Aufnahmeverfahren nicht bestanden hat, kann an darauffolgenden Sitzungen des Aufnahmeverfahrens erneut teilnehmen. Der Studienbewerber ist von dem Absolvieren der Prüfung befreit, für die er eine gültige bestandene Prüfung vorweisen kann.“

Art. 63 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 3.1.4 eingefügt:

„Art. 3.1.4 – Mitteilung der Prüfungsergebnisse

Der Studienbewerber wird je nach absolviertem Teil des Aufnahmeverfahrens über das erreichte Resultat wie folgt informiert:

1. Teil 1: Der Studienbewerber erhält die Einschätzung seiner Eignung für den Studiengang sowie einen Teilnahmenachweis nach Beendigung des Selbsterkundungsverfahrens.
2. Teil 2: Das Ergebnis wird dem Studienbewerber zu einem vorher bekanntgegebenen Datum per E-Mail mitgeteilt. Die negativen Ergebnisse werden zudem zusätzlich begründet, indem zu den einzelnen Dimensionen eine grobe Einschätzung formuliert wird.
3. Teil 3: Der Studienbewerber erhält das Ergebnis mündlich am Ende des persönlichen Gesprächs. Eine schriftliche Bestätigung des Ergebnisses wird dem Studienbewerber zu einem vorher bekanntgegebenen Datum per E-Mail mitgeteilt.“

Art. 64 – Artikel 3.11 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird die Wortfolge „und in allen anderen Studienbereichen“ durch die Wortfolge „und im Studienbereich Finanz- und Verwaltungswissenschaften“ ersetzt.

2. Es wird folgender Absatz 2 eingefügt: „Für den Studienbereich Bildungswissenschaften wird die gründliche Beherrschung der deutschen Sprache im Rahmen der Prüfung der deutschen Sprachkompetenz und der Argumentationsfähigkeit von Teil 2 sowie Teil 3 des in Artikel 3.1 § 2 beschriebenen Aufnahmeverfahrens geprüft.“

Art. 65 – In Artikel 5.34 §1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 bis 3 räumt der Schulträger Personalmitgliedern, die die Bedingungen für eine definitive Ernennung erfüllen und bislang nicht in einem oder mehreren Ämtern mit vollständigem Stundenplan im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, Vorrang ein bei der Vergabe der Stellen, die zur Ernennung freigegeben worden sind.“

Art. 66 – In Titel IX desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 9.11undecies eingefügt:

„Art. 9.11undecies - Die Studenten, die im akademischen Jahr 2022-2023 im ersten Studienjahr der Erstausbildung Lehramt eingeschrieben sind und dieses nicht bestehen, werden im akademischen Jahr 2023-2024 ohne das Absolvieren und Bestehen des in Artikel 3.§2 angeführten Aufnahmeverfahrens erneut zum ersten Studienjahr der Erstausbildung Lehramt zugelassen.“

KAPITEL 18 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION, DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG UND DIE SCHULBERATUNG FÜR INKLUSION UND INTEGRATION

Art. 68 – In Artikel 20 §4 einleitender Satz des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration, abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 69 – In Kapitel 5 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Artikel 67.3 eingefügt:

„Art. 67.3 - Die Zeitspannen, während deren ein Referent für Inklusion und Integration die in Artikel 15.1 angeführten Aufgaben im Rahmen eines Urlaubs wegen eines Auftrags im Interesse des Unterrichtswesens wahrgenommen hat, wird berücksichtigt, um das in Artikel 20 §4 Nummer 1 angeführte Amtsalter zu ermitteln.“

KAPITEL 19 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 70 – Artikel 6.36 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird das Wort „Ausdehnung“ durch die Wortfolge „Vorrangsregeln im Rahmen“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 4 hinzugefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 bis 3 räumt der Verwaltungsrat Personalmitgliedern, die die Bedingungen für eine definitive Ernennung erfüllen und bislang nicht in einem oder mehreren Ämtern mit vollständigem Stundenplan im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt sind, Vorrang ein bei der Vergabe der Stellen, die zur Ernennung freigegeben worden sind.“

Art. 71 – In Artikel 6.83 §3 Absatz 1 einleitender Satz desselben Dekrets wird die Zahl „50“ durch die Zahl „45“ ersetzt.

Art. 72 – In Artikel 7.4.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge „wird eine Stelle für einen“ durch die Wortfolge „werden zwei Stellen für“ ersetzt.

KAPITEL 20 – INKRAFTTRETEN

Art. 73 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2022 in Kraft mit Ausnahme:

1. des Artikels 44, der mit Wirkung vom 1. September 2021 in Kraft tritt;
2. der Artikel 19 und 20, die am Tag der Verabschiedung des Dekrets in Kraft treten;
3. der Artikel 38, der am 1. Juli 2022 in Kraft tritt;
4. der Artikel 2, 6 Nummern 1 und 3, 10, 13, 15, 16, 37, 46 Nummer 2, 49, 53 Nummer 2, 57, 59-67 und 70, die am 1. Januar 2023 in Kraft treten.

Eupen, den 25.04.2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

Lydia
Klinkenberg

Digital
unterschrieben von
Lydia Klinkenberg
Datum: 2022.04.25
11:20:53 +02'00'

L. KLINKENBERG

18/01/2022
Doc S1/2022 OSUW1/2022
Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

La Ministre compétente en matière d'Enseignement est chargée de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2022

CONTENU

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.

Il contient entre autres des modifications dans les domaines suivants :

- introduction de la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée;
- adaptation du congé de circonstances en cas de décès du partenaire ou d'un enfant;
- procédure d'admission à la formation initiale de la section « fonction enseignante » à la haute école autonome;
- capital emplois;
- réforme du jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs 4 Explications générales	4
Avant-projet	28

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1. Adaptation de la réglementation du temps de travail en ce qui concerne le personnel auxiliaire d'éducation et le recours à celui-ci dans les internats de l'enseignement communautaire (articles 1^{er} et 42)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Les présentes adaptations décrétales servent à transposer la directive 2003/88/CE du Parlement européen et du Conseil du 4 novembre 2003 concernant certains aspects de l'aménagement du temps de travail.

Cette directive s'applique aux périodes minimales de repos journalier, de repos hebdomadaire et de congé annuel ainsi qu'au temps de pause et à la durée maximale hebdomadaire de travail, ainsi qu'à certains aspects du travail de nuit, du travail posté et du rythme de travail. La Commission européenne a adressé, au printemps 2020, une demande EU-Pilot en ce qui concerne la réglementation du temps de travail des surveillants d'internat, basée sur la directive susmentionnée. La demande EU-Pilot vise principalement à garantir la cohérence entre la réglementation du temps de travail existante et la directive européenne. À cette fin, des adaptations de la réglementation du temps de travail en ce qui concerne le personnel auxiliaire d'éducation et le recours à celui-ci dans les internats de l'enseignement communautaire sont nécessaires.

D'après la directive européenne, la durée moyenne hebdomadaire de travail sur une période de sept jours ne peut excéder quarante-huit heures, calculées sur la base d'une période de référence de quatre mois. Une durée maximale hebdomadaire de travail, avec période de référence, n'est réglementée dans l'enseignement que pour quelques fonctions et est limitée à cinquante heures par semaine.

La durée hebdomadaire de travail du personnel auxiliaire d'éducation s'élève à trente-six heures, à l'exception du coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé, dont le temps de travail s'élève à trente-huit heures par semaine.

La durée hebdomadaire de travail actuelle est par conséquent inférieure à la durée moyenne hebdomadaire de travail de quarante-huit heures, telle qu'indiquée dans la directive européenne; toutefois, elle n'était pas, jusqu'à présent, ancrée dans un décret pour toutes les fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, mais uniquement pour le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé. Il est dès lors proposé d'assurer également la sécurité juridique pour les autres fonctions de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation.

D'après la directive européenne, tout surveillant devrait se voir garantir, au cours d'une période de vingt-quatre heures, une période minimale de repos de onze heures consécutives entre la fin et la reprise du travail. Cette disposition ne fait, pour l'instant, pas encore partie des bases légales de la Communauté germanophone. Il est proposé de fixer ces onze heures de temps de repos par décret et de garantir en parallèle la possibilité de déroger à cette règle pour des raisons organisationnelles. La directive européenne autorise en effet de déroger à cette disposition afin de pouvoir garantir la

flexibilité de l'encadrement, de jour comme de nuit, dans l'intérêt du service et de la personne. La continuité du service doit ainsi être garantie, en particulier dans le cadre des services d'accueil, de traitement, d'encadrement et/ou de soins, et la permanence doit être caractérisée par la nécessité d'assurer la protection des biens et des personnes. Chaque membre du personnel doit cependant se voir accorder des temps de repos suffisants sur la base d'une période de référence d'une semaine.

D'après la directive européenne, la durée du travail de nuit ne peut excéder huit heures en moyenne par période de vingt-quatre heures. La durée du travail de nuit dans les internats de l'enseignement communautaire n'était pas, jusqu'à présent, ancrée dans un décret. Elle est désormais définie comme s'étendant de 22 h 30 à 6 h 30.

Les présentes adaptations décrétales visent à combler les lacunes existant jusqu'ici en matière de sécurité juridique et, partant, à assurer la conformité avec la directive 2003/88/CE du Parlement européen et du Conseil du 4 novembre 2003 concernant certains aspects de l'aménagement du temps de travail.

L'article 1^{er} fixe le temps de repos obligatoire pour les surveillants-éducateurs en internat à onze heures pour une période de vingt-quatre heures. En outre, le même article prévoit la possibilité de déroger aux règles générales, pour autant que la flexibilité de l'encadrement, de jour comme de nuit, l'exige dans l'intérêt du service et de la personne, et que des temps de repos suffisants puissent être garantis. Ledit article fixe également le cadre horaire du travail de nuit de 22 h 30 à 6 h 30.

L'article 42 fixe à trente-six heures de soixante minutes la durée hebdomadaire de travail des membres du personnel de l'une des fonctions de recrutement relevant de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation de l'enseignement fondamental et secondaire ordinaire et spécialisé.

2. Introduction de la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée (articles 3, 4, 5, 6, 2°, 9, 14, 41, 43, 45, 46, 1°, 51, 52 et 53, 1°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Eu égard au nombre croissant d'exigences et de tâches qui incombent au titulaire de classe dans l'enseignement fondamental spécialisé, il est proposé d'introduire, à partir de l'année scolaire 2022-2023, la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée, afin de faciliter le travail dans l'enseignement fondamental spécialisé et de soulager le titulaire de classe. La mission de l'assistant en école fondamentale spécialisée consiste essentiellement à soutenir autant que possible les pédagogues dans l'organisation du quotidien scolaire des élèves.

La fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée est établie en tant que fonction de recrutement relevant de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation. Peuvent accéder à cette fonction les personnes qui disposent de l'un des titres suivants :

- a. le certificat de l'enseignement secondaire supérieur technique, section « éducation »;
- b. le certificat de l'enseignement secondaire supérieur professionnel, section « encadrement de groupes d'enfants »;
- c. l'un des titres suivants dans le domaine de la puériculture :
 1. le certificat d'enseignement secondaire supérieur, section « Puériculture »;
 2. le brevet de puériculteur;
 3. le certificat d'études de sixième année de l'enseignement professionnel, section « Puériculture », complété par le certificat de qualification de sixième ou septième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « Puériculture »;

- d. le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « aide familiale », complété par le certificat de qualification de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « aide familiale »;
- e. le certificat de garde d'enfants ou d'aide familiale et seniors et d'aide-soignant, délivré par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone en coopération avec la « Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien - KPVDB » (association des infirmiers germanophones de Belgique) ou un titre reconnu comme équivalent par le Gouvernement.

À défaut d'un candidat porteur de l'un des titres mentionnés aux a) à e), le diplôme d'instituteur maternel vaut titre requis.

Si aucun candidat ne possède le titre requis, une personne qui bénéficie de passerelles peut être recrutée. La personne peut se mettre en ordre vis-à-vis du statut par le biais du système des trois dérogations. Toutefois, elle doit, en sus des trois dérogations, réussir une formation continue reconnue par le Gouvernement et comptant 120 heures dans le domaine de la garde d'enfants.

Outre les missions générales définies pour le personnel auxiliaire d'éducation, l'assistant en école fondamentale spécialisée accomplit en particulier les missions suivantes sous la direction du titulaire de classe :

1. soutenir le titulaire de classe lors de l'organisation d'activités scolaires et extrascolaires;
2. apporter de l'aide aux enfants dans leurs soins corporels, lorsqu'ils vont aux toilettes et lors des repas;
3. préparer les engins de jeu et agrès;
4. maintenir propres et en état les matériels ludiques et occupationnels;
5. nettoyer les locaux de groupe ou de classe;
6. nettoyer les installations ludiques et sportives extérieures;
7. apporter un soutien logistique lors de la préparation et de l'organisation de fêtes et d'actions.

L'assistant en école fondamentale spécialisée n'exécute la mission mentionnée au 1° qu'en présence du titulaire de classe.

En outre, les titulaires de classe ont autorité sur les assistants en école fondamentale spécialisée.

Pour les assistants en école fondamentale spécialisée, la durée hebdomadaire de travail est de trente-six heures de soixante minutes. En outre, le pouvoir organisateur est autorisé à partager un emploi entre plusieurs membres du personnel, chacun d'entre eux devant prêter au moins neuf heures. Dans ce contexte, aucune priorité n'est par ailleurs accordée à un membre du personnel nommé à temps partiel dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée, pour ce qui est de compléter sa nomination dans cette fonction au sein de l'école concernée.

Les emplois dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée sont calculés comme détaillé ci-après, sur la base du nombre d'élèves inscrits dans l'école fondamentale spécialisée au 30 septembre de l'année scolaire en cours :

- jusqu'à 25 élèves : 0,5 emploi à temps plein;
- de 26 à 50 élèves : 1 emploi à temps plein;
- de 51 à 75 élèves : 1,5 emploi à temps plein;
- de 76 à 100 élèves : 2 emplois à temps plein;
- de 101 à 125 élèves : 2,5 emplois à temps plein.

Pour tout groupe entamé de 25 élèves, 1/2 emploi supplémentaire est accordé. Le capital emplois calculé est disponible pour l'année scolaire en cours.

L'**article 3** introduit la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968. La fonction est établie dans la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation.

L'**article 14** définit dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 les titres requis pour la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée.

Les **articles 4, 5, 6, 2°, et 9** adaptent le statut de l'enseignement communautaire. Il est prévu qu'un assistant en école fondamentale spécialisée qui ne dispose pas du titre requis remplira les conditions de désignation ou de nomination uniquement s'il a notamment bénéficié de trois dérogations dans la fonction concernée auprès d'un pouvoir organisateur, et ce, au cours de cinq années scolaires consécutives, s'il a obtenu au moins la mention « satisfaisant » lors du dernier bulletin de signalement et s'il a réussi une formation continue reconnue par le Gouvernement et comptant au moins 120 heures dans le domaine de la garde d'enfants.

Eu égard au fait que le capital emplois dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée peut être réparti entre plusieurs membres du personnel, il est prévu que le membre du personnel nommé à temps partiel dans cette fonction ne bénéficiera d'aucune priorité pour compléter sa nomination dans cette fonction au sein de l'école concernée.

En outre, une disposition transitoire est ancrée dans le statut en ce qui concerne l'appel à candidatures pour une désignation à titre temporaire dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée pour l'année scolaire 2022-2023, afin de garantir que ledit appel à la suite de l'adoption du décret pourra avoir lieu conformément au statut.

Les **articles 43, 45 et 46, 1°**, adaptent le statut de l'enseignement libre subventionné. Il est prévu qu'un assistant en école fondamentale spécialisée qui ne dispose pas du titre requis remplira les conditions d'engagement ou de nomination uniquement s'il a notamment bénéficié de trois dérogations dans la fonction concernée auprès d'un pouvoir organisateur, et ce, au cours de cinq années scolaires consécutives, s'il a obtenu au moins la mention « suffisant » lors du dernier bulletin de signalement et s'il a réussi une formation continue reconnue par le Gouvernement et comptant au moins 120 heures dans le domaine de la garde d'enfants.

Eu égard au fait que le capital emplois dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée peut être réparti entre plusieurs membres du personnel, il est prévu qu'un membre du personnel nommé à temps partiel dans cette fonction ne bénéficiera d'aucune priorité pour compléter sa nomination dans cette fonction au sein de l'école concernée.

Les **articles 51, 52 et 53, 1°**, procèdent à des adaptations identiques dans le statut de l'enseignement officiel subventionné.

L'**article 23** adapte le décret relatif au capital emplois dans l'enseignement spécialisé (décret du 27 juin 1990) et fixe les normes relatives au calcul du capital emplois et la durée hebdomadaire de travail de l'assistant en école fondamentale spécialisée. Ledit article prévoit également qu'un pouvoir organisateur peut répartir le capital emplois entre plusieurs membres du personnel lors de la désignation ou de l'engagement à titre temporaire ainsi que lors de la nomination ou de l'engagement à titre définitif, chaque membre du personnel devant au moins prêter un quart d'heure dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée.

L'**article 41** définit dans le décret organique du 31 août 1998 les missions de l'assistant en école fondamentale spécialisée.

3. Adaptation concernant la nomination du personnel administratif des instituts de formation scolaire continuée (art. 37)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2023

Le décret-programme du 20 mai 1997 prévoit que les écoles secondaires ordinaires auxquelles est rattaché un institut de formation scolaire continuée reçoivent un capital périodes supplémentaire pour la coordination et l'administration de cet institut. Le capital périodes accordé pour l'administration est compris entre 4 et 18 heures par semaine en fonction du nombre de cours de formation continuée organisés, et est organisé dans la fonction d'assistant de secrétariat.

Une nomination à titre définitif dans le cadre de ces heures d'administration n'était, jusqu'à présent, pas autorisée. Toutefois, pour ne pas désavantager les membres du personnel occupés et leur offrir des perspectives de carrière, il est proposé de permettre désormais une nomination dans le cadre des heures mises à la disposition de l'école secondaire ordinaire pour l'administration de l'institut de formation continuée rattaché.

L'**article 37** procède à cette adaptation dans le décret-programme du 20 mai 1997.

4. Règles de priorité dans le cadre de la procédure de nomination (art. 6, 1^o et 3^o, articles 15, 46, 2^o, 53, 2^o, 65 et 70)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2023

Dans le cadre de la procédure de nomination, il arrive régulièrement que des membres du personnel déjà nommés à temps plein dans une ou plusieurs fonctions dans l'enseignement postulent à des emplois qui ont été libérés pour une nomination par un pouvoir organisateur dans l'optique d'obtenir une nouvelle nomination dans une autre école ou une autre fonction. En raison de leur ancienneté de service souvent très élevée, ces personnes sont, dans de nombreux cas, prioritaires lors de l'attribution des emplois par rapport aux autres candidats qui ne sont pas encore nommés ou le sont à temps partiel.

Étant donné que la procédure de nomination est principalement destinée à ouvrir la voie à une nomination ou à un engagement à titre définitif aux personnes qui ne sont pas encore nommées ou le sont à temps partiel, il est proposé d'ancrer dans le statut des règles de priorité. Les règles de priorité prévoient qu'un pouvoir organisateur donne, lors de l'attribution des emplois qui ont été libérés pour une nomination, priorité aux membres du personnel qui remplissent les conditions pour une nomination ou un engagement à titre définitif et qui n'étaient pas, jusqu'à présent, nommés ou engagés à titre définitif dans une ou plusieurs fonctions à prestations complètes dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. Ce faisant, les membres du personnel qui sont déjà nommés pour un horaire complet ne pourront à l'avenir bénéficier d'une nouvelle nomination qu'à la condition qu'il n'y ait pas de candidat qui remplisse les conditions de nomination et qui ne soit pas encore nommé ou qui ne soit nommé que pour un horaire incomplet dans l'enseignement.

L'**article 6, 1^o et 3^o**, procède aux adaptations correspondantes dans le statut de l'enseignement communautaire.

L'**article 15** procède aux adaptations identiques dans l'arrêté royal du 25 octobre 1971 en ce qui concerne les maîtres et professeurs de religion dans l'enseignement communautaire.

L'**article 46, 2^o**, adapte le statut de l'enseignement libre subventionné.

L'article 53, 2°, adapte le statut de l'enseignement officiel subventionné.

L'article 65 adapte le statut des membres du personnel de la haute école autonome.

L'article 70 adapte le statut des membres du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

5. Abaissement de l'âge minimal pour la nomination dans différentes fonctions de sélection et de promotion (art. 7, 8, 47, 48, 54, 55, 56, 68 et 71)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Dans la plupart des fonctions de sélection et de promotion, une nomination à titre définitif n'est possible que si le membre du personnel est âgé d'au moins cinquante ans, s'il justifie d'une ancienneté de fonction de cinq ans minimum et s'il a obtenu au moins la mention « satisfaisant » dans le dernier bulletin de signalement (ou la mention « bon » dans le cas des membres du personnel de Kaleido et de ceux de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration).

Afin de renforcer l'attractivité de ces fonctions, il est proposé d'abaisser l'âge minimal requis de cinquante à quarante-cinq ans.

Les fonctions de sélection et de promotion concernées par cette règle sont les suivantes :

- les chefs d'établissement dans l'enseignement fondamental et secondaire (instituteur en chef, directeur, préfet des études)
- le directeur d'une académie
- le directeur du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes
- le chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration
- l'inspecteur scolaire, le conseiller en développement scolaire et le conseiller pour l'inclusion et l'intégration
- l'administrateur en internat
- le chef de département dans une école fondamentale et secondaire spécialisée
- le sous-directeur/proviseur d'une école secondaire ordinaire
- le chef d'atelier dans une école secondaire ordinaire ou spécialisée
- le cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire
- le coordinateur du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes
- le coordinateur d'une structure d'enseignement à horaire réduit
- le coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire
- le coordinateur paramédical dans des écoles inclusives
- l'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien
- le secrétaire administratif en chef
- le secrétaire de direction
- le gestionnaire financier et immobilier

Les articles 7 et 8 procèdent aux adaptations correspondantes dans le statut de l'enseignement communautaire.

Les articles 47 et 48 adaptent le statut de l'enseignement libre subventionné.

Les **articles 54 à 56** adaptent le statut de l'enseignement officiel subventionné.

L'**article 68** adapte le statut pour les membres du personnel de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration.

L'**article 71** adapte le statut du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

6. Adaptation des conditions d'accès à la fonction de maitre de classes ou cours d'apprentissage linguistique et de professeur de classes d'apprentissage linguistique (art. 11 et 12)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Par le présent chapitre, les conditions en matière de titres sont adaptées pour la fonction de maitre de classes ou cours d'apprentissage linguistique dans l'enseignement fondamental ainsi que pour la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique dans l'enseignement secondaire, de manière à ce que l'accès à la fonction soit également possible pour les personnes qui ne sont certes pas porteuses du diplôme d'instituteur primaire, mais se sont – dans le passé – mises en ordre pour cette fonction vis-à-vis du statut en ayant bénéficié de trois dérogations et remplissent, par conséquent, les conditions mises à l'engagement ou à la désignation pour ladite fonction. Ces personnes sont désormais considérées comme titulaires du titre pour la fonction de maitre de classes ou cours d'apprentissage linguistique et la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique, lorsqu'en plus d'avoir bénéficié des trois dérogations, elles ont réussi la formation complémentaire requise en « allemand langue seconde » ou en « français langue seconde » et possèdent un certificat attestant qu'elles satisfont au niveau de compétence C1 du cadre européen commun de référence pour les langues en ce qui concerne la langue concernée ou sont titulaires d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur, d'un diplôme de l'enseignement supérieur de plein exercice de type court ou de type long ou d'un diplôme universitaire établi dans la langue concernée.

Les **articles 11 et 12** procèdent aux adaptations correspondantes dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

7. Scission de la fonction de professeur de chant (art. 2, 10, 13, 49 et 57)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2023

À la demande de l'académie de musique de la Communauté germanophone, le Gouvernement propose de scinder la fonction de recrutement de professeur de chant en fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) et en fonction de professeur de chant (rock/pop). Cette demande trouve son origine dans le fait que les cursus menant à l'obtention du diplôme spécialisé correspondant sont structurés de manière complètement différente et ne peuvent donc pas être regroupés sous la même fonction. La fonction de professeur de chant « classique/comédie musicale » reste accessible aux personnes qui possèdent un diplôme de l'enseignement artistique supérieur ou supérieur artistique dans les orientations « chant » ou « chanson » (spécialité chant classique) et un titre pédagogique dans le domaine du chant. Comme titre requis pour la fonction de professeur de chant « rock/pop » compte tout diplôme de l'enseignement artistique supérieur ou supérieur artistique dans l'orientation « chant » (spécialité rock, pop et/ou jazz), complété par un titre pédagogique dans le domaine du chant.

Une disposition transitoire établit que les membres du personnel qui, le jour précédant l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions, sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la

fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline « classique/comédie musicale » sont reconduits dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) au 1^{er} janvier 2023. Les membres du personnel qui, le jour précédant l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions, sont nommés à titre définitif ou désignés dans la fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline « rock/pop » sont reconduits dans la fonction de professeur de chant (rock/pop) au 1^{er} janvier 2023. Une attestation rédigée par le chef d'établissement est présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant que le membre du personnel donne des cours dans la discipline « classique/comédie musicale » ou « rock/pop ». Les jours de service prestés jusqu'à présent dans la fonction de professeur de chant sont pris en considération pour la nouvelle fonction.

L'**article 2** procède à cette division de fonction dans l'arrêté relatif aux fonctions du 2 octobre 1968.

L'**article 13** définit dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 les titres requis pour la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) et la fonction de professeur de chant (rock/pop).

Les **articles 10, 49 et 57** prévoient une disposition transitoire dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire, de l'enseignement libre subventionné et de l'enseignement officiel subventionné. Cette disposition garantit que les membres du personnel travaillant déjà dans la fonction de professeur de chant (à titre temporaire ou définitif), conformément à la discipline dans laquelle ils exercent, sont reconduits dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) ou dans la fonction de professeur de chant (rock/pop).

8. Adaptation des dispositions relatives à la prestation de serment dans l'enseignement officiel subventionné (art. 50)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Le présent chapitre propose une adaptation concernant la prestation de serment dans l'enseignement officiel subventionné. Lors de la première entrée en fonction, les membres du personnel de l'enseignement officiel subventionné doivent, comme chacun sait, prêter serment dans les termes de l'article 2 du décret du 20 juillet 1831 concernant le serment à la mise en vigueur de la monarchie constitutionnelle représentative. En 2004, il a été prévu dans le statut de l'EOS que le Gouvernement désigne l'autorité devant laquelle le serment est prêté. Cela n'a cependant pas encore été réalisé. Il est par conséquent proposé d'adapter cette disposition de manière que le serment soit prêté devant le pouvoir organisateur ou devant un représentant désigné par celui-ci, comme cela est déjà le cas dans la pratique.

L'**article 50** procède à l'adaptation correspondante dans le statut de l'enseignement officiel subventionné.

9. Adaptation des dispositions relatives à l'interruption partielle de carrière (art. 36)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Le présent chapitre propose une adaptation concernant l'interruption partielle de carrière. Les membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée peuvent également bénéficier, en plus d'une interruption de carrière complète ou à mi-temps, d'une interruption de carrière correspondant à 1/4 ou 1/5^e d'un horaire à temps plein. Toutefois, si la fraction de la réduction ne donne pas un chiffre rond, elle est arrondie à l'unité supérieure. Ainsi, un régent, dont l'horaire est réduit d'1/5^e, doit prêter non pas 17,6/22, mais 18/22

par semaine. Cette règle a été prévue, car pour le personnel enseignant, la réduction n'est pas calculée sur la base du temps de travail total, mais sur la base de la seule prestation d'enseignement, raison pour laquelle il n'est possible de travailler qu'avec des heures entières. Cette règle de l'arrondissement n'a cependant pas besoin d'être appliquée pour les membres du personnel des autres catégories (personnel administratif, personnel paramédical et sociopsychologique, personnel auxiliaire d'éducation, personnel d'inspection) ou encore le personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Dans les cas précités, il est parfaitement possible de travailler avec des chiffres impairs, autrement dit des heures non entières. Il est par conséquent proposé d'appliquer la règle de l'arrondissement ancrée dans la législation relative à l'interruption de la carrière professionnelle uniquement aux membres du personnel qui occupent une fonction de la catégorie du personnel enseignant, à l'exception des pédagogues de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant de la haute école autonome, puisque pour ces fonctions, ce n'est pas non plus un temps d'enseignement qui est défini, mais une durée hebdomadaire de travail de trente-huit heures.

Depuis l'adoption de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, la jurisprudence du Conseil d'État et celle de la Cour constitutionnelle ont été modifiées de sorte que ces régimes sont à considérer comme essentiels et ne peuvent être adoptés que par le Parlement. En raison de cette modification de la jurisprudence, toutes les adaptations de cet arrêté se font, depuis lors, par voie de décret.

L'**article 36** procède à l'adaptation correspondante dans l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux.

10. Adaptation du congé de circonstances en cas de décès du partenaire ou d'un enfant (art. 58)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

En juillet 2021, le congé de circonstances accordé en cas de décès du partenaire ou d'un enfant est passé à dix jours en Belgique pour les travailleurs salariés et indépendants. Pour que le personnel statutaire de l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone ait droit à l'avenir, en cas de décès du conjoint ou du compagnon ou d'un enfant du membre du personnel ou de son conjoint ou de son compagnon, à un congé de deuil de dix jours et non plus de quatre comme c'était le cas jusqu'à présent, il est proposé, dans le présent chapitre, d'adapter la base décrétable correspondante. Le droit à dix jours de congé de deuil s'applique également lorsqu'un enfant placé faisant l'objet ou ayant fait l'objet par le passé d'un accueil à long terme d'au moins six mois au sein du ménage du membre du personnel décède. Il est aussi prévu que les dix jours doivent être pris de manière consécutive dans un délai de trente jours à compter du jour du décès. Si un enfant placé décède au cours de son accueil à court terme au sein du ménage du membre du personnel, un congé de circonstances d'une journée sera accordé à l'avenir. Cette journée doit être prise le jour de l'enterrement.

L'**article 58** procède à l'adaptation correspondante dans le décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005.

11. Adaptation du statut pour l'adjoint pour l'inclusion et l'intégration (art. 69)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2022

Par le présent chapitre, les conditions de nomination pour l'adjoint pour l'inclusion et l'intégration sont adaptées de manière que soit prise en considération la période pendant laquelle l'adjoint, avant son engagement dans la fonction d'adjoint, s'est vu confier dans le cadre d'un congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement la tâche de garantir et de développer la qualité de la pédagogie de soutien dans l'enseignement et a exécuté des tâches dans le domaine de l'inclusion et de l'intégration, aux fins du calcul des cinq années d'ancienneté de fonction requises pour une nomination à titre définitif dans la fonction d'adjoint. Il est procédé à cette adaptation afin de ne pas léser, lors de la nomination, l'adjoint qui a exercé pendant plusieurs années, dans le cadre d'une mission spéciale, son activité dans le domaine de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration, en l'absence d'une fonction qui lui était propre.

L'article 69 procède à l'adaptation correspondante dans le décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration.

12. Adaptation de la législation en matière de titres pour les professeurs de religion catholique (art. 16)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2023

Par le présent chapitre, à la demande de l'autorité compétente pour le culte catholique, il est procédé à une adaptation dans la législation relative aux titres requis. Il est proposé qu'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré, complété par la preuve de la réussite d'une formation complémentaire en religion catholique reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné, soit à l'avenir également considéré comme un titre requis pour la fonction de professeur de religion catholique dans l'enseignement secondaire supérieur. Cette combinaison de titres était jusqu'à présent définie en tant que titre requis uniquement pour la fonction de maître/professeur de religion catholique dans l'enseignement primaire et dans l'enseignement secondaire inférieur. Cette adaptation s'inscrit dans le contexte d'une pénurie d'enseignants et s'explique aussi par le fait que les professeurs de religion, contrairement aux autres enseignants dans l'enseignement secondaire, n'ont pas la possibilité de se mettre en ordre par le biais d'une procédure de dérogation pour une fonction donnée. La formation complémentaire reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné comprend un cours de base et un cours d'approfondissement en théologie, un cours de pédagogie religieuse, un cours concernant le programme d'études et la didactique du cours de religion ainsi que des stages. Elle peut être suivie par correspondance à la « Domschule Würzburg ».

L'article 16 procède à l'adaptation correspondante dans l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

13. Adaptation de la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite (art. 19 et 20)

Entrée en vigueur : Jour de l'adoption du décret

Par le présent chapitre, il est proposé de corriger une application erronée en ce qui concerne le temps partiel de fin de carrière.

Peuvent bénéficier d'un temps partiel de fin de carrière tous les membres du personnel nommés à titre définitif, qui occupent une fonction de recrutement (dans des cas exceptionnels, également une fonction de sélection), sont âgés d'au moins cinquante-cinq ans et comptent au moins dix ans d'ancienneté de service dans l'enseignement. Le membre du personnel preste dans le cadre du temps partiel de fin de carrière 75 % d'un horaire complet. Pour les membres du personnel qui occupent une fonction de recrutement de la catégorie du personnel enseignant, la règle est qu'ils donnent des cours à raison d'un demi-horaire et accomplissent des prestations d'ordre pédagogique-administratives, à raison d'un quart d'heure. Ce quart d'heure ne compte pas dans le capital périodes, ce qui a pour conséquence qu'au début du temps partiel de fin de carrière, ce ne sont pas 25 %, mais jusqu'à 50 % d'un horaire complet qui peuvent être vacants et assignés à un autre membre du personnel. Cette règle, introduite en 2005, vise à soulager les enseignants, dans la mesure où ils ne doivent faire cours devant une classe plus qu'un demi-horaire.

Cette règle du quart d'heure réservé aux activités pédagogique-administratives a, par le passé, toutefois été également appliquée de manière erronée aux membres du personnel qui occupent une fonction d'une autre catégorie. Ces personnes (par exemple, éducateurs, personnel paramédical, personnel administratif, etc.) ont ainsi réduit leurs prestations de 25 %, mais ont été remplacées à 50 %, car elles ont pris en charge des tâches de projet dans le cadre d'un quart d'heure et un demi-horaire est par conséquent devenu vacant.

Le présent chapitre prévoit de corriger cette application erronée, de manière rétroactive, pour tous les membres du personnel qui n'occupent pas une fonction de recrutement de la catégorie du personnel enseignant et qui ont commencé un temps partiel de fin de carrière avant le 1^{er} septembre 2022. Il est prévu qu'ils seront soumis aux mêmes dispositions que le personnel enseignant et que, par conséquent, jusque 50 % d'un horaire complet seront vacants au début du temps partiel de fin de carrière.

Pour tous les membres du personnel qui commencent le temps partiel de fin de carrière après le 31 août 2022 et qui n'occupent pas une fonction de recrutement de la catégorie du personnel enseignant, la règle prévoit qu'ils exercent l'activité correspondant à leur fonction, dans le cadre du temps partiel de fin de carrière, à hauteur de 75 % d'un horaire complet et que, par conséquent, seules les heures effectivement « abandonnées » (25 % d'un horaire complet au maximum) sont vacantes.

Pour des raisons de sécurité juridique, il est également précisé dans la législation que la règle du quart d'heure réservé aux activités pédagogique-administratives n'est applicable que pour les fonctions de recrutement relevant de la catégorie du personnel directeur et enseignant et que les heures de cours « abandonnées » au profit du quart d'heure réservé aux activités pédagogique-administratives sont considérées comme vacantes à partir du début de la mise en disponibilité.

L'article 20, 2° à 4°, procède à l'adaptation correspondante dans l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux.

L'article 19, 1° et 2°, procède à deux corrections de texte dans le même arrêté royal. Il s'agit d'une correction de deux renvois.

14. Corrections de texte (art. 18 et 44)

Article 18 : L'article 15 de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, prévoit qu'un pouvoir

organisateur peut obtenir la subvention-traitement en faveur d'un éducateur d'internat, porteur d'un des titres requis ou jugés suffisants pour la fonction de surveillant-éducateur, à qui il confie un emploi de gestionnaire financier et immobilier ou de secrétaire de direction. Étant donné que cette disposition est devenue obsolète, notamment après la réforme de la fonction de gestionnaire financier et immobilier, le Gouvernement propose d'abroger l'article 15. Le pouvoir organisateur subventionné n'est pas désavantagé par cette mesure.

Article 44 : Le « Sammeldekret 2021 » (décret global) a introduit les désignations et nominations pour une durée indéterminée dès l'entrée en service. L'article 159, 2°, du décret global du 28 juin 2021 insère à l'article 35 concernant la phase d'entrée dans la profession – autrefois concernant la priorité – une condition dans le statut de l'enseignement libre subventionné, laquelle dispose qu'un candidat ne peut achever la phase d'entrée dans la profession que s'il satisfait à toutes les exigences linguistiques fixées par décret, en ne pouvant faire valoir la dérogation en matière de langue prévue dans le décret relatif à l'emploi des langues.

Cette modification n'était toutefois pas nécessaire, étant donné qu'elle a déjà été introduite par l'article 52 du décret global du 27 juin 2011 et qu'elle a de nouveau été effectuée en raison d'une erreur de coordination dans le statut de l'enseignement libre subventionné. Ladite modification existant déjà depuis 2011, le Gouvernement propose d'abroger rétroactivement l'article 35, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2.1, inséré par le décret du 28 juin 2021.

15. Procédure d'admission à la formation initiale de la section « fonction enseignante » à la haute école autonome (art. 59 à 64, 66 et 67)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2023

L'article 3.1, alinéa 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome dispose que le Gouvernement soumet à l'approbation du Parlement les éléments essentiels d'une procédure d'admission à la formation initiale de la section « fonction enseignante », procédure que la haute école a élaborée au préalable en concertation avec le Gouvernement.

La procédure en trois parties élaborée par la haute école autonome comprend :

1. une procédure d'auto-évaluation qui invite à une réflexion sur soi;
2. un examen des compétences cognitives et linguistiques fondamentales;
3. un entretien personnel dans le cadre duquel le candidat fait face à un jury constitué par la haute école.

L'admission à la formation initiale de la section « fonction enseignante » est soumise à l'achèvement et à la réussite de cette procédure d'admission. Les candidats qui souhaitent s'inscrire en première année d'études doivent avoir achevé les trois parties de la procédure d'admission. Les candidats peuvent participer à la deuxième partie de la procédure d'admission seulement s'ils disposent d'une preuve attestant qu'ils ont achevé la première partie et s'ils ont validé l'inscription suivante. L'autorisation d'accéder à la troisième partie de la procédure d'admission est subordonnée à la réussite de la deuxième partie de celle-ci.

Les étudiants qui ont déjà réussi une première ou une deuxième année équivalente dans une autre haute école et qui désirent s'inscrire en deuxième ou troisième année à la haute école autonome doivent achever et réussir l'examen des compétences linguistiques et des capacités d'argumentation de la partie 2 ainsi que la partie 3 de la procédure d'admission.

La partie 1 évalue, de manière numérique et anonyme, les attentes des personnes intéressées à l'égard du métier d'instituteur maternel ou d'instituteur primaire et a été conçue sur la base de recherches scientifiques. La procédure d'auto-évaluation informe les personnes intéressées de la nature de l'activité et évalue l'attractivité de l'activité pour ces personnes ainsi que leurs prérequis individuels. En complément, les expériences antérieures liées à un encadrement d'enfants ou de jeunes sont prises en considération. À la fin de la procédure d'auto-évaluation, les personnes intéressées obtiennent de manière automatique une évaluation de leur aptitude pour le cursus ainsi que des conseils relatifs à d'autres activités. Lors de l'inscription à la procédure d'admission, une preuve de la participation à la procédure d'auto-évaluation doit être présentée. À la fin de la procédure d'auto-évaluation, les personnes intéressées reçoivent une preuve numérique de leur participation.

Dans le cadre de la partie 2, les compétences en raisonnement logique, verbal, mathématique et spatial sont évaluées au moyen d'un test cognitif écrit et standardisé. En outre, les compétences linguistiques en langue allemande et les capacités d'argumentation sont évaluées. Le test cognitif tient compte du profil requis de l'instituteur maternel et de l'instituteur primaire et est mené et évalué par des psychologues. Quant à l'examen des compétences linguistiques, celui-ci est supervisé par des germanistes porteurs d'un master en langues germaniques, avec l'allemand comme orientation principale, au moyen de grilles de critères standardisées et de tests faisant l'objet d'une révision annuelle. Tous les candidats reçoivent le résultat des tests par courrier électronique à un moment défini à l'avance et communiqué en amont.

Dans le cadre de la partie 3, les motivations ainsi que les compétences communicationnelles, sociales et personnelles des candidats sont abordées à l'occasion d'un entretien personnel, qui se déroule en deux parties.

La première partie comprend une présentation personnelle du candidat d'une durée de cinq minutes, préparée à l'avance, dans laquelle celui-ci expose ses motivations, ses expériences antérieures ainsi que ses attentes. Dans la deuxième partie, les candidats sont confrontés à un cas de figure tiré de la vie quotidienne scolaire. Il s'agit de décrire et d'analyser la situation en question et d'examiner les possibilités d'actions y liées. Les candidats disposent d'un temps de préparation en amont. Cette partie de l'examen s'appuie sur le test d'adéquation dénommé « PArours » de l'université de Passau et destiné aux étudiants en enseignement. Au moins deux examinateurs participent à l'entretien en tant que jury. Les examinateurs sont choisis parmi les chargés de cours de la haute école autonome, les instituteurs maternels, les instituteurs primaires et les chefs d'établissement, le jury comprenant au moins un chargé de cours.

Les examinateurs suivent une formation avant de superviser la procédure d'admission, afin de développer une façon de juger standardisée. Le jury communique oralement le résultat au candidat à la fin de l'entretien. Les candidats reçoivent une confirmation écrite du résultat ainsi que la décision relative à l'admission au cursus « fonction enseignante » par courrier électronique à un moment défini et communiqué en amont.

Les différentes parties de la procédure d'admission sont jugées réussies, lorsque le candidat ou l'étudiant a répondu de manière suffisante aux attentes en matière de compétences. La procédure d'admission est jugée réussie dans sa totalité si le candidat a réussi les parties 2 et 3 de celle-ci.

La procédure d'admission ainsi élaborée permet la sélection soignée de candidats disposant des prérequis appropriés, car elle interroge leur choix en matière d'études et de métier, évalue les compétences fondamentales tant cognitives que linguistiques et passe au crible les motivations, les compétences personnelles et sociales ainsi que les expériences pédagogiques antérieures.

L'organisation d'une procédure d'admission vise ainsi principalement à attirer les candidats qui disposent des prérequis appropriés pour les études et le métier choisis. La présélection avant le début des études permet de réduire le nombre d'étudiants dont la motivation et l'engagement sont insuffisants, et ayant de fausses attentes. Selon la haute école autonome, une enquête interne et le rapport de projet de 2015 concernant l'interruption des études par les étudiants en enseignement donnent des informations à ce sujet. D'après ceux-ci, par comparaison avec des cursus similaires en Belgique et à l'étranger, le taux de personnes interrompant leur cursus à la haute école autonome serait faible, et le taux de diplômés élevé.

Grâce à la procédure d'admission, les stages pratiques dans les écoles fondamentales sont également valorisés. Dans ce cas, les étudiants aussi motivés que possible sollicitent les ressources des écoles, le temps et l'énergie des personnes qui les encadrent ainsi que le précieux temps d'apprentissage des élèves.

Avec la procédure d'admission, la haute école autonome souhaite également agir avec prévenance sur le parcours des candidats, en les soutenant dans le bon choix d'études et de métier. Dans le même temps, cela permet d'augmenter la probabilité selon laquelle les candidats qui ont réussi la procédure d'admission suivront leurs études et exerceront leur métier avec motivation. Cela aura à son tour une influence favorable sur la future qualité de l'enseignement et sur le développement de l'apprentissage et des capacités des élèves.

Chaque personne qui réussit la procédure d'admission obtient une place comme étudiant. La haute école autonome forme ses élèves pour le marché du travail aussi bien local que suprarégional. Ces mesures pourraient par ailleurs avoir des répercussions positives sur le prestige et l'attractivité des études et du métier d'enseignant et, partant, conduire à une hausse du nombre de candidats.

La procédure d'admission est organisée deux fois par an.

Étant donné que la connaissance de la langue allemande est déjà évaluée dans le cadre de la procédure d'admission à la formation initiale de la section « fonction enseignante », la présentation d'une preuve attestant des connaissances linguistiques approfondies prévue à l'article 3.11 n'est pas nécessaire. Pour des raisons de simplification administrative, la preuve en matière de langues n'est donc pas exigée pour les candidats à la section « fonction enseignante » qui ont réussi la procédure d'admission.

L'**article 59** introduit la réussite d'une procédure d'admission en tant que condition d'admission à la formation initiale de la section « fonction enseignante » dans le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome. L'article détermine également les parties et le contenu de cette procédure d'admission. Lors du test cognitif standardisé de la deuxième partie, les compétences suivantes sont évaluées :

- a) raisonnement logique : être capable de reconnaître les régularités et les progressions et de compléter les séries en conséquence;
- b) raisonnement verbal en langue allemande : être capable d'appliquer du vocabulaire, une compréhension verbale et un raisonnement verbal;
- c) raisonnement mathématique : être capable d'exécuter correctement des opérations arithmétiques simples telles que des additions, soustractions, multiplications et divisions;
- d) raisonnement spatial : être capable de distinguer des objets dans l'espace et d'établir une relation spatiale.

Lors de l'examen des compétences linguistiques en langue allemande et des capacités d'argumentation, le candidat doit rédiger un texte concernant un thème pédagogique.

Cet article introduit également les conditions d'admission aux différentes années d'études de la formation initiale de la section « fonction enseignante » dans le même décret.

L'article 60 dispose que la deuxième partie de la procédure d'admission est menée et évaluée, d'une part, par des psychologues et, d'autre part, par des germanistes, et que la troisième partie est évaluée par un jury.

L'article 61 prévoit que la procédure d'admission a lieu deux fois par an. En outre, l'article établit le calendrier des deux sessions de la procédure d'admission et de la phase d'inscription ainsi que les modalités de l'annonce publique y afférentes et laisse au conseil d'administration de la haute école autonome le soin de fixer la date précise et le lieu de l'examen.

L'article 62 fixe les critères à remplir pour réussir les différentes parties de la procédure d'admission ainsi que la totalité de celle-ci. En outre, l'article prévoit que le candidat qui échoue à la procédure d'admission ou à l'une des parties de ladite procédure a le droit de la repasser. La durée de validité d'une partie réussie de la procédure d'admission est fixée à deux ans. Le candidat est exempté de l'examen pour lequel il est en mesure de présenter une preuve attestant la réussite à celui-ci.

L'article 63 régit la manière d'informer les candidats des résultats des parties d'examen auxquelles ils ont pris part.

L'article 64 dispose que la maîtrise de la langue allemande, qui est nécessaire à une inscription dans un cursus en sciences pédagogiques, est évaluée dans le cadre de l'examen des compétences linguistiques en langue allemande et des capacités d'argumentation de la partie 2 et dans le cadre de la partie 3 de la procédure d'admission.

L'article 66 introduit une disposition transitoire pour l'année scolaire 2023-2024 dans le décret du 27 juin 2005 et dispose que les étudiants qui sont inscrits pour l'année 2022-2023 en première année de la formation initiale de la section « fonction enseignante » et ne valident pas cette année sont autorisés à repasser la première année de ladite formation pour l'année 2023-2024 sans devoir achever ni réussir la procédure d'admission.

16. Octroi d'un emploi supplémentaire dans la fonction de cadre intermédiaire et adaptation correspondante de la mission dans le domaine des compétences multidisciplinaires (art. 17 et 40)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Le Gouvernement propose d'adapter l'article 96.2 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, ainsi que l'article 3, § 1.2, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire.

Un demi-emploi supplémentaire de cadre intermédiaire doit être créé par école secondaire ordinaire. Avec ces emplois supplémentaires de gestion intermédiaire, le Gouvernement entend garantir une représentation élargie des fonctions et des tâches et une meilleure promotion des compétences multidisciplinaires dans les écoles secondaires ordinaires en Communauté germanophone. La gestion intermédiaire des écoles secondaires ordinaires se verra par conséquent confier à partir de l'année scolaire 2022-2023, en sus des missions déjà existantes, la coordination, l'intégration, la mise en œuvre et l'évaluation de la transmission des compétences transversales dans les domaines de la formation aux médias, de la formation politique et de l'orientation professionnelle dans l'école secondaire ordinaire concernée. Grâce à ce nouvel éventail de missions, la transmission de ces compétences doit par conséquent avoir lieu au sein de l'école d'une manière encore plus concertée, en permettant de développer de manière ciblée des compétences horizontales et verticales dans différentes matières au cours de la formation en école secondaire.

Il ressort de l'examen des dispositions en vigueur que la promotion des compétences transversales précitées nécessite un soutien et un contrôle accrus au sein de l'école au niveau de l'enseignement secondaire, qui doivent aller de pair avec une augmentation du nombre d'emplois de cadres intermédiaires mis à disposition, afin de permettre à tous les élèves de bénéficier de la meilleure promotion coordonnée possible dans ces domaines. Cela n'est possible que si un concept interne à l'école est mis sur pied, mis en œuvre et évalué régulièrement par les cadres intermédiaires. Ces nouvelles attributions doivent donc être portées non pas par un seul, mais par tous les cadres intermédiaires, en soutenant le développement de l'enseignement dans ces domaines de manière plus ciblée.

Dans ce contexte, les nouvelles missions principales doivent être reprises dans la description décrétale des missions des cadres intermédiaires.

L'**article 17** modifie l'article 3 de l'arrêté royal du 15 avril 1977, qui prévoyait jusqu'à présent que, dans une école secondaire ordinaire comptant moins de 600 élèves, deux demi-emplois de cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire sont organisés ou subventionnés et que, dans une école secondaire ordinaire comptant 600 élèves ou plus, trois demi-emplois de cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire sont organisés ou subventionnés. L'article augmente le capital emplois prévu pour les cadres intermédiaires d'un demi-emploi dans chaque cas, à savoir trois demi-emplois ou quatre demi-emplois selon la taille de l'école secondaire ordinaire.

L'**article 40** complète l'article 96.2 du décret du 31 août 1998, article qui fixe les missions d'un cadre intermédiaire dans une école secondaire ordinaire.

17. Capital périodes pour le cours de mathématiques pour les classes d'apprentissage linguistique dans l'enseignement secondaire ordinaire (art. 39)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Les écoles secondaires ordinaires qui organisent une classe d'apprentissage linguistique disposent de 30 heures dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique. S'il y a plus de 12 élèves du secondaire primo-arrivants inscrits dans une classe d'apprentissage linguistique, un capital périodes supplémentaire est accordé sur demande.

À la suite d'une demande en ce sens des écoles secondaires ordinaires concernées, il est proposé d'augmenter le capital périodes pour les classes d'apprentissage linguistique dans l'enseignement secondaire ordinaire de quatre heures dans la fonction de professeur de mathématiques, afin de promouvoir les compétences mathématiques des élèves primo-arrivants. Le cours de mathématiques pose des difficultés à de nombreux élèves primo-arrivants dans le cadre de l'intégration dans

l'enseignement ordinaire. Le cours de mathématiques est également donné en langue allemande pour les élèves primo-arrivants afin que ce cours puisse également favoriser l'acquisition de la langue par ces élèves et, en définitive, faciliter leur intégration dans l'enseignement ordinaire.

Le capital périodes dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique ne doit cependant pas être réduit. L'occupation double par phases permet au professeur de classes d'apprentissage linguistique de soutenir le professeur de mathématiques sous la forme d'un enseignement par équipe. En outre, étant donné que les élèves rejoignent généralement une classe d'apprentissage linguistique à différents moments de l'année scolaire, il n'est parfois pas toujours possible, pour des raisons linguistiques, que l'ensemble des élèves de la classe d'apprentissage linguistique puissent participer au cours de mathématiques. Les élèves qui ne possèdent encore aucune connaissance élémentaire en allemand peuvent, pendant le cours de mathématiques, continuer à être soutenus en allemand par le professeur de classes d'apprentissage linguistique.

L'**article 39** fixe que, par classe d'apprentissage linguistique dans l'enseignement secondaire ordinaire, en plus des 30 heures déjà existantes dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique, 4 heures sont octroyées dans la fonction de professeur de cours généraux (mathématiques) dans l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur. En outre, il est précisé que les 30 heures déjà existantes dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique sont octroyées.

18. Augmentation du nombre d'emplois pour Kaleido afin de prévenir le radicalisme violent (art. 72)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Depuis la création de « Wegweiser Ostbelgien » en 2017, ce point de contact destiné à prévenir le radicalisme violent s'est sensiblement développé. Les missions de l'adjoint à la prévention du radicalisme violent définies à l'article 6.94.1 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes sont trop étendues pour qu'elles continuent à être remplies par un seul emploi à temps plein.

Afin de garantir et de renforcer le travail de prévention, en particulier les offres de sensibilisation et de formation, ainsi que le soutien et les conseils aux acteurs locaux axés sur les besoins, il est proposé d'accorder à Kaleido un deuxième emploi d'adjoint à la prévention du radicalisme violent. Le travail de réseau et le travail par projets régional doivent également être poursuivis.

L'**article 72** dispose que le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, Kaleido, obtient un emploi supplémentaire pour un adjoint à la prévention du radicalisme violent.

19. Changements concernant le capital emplois du Centre de pédagogie de soutien (art. 22, 24 et 25)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

a) Augmentation du capital emplois dans la fonction de conseiller en pédagogie de soutien (art. 22)

Le Gouvernement propose d'accorder au Centre de pédagogie de soutien un emploi et demi supplémentaire dans la fonction de conseiller en pédagogie de soutien aux fins de la mise en place de

conseils spécialisés en motricité sensorielle (0,5 ETP) et pour le réseau de communication améliorée et alternative (1 ETP).

Les conseillers en pédagogie de soutien du Centre de pédagogie de soutien ont déjà constaté au cours de l'année scolaire 2017-2018 qu'il existe, dans les écoles en Communauté germanophone, un besoin en conseils croissant pour les élèves qui nécessitent d'être soutenus dans les domaines de la graphomotricité – c'est-à-dire le domaine de la motricité fine, qui comprend la production de signes graphiques avec la main et un instrument d'écriture, autrement dit le mouvement d'écriture – de la coordination œil-main, de la perception visuelle et de thèmes similaires. Jusqu'à l'année scolaire 2019-2020, ces thèmes étaient pris en charge par les collaborateurs du Centre de pédagogie de soutien travaillant dans le domaine de la dyscalculie (1 ETP). Les demandes dans le domaine de la dyscalculie et de la motricité sensorielle excédant cependant les ressources disponibles en matière de personnel, un demi-emploi sous la forme d'un contrat TCS a été autorisé pour l'année scolaire 2020-2021, afin de répondre aux besoins de personnel dans ce domaine. Cet emploi TCS (0,5 ETP) doit désormais être ancré dans un décret, à la demande du Centre de pédagogie de soutien, pour les conseils spécialisés en motricité sensorielle.

Depuis l'année scolaire 2020-2021, le Centre de pédagogie de soutien bénéficie en outre de deux emplois TCS pour le réseau de communication améliorée et alternative, qui doivent également être ancrés dans un décret à la demande du Centre de pédagogie de soutien.

La communication améliorée et alternative (CAA) repose sur le principe que chaque être humain a le droit de communiquer et de participer. En raison de limitations du langage verbal, la possibilité de participer est souvent insuffisante. Dans cette situation, les ressources de la communication améliorée et alternative peuvent être utilisées de manière individuelle, en se basant sur les compétences effectives d'une personne, afin de mettre en place des mesures visant à compléter ou à soutenir la communication, la participation et la codétermination dans la vie quotidienne. Parmi les ressources utilisées dans le cadre de la communication améliorée et alternative figurent notamment les formes de communication corporelles telles que la posture, les mouvements du regard, les gestes et les expressions vocales, l'utilisation de photos ou de symboles à l'aide de tableaux de communication ou de livres de communication ainsi que des ordinateurs vocaux complexes.

Le concept de CAA comprend en outre la fourniture de conseils à l'entourage social et l'accompagnement de celui-ci, de façon que la situation globale en matière de communication de la personne concernée puisse être optimisée aux fins d'une participation élargie.

En créant un bureau de coordination chargé de la CAA, l'Office pour une vie autodéterminée et le Centre de pédagogie de soutien ont jeté les bases d'un réseau interinstitutionnel en Belgique de l'Est. L'objectif est de développer à long terme, en collaboration avec d'autres institutions (par exemple, les centres d'hébergement et de soins, les entreprises d'économie sociale, etc.), des normes uniformes pour les interventions en matière de CAA dans les domaines scolaires et extrascolaires, afin de pouvoir garantir aux personnes non parlantes de toutes les classes d'âge une amélioration de leurs capacités de compréhension et de leur qualité de vie.

Le domaine Communication améliorée et alternative était jusqu'ici coordonné en interne à raison de 12 heures par un membre du personnel du Centre de pédagogie de soutien. Les demandes dans ce domaine émanant des écoles ordinaires et des établissements extrascolaires excèdent cependant les ressources disponibles en matière de personnel, de sorte que deux emplois TCS pour le domaine de la CAA ont été sollicités pour l'année scolaire 2020-2021, qui doivent maintenant être ancrés dans un décret à la demande du Centre de pédagogie de soutien. Afin de répondre à ce besoin élevé et en vue de la mise sur pied d'un réseau de CAA en Belgique de l'Est, le Centre de pédagogie de soutien prévoit les domaines de travail énumérés ci-après en ce qui concerne les conseils et la coordination en matière de CAA :

- guichet et service de consultation pour toutes les écoles ordinaires et l'école spécialisée Pater-Damian, l'Office pour une vie autodéterminée et d'autres établissements qui ont des questions concernant la CAA et ont besoin de soutien en la matière;
- offres de soutien :
 - o informations, sensibilisation, séances de consultation et discussions de cas;
 - o fourniture de conseils aux utilisateurs de la CAA et à leurs encadrants/familles et accompagnement de ceux-ci;
 - o processus de suivi des établissements, écoles et enseignants;
 - o accompagnement de groupes de travail;
- organisation des passages de l'école vers les centres de jour et les foyers pour les utilisateurs de la CAA;
- organisation de formations continues spécifiques à la CAA.

b) Augmentation du capital emplois dans la fonction de surveillant-éducateur en école secondaire spécialisée et de surveillant d'internat (art. 25)

Le Centre de pédagogie de soutien bénéficie, depuis plusieurs années, pour l'école secondaire spécialisée et l'internat de plusieurs emplois TCS, qui sont occupés par des éducateurs (4,5 ETP). Afin d'ancrer dans un décret ces 4,5 équivalents temps plein, il est proposé d'accorder au Centre de pédagogie de soutien, pour l'année scolaire 2022-2023, 3,75 emplois supplémentaires dans la fonction de surveillant-éducateur pour l'école secondaire spécialisée et 0,75 emploi supplémentaire dans la fonction de surveillant d'internat pour l'internat.

Les 3,75 emplois supplémentaires dans la fonction de surveillant-éducateur sont actuellement accordés sous la forme de TCS pour le personnel auxiliaire d'éducation dans l'école secondaire (2,5 ETP), pour l'administration de l'école secondaire (0,25 ETP) et pour l'hippothérapie (1 ETP). L'hippothérapie (thérapie équestre) vise notamment à se pencher sur ses difficultés individuelles, à renforcer l'estime de soi et à gérer ses émotions de manière appropriée.

0,75 équivalent temps plein par TCS est accordé pour l'internat à des fins d'organisation d'activités dans celui-ci.

L'article 25 dispose que, pour l'année scolaire 2022-2023, une école secondaire spécialisée bénéficie de 3,75 emplois supplémentaires dans la fonction de surveillant-éducateur et qu'un internat bénéficie de 0,75 emploi supplémentaire dans la fonction de surveillant d'internat.

c) Capital périodes pour l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement ordinaire (art. 24)

Le capital périodes pour l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement ordinaire est régi par l'article 53^{ter} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé. Le paragraphe 7 prévoit que ce capital périodes s'applique aux années scolaires 2015-2016 à 2021-2022 incluse. En attendant la création d'un organisme paracommunautaire pour la pédagogie de soutien, cette période est prolongée jusqu'à l'année scolaire 2022-2023.

L'article 24 dispose que le capital périodes pour l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement ordinaire est disponible jusqu'à l'année scolaire 2022-2023 incluse.

20. Augmentation du capital emplois pour les surveillants d'internat dans l'enseignement libre subventionné (art. 21)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Conformément à l'article 14 de l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État, un internat rattaché à une école primaire ou secondaire ordinaire et comprenant de 1 à 21 élèves internes bénéficie d'un emploi, et d'un demi-emploi pour tout autre groupe entamé de 21 élèves internes.

Le nombre d'élèves des internats de l'école épiscopale et de l'école secondaire Maria Goretti situées à Saint-Vith est en baisse depuis plusieurs années (à la date du 30 septembre : le nombre d'élèves pour l'internat de l'école épiscopale était de 85 pour l'année scolaire 2017-2018, de 84 pour l'année scolaire 2018-2019, de 65 pour l'année scolaire 2019-2020, de 60 pour l'année scolaire 2020-2021, et de 43 pour l'année scolaire 2021-2022; le nombre d'élèves pour l'internat de l'école Maria Goretti était de 47 pour l'année scolaire 2017-2018, de 49 pour l'année scolaire 2018-2019, de 45 pour l'année scolaire 2019-2020, de 37 pour l'année scolaire 2020-2021, et de 38 pour l'année scolaire 2021-2022). Les besoins en matière d'encadrement, qui découlent de la surveillance et de l'accompagnement des élèves pendant la pause de midi, l'après-midi après la fin des cours et durant cinq nuits par semaine jusqu'au petit déjeuner, ne peuvent cependant être satisfaits avec la dotation en personnel existante, et ce, même si le nombre d'élèves internes est en baisse. L'internat de l'école épiscopale dispose de 2 emplois à temps plein comme surveillant d'internat pour l'encadrement des 43 élèves internes, tandis que l'internat de l'école Maria Goretti dispose de 1,5 emploi à temps plein comme surveillant d'internat pour l'encadrement des 38 élèves internes.

Il a été accordé ces dernières années des emplois TCS aux deux internats de l'enseignement libre subventionné afin de garantir un encadrement optimal des élèves internes. Pour que ces emplois TCS ne soient plus nécessaires et qu'un accompagnement de qualité des élèves internes continue d'être garanti, il est proposé d'augmenter le capital emplois pour la première tranche de 1 à 21 élèves internes de 1 à 2 emplois comme surveillant d'internat.

L'**article 21** dispose que 2 emplois comme surveillant d'internat sont accordés pour 1 à 21 élèves internes. Jusqu'à présent, un seul emploi comme surveillant d'internat était accordé pour cette tranche d'élèves.

21. Adaptation de la composition de la Commission de soutien pour les réclamations en lien avec la compensation des désavantages et la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes (art. 38)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2022

Le chapitre 4.1 de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME fixe les mesures concernant la compensation des désavantages et la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes.

Si les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenti majeur ne sont pas d'accord avec une décision y afférente, ils peuvent, par analogie avec la façon de procéder dans l'enseignement secondaire, introduire un recours auprès du président de la Commission de soutien dans les huit jours calendrier suivant la réception de ladite décision.

Conformément à l'article 93.24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, la Commission de soutien se compose d'un président, d'un secrétaire, d'un représentant de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, d'une personne disposant d'une expérience ou qualification spécifique dans le domaine de la pédagogie de soutien et d'un représentant du département du Ministère compétent en matière de Pédagogie. En outre, le décret organique prévoit que le pouvoir organisateur de l'école ordinaire que l'élève fréquente ou fréquentera conformément au souhait des parents détache une personne qui n'appartient pas au personnel de l'école ordinaire concernée au sein de la Commission de soutien.

Les centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME ne sont pas considérés comme des écoles ordinaires au sens du même décret du 31 août 1998. Par conséquent, la disposition prévoyant que le pouvoir organisateur de l'école ordinaire désigne un représentant pour la Commission de soutien ne s'applique pas à la formation dans les classes moyennes. Pour qu'il y ait tout de même un représentant du pouvoir organisateur de formation pour les réclamations en lien avec la compensation des désavantages et la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes, le Gouvernement propose dans ces cas de détacher au sein de la Commission de soutien un représentant de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME à la place du représentant de l'enseignement ordinaire.

L'article 38 prévoit que, par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 4°, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, une personne proposée par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME est présente aux réunions au cours desquelles la Commission de soutien délibère sur les décisions concernant la compensation des désavantages ou la protection des notes d'un apprenti et mentionnées aux articles 36.3, 36.5, alinéa 3, 36.8 ou 36.10, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME.

22. Réforme du jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire (art. 26 à 35)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2022

Le jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire permet aux citoyens d'obtenir le certificat d'enseignement secondaire inférieur et supérieur. Ces cinq dernières années, 75 candidats en moyenne ont pris part aux examens devant le jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire.

Pour répondre aux défis modernes et garantir un déroulement sans accrocs des sessions d'examen, une adaptation des bases légales en ce qui concerne le jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire est nécessaire. Les modifications du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury font partie du projet « Réforme des jurys d'examen extrascolaires » du programme de travail en cours pour la législature 2019-2024. La présente réforme du jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire comprend deux changements majeurs : l'organisation de deux sessions d'examen par an avec des phases d'inscription distinctes et la limitation des orientations d'études dans les différentes formes d'enseignement.

Pour mettre en œuvre ces modifications et pouvoir modifier en conséquence l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 1994 relatif à la composition et au fonctionnement du jury d'examen de

la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire ainsi qu'à l'organisation des examens présentés devant ce jury, il est nécessaire d'adapter quelque peu le décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury.

Jusqu'à présent, la première session d'examen avait lieu en mai et juin, la seconde session d'examen se déroulant d'août à octobre. Une inscription n'est possible qu'au mois de février. De ce fait, seuls les candidats déjà inscrits pour la première session peuvent être admis en seconde session. Désormais, deux sessions d'examen par année scolaire seront organisées avec deux phases d'inscription distinctes. Cela doit permettre aux candidats de s'inscrire aux deux sessions d'examen, afin de pouvoir passer davantage d'examens au cours d'une année scolaire, et, partant, d'obtenir le certificat visé de façon plus souple et, le cas échéant, plus rapidement.

Les candidats ont, à l'heure actuelle, la possibilité de passer les examens devant le jury d'examen dans n'importe quelle orientation d'études. Le contenu de l'examen correspond au programme d'études d'une orientation d'études d'une école organisée, subventionnée ou reconnue par la Communauté germanophone ou une autre communauté (enseignement technique ou professionnel) ou est déterminé par le ministre compétent (enseignement général).

En raison de la charge administrative élevée qui résulte de l'organisation de deux sessions d'examen distinctes et de la difficulté de trouver des examinateurs appropriés pour toutes les orientations d'études existantes, les orientations d'études proposées doivent être limitées à l'avenir et être fixées dans le même arrêté du 20 juillet 1994. L'arrêté fixera également la liste des matières dans lesquelles les examens doivent être passés pour chaque orientation d'études. Pour conférer ce pouvoir au Gouvernement, le même décret du 18 avril 1994 doit être modifié en conséquence. Si les besoins venaient à changer à la suite de la détermination des orientations d'études, le Gouvernement pourrait ajouter des orientations d'études.

L'actuel article 8 du décret prévoit que les examens sont jugés par au moins deux examinateurs. Dans la pratique, cela est néanmoins rarement réalisable, étant donné la difficulté de trouver des examinateurs appropriés. C'est la raison pour laquelle il est proposé de supprimer la présence obligatoire d'un deuxième examinateur. Pour les examens qui sont jugés par plus d'un examinateur, les examinateurs donnent une note commune. Cette façon de procéder est désormais mentionnée dans le décret.

La réglementation actuelle prévoit que les candidats, en cas de perturbation grave de la procédure d'examen ou en cas de tricherie pendant l'examen, peuvent être exclus des sessions de l'année suivante. Cette réglementation pourrait conduire de manière concrète à la situation suivante : si une tentative de tricherie se produisait au cours de la première session d'examen, le candidat serait exclu des sessions de l'année suivante, mais il serait autorisé, en théorie, à prendre part à la seconde session de l'année au cours de laquelle ladite tentative a eu lieu. Dans le cas où le candidat ne serait pas non plus autorisé à prendre part à cette seconde session d'examen, il serait exclu de trois sessions d'examen au total. Étant donné que le jury d'examen juge disproportionnée l'exclusion de deux ou trois sessions consécutives, il est proposé de préciser que le candidat, dans le cas d'une perturbation grave de la procédure d'examen ou d'une tricherie, est exclu de la session d'examen suivante.

L'**article 26** prévoit que deux sessions d'examen ont lieu par an. Jusqu'à présent, le décret du 18 avril 1994 prévoyait une seule session d'examen tout comme la possibilité d'organiser une seconde session.

L'**article 27** concerne l'admission aux examens de la seconde session. Étant donné que deux sessions d'examen par année scolaire doivent être organisées à l'avenir avec deux phases d'inscription distinctes, la disposition prévoyant que seuls les candidats déjà inscrits à la première session sont

admis en seconde session est abrogée. En outre, la règle selon laquelle l'admission en seconde session ne vaut que pour les branches que les candidats étaient admis à présenter en première session est supprimée.

L'**article 28** dispose que le Gouvernement est habilité à déterminer les orientations d'études dans lesquelles les examens pour l'obtention des certificats d'enseignement secondaire inférieur et supérieur dans l'enseignement professionnel, technique et général peuvent être présentés devant le jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire.

Les **articles 29 à 32** concernent les examens pour l'obtention des certificats d'enseignement secondaire inférieur et supérieur dans l'enseignement professionnel, technique et général. Étant donné que le Gouvernement est habilité, par l'**article 28**, à déterminer les orientations d'études dans lesquelles les examens peuvent être présentés devant le jury d'examen extrascolaire, les **articles 29 à 32** abrogent les mentions figurant aux articles 18 à 21 du décret du 18 avril 1994 et concernant les matières dans lesquelles les examens doivent être présentés dans les différentes formes d'enseignement. Par conséquent, l'énumération actuelle des matières d'examen ainsi que la règle prévoyant que ces matières d'examen sont scindées en trois épreuves et que le Gouvernement détermine la répartition des matières d'examen entre ces épreuves sont supprimées.

L'**article 33** remplace la règle qui prévoit que tous les examens sont jugés par au moins deux examinateurs et que, dans tous les cas, il sera seulement attribué une note commune, par la règle qui dispose que lorsqu'un examen est jugé par plus d'un examinateur, seule une note commune est attribuée.

L'**article 34** abroge l'article 26 du décret du 18 avril 1994 qui dispose que l'ordre des épreuves reprises aux articles 18 à 21 est libre et que si le candidat s'inscrit pour plus d'une épreuve, l'ordre est déterminé par le président. Les mentions relatives aux épreuves sont également abrogées dans les articles 18 à 24 (voir **articles 29 à 32**). L'article 26 est par conséquent abrogé.

L'**article 35** dispose qu'en raison de l'introduction prochaine de deux sessions d'examen par an avec des phases d'inscription distinctes, le jury d'examen pourra exclure le candidat de la session d'examen suivante, en lieu et place des sessions de l'année suivante, en cas de perturbation grave de la procédure d'examen ainsi qu'en cas de tricherie pendant l'examen.

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG

AVANT-PROJET DE DECRET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2022

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 8 avril 1959 organisant le régime des prestations des surveillants et maîtres d'études des établissements d'enseignement moyen et technique de l'État

Article 1^{er} – Dans l'article 2 de l'arrêté royal du 8 avril 1959 organisant le régime des prestations des surveillants et maîtres d'études des établissements d'enseignement moyen et technique de l'État, modifié par le décret du 23 juin 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Au cours de toute période de vingt-quatre heures, les travailleurs ont droit à une période minimale de repos de onze heures consécutives entre la fin et la reprise du travail. »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation aux alinéas 1^{er} et 2, un service qui comprend une garde de nuit peut compter plus de seize heures, et la période de repos peut être inférieure à onze heures si :

1° la nécessité de la dérogation se caractérise par le fait que la continuité du service doit être garantie, et ce, notamment en ce qui concerne les services d'accueil, de traitement, d'encadrement et/ou de soins;

2° la garde se caractérise par la nécessité d'assurer la protection des biens et des personnes;

3° les périodes de repos prescrites peuvent être assurées pendant une période de référence d'une semaine. »;

3° dans l'actuel alinéa 2, qui devient l'alinéa 4, les mots « , du lever au coucher des élèves, » sont abrogés;

4° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le temps de travail de nuit est fixé pour une période entre 22 h 30 et 6 h 30. »;

5° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les alinéas 1^{er}, 2, 3 et 5 servent à transposer la directive 2003/88/CE du Parlement européen et du Conseil du 4 novembre 2003 concernant certains aspects de l'aménagement du temps de travail. »;

6° dans l'actuel alinéa 3, qui devient l'alinéa 7, les mots « , entre le coucher et le lever des élèves, » sont remplacés par les mots « , pendant le temps de travail de nuit ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Art. 2 – À l'article 6, G., a), de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1. le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° professeur de chant (classique/comédie musicale) »;

2. le a) est complété par un 4.1° rédigé comme suit :

« 4.1° professeur de chant (rock/pop) ».

Art. 3 – Dans l'article 7, a), du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, est inséré un 1.2° rédigé comme suit :

« 1.2° assistant en école fondamentale spécialisée; »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 4 – Dans l'article 16, alinéa 1^{er}, 5°, i), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « ou d'assistant en école fondamentale spécialisée » sont insérés entre les mots « d'assistant en maternelle » et les mots « , il dispose de la preuve ».

Art. 5 – Dans l'article 39, alinéa 1^{er}, 5°, i), du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « ou d'assistant en école fondamentale spécialisée » sont insérés entre les mots « d'assistant en maternelle » et les mots « , il dispose de la preuve ».

Art. 6 – À l'article 41 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé de l'article, les mots « Priorité pour l'extension » sont remplacés par les mots « Règles de priorité dans le cadre »;

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, aucune priorité n'est accordée aux membres du personnel nommés dans l'une des fonctions ci-après, pour ce qui est de compléter leur nomination dans la fonction concernée dans l'école concernée :

- a) pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire;
- b) coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé;
- c) assistant en maternelle;
- d) assistant en école fondamentale spécialisée;
- e) Secrétaire en chef. »;

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des alinéas 1^{er} à 3, le pouvoir organisateur donne, lors de l'attribution des emplois qui ont été libérés pour une nomination, priorité aux membres du personnel qui remplissent les conditions pour une nomination à titre définitif et qui n'étaient jusqu'à présent pas nommés ou engagés à titre définitif dans une ou plusieurs fonctions à prestations complètes dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 7 – Dans la phrase introductive de l'article 91*septies*, § 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 8 – Dans la phrase introductive de l'article 121*sexies*, § 4, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 9 – Dans le chapitre XI*bis* du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 169*undetrices* rédigé comme suit :

« Art. 169*undetrices* – Par dérogation à l'article 22, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, l'appel à candidatures pour une désignation à titre temporaire dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée pour l'année scolaire 2022-2023 s'opère entre le [date d'adoption du décret] portant des mesures en matière d'enseignement 2022 et le 31 août 2022. »

Art. 10 – Dans le chapitre *XIbis* du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 169^{tricies} rédigé comme suit :

« **Art. 169^{tricies}** – § 1^{er} – Les membres du personnel qui, au 31 décembre 2022, sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline “classique/comédie musicale”, sont, à partir du 1^{er} janvier 2023, nommés à titre définitif ou, selon le cas, désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale). Est présentée comme preuve au pouvoir organisateur une attestation, rédigée par le chef d’établissement, précisant que le membre du personnel donne des cours dans la discipline “classique/comédie musicale”.

Les membres du personnel qui, au 31 décembre 2022, sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline “rock/pop”, sont, à partir du 1^{er} janvier 2023, nommés à titre définitif ou, selon le cas, désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant (rock/pop). Est présentée comme preuve au pouvoir organisateur une attestation, rédigée par le chef d’établissement, précisant que le membre du personnel donne des cours dans la discipline “rock/pop”.

§ 2 – Pour calculer l’ancienneté de fonction, les jours d’activité de service que le membre du personnel désigné à titre temporaire ou nommé à titre définitif à partir du 1^{er} janvier 2023 dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) ou, selon le cas, dans la fonction de professeur de chant (rock/pop) en application de l’article 40 a prestés avant cette date dans la fonction de professeur de chant sont pris en considération comme s’ils avaient été prestés dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) ou de professeur de chant (rock/pop). »

Chapitre 4 – Modification de l’arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d’éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d’enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l’État et des internats dépendant de ces établissements

Art. 11 – L’article 7, 9°, de l’arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d’éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d’enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l’État et des internats dépendant de ces établissements, inséré par le décret du 26 juin 2017 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Est également considérée comme porteuse du titre requis toute personne qui remplit les conditions mises à l’engagement ou, selon le cas, à la désignation pour la fonction d’instituteur primaire et qui est porteuse des titres mentionnés à l’alinéa 1^{er}, 9.2 et 9.3. »

Art. 12 – L’article 9^{quater} du même arrêté royal, inséré par le décret du 26 juin 2017 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Est également considérée comme porteuse du titre requis toute personne qui remplit les conditions mises à l’engagement ou, selon le cas, à la désignation pour la fonction d’instituteur primaire et qui est porteuse des titres mentionnés à l’alinéa 1^{er}, 2° et 3 .»

Art. 13 – À l’article 13^{septies}, § 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 23 mars 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1. dans le 6°, les mots « professeur de chant » sont remplacés par les mots « professeur de chant (classique/comédie musicale) »;

2. dans le 6°, a), les mots « dans l’orientation “chant” ou “chanson” » sont remplacés par les mots « dans l’orientation “chant (spécialité chant classique)” ou “chanson” »;

3. le paragraphe est complété par un 6.1° rédigé comme suit :

« 6.1° professeur de chant (rock/pop) : le diplôme de l'enseignement artistique supérieur ou supérieur artistique dans l'orientation "chant" (spécialité rock, pop et/ou jazz) et un titre pédagogique dans le domaine du chant. »

Art. 14 – L'article 14 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, est complété par un 1.2° rédigé comme suit :

« 1.2° assistant en école fondamentale spécialisée :

a) le certificat de l'enseignement secondaire supérieur technique, section « éducation »;

b) le certificat de l'enseignement secondaire supérieur professionnel, section « accueil de groupes d'enfants »;

c) l'un des titres suivants dans le domaine de la puériculture :

1° le certificat d'enseignement secondaire supérieur, section "Puériculture";

2° le brevet de puéricultrice;

3° le certificat d'études de sixième année de l'enseignement professionnel, section « puériculture », complété par le certificat de qualification de sixième ou septième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « puériculture »;

d) le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « aide familiale », complété par le certificat de qualification de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « aide familiale »;

e) le certificat de garde d'enfants ou d'aide familiale et seniors et d'aide-soignant, délivré par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone en coopération avec la "Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien - KPVDB" (association des infirmiers germanophones de Belgique) ou un titre reconnu comme équivalent par le Gouvernement.

À défaut d'un candidat porteur de l'un des titres mentionnés aux a) à e), le diplôme d'instituteur maternel vaut titre requis. »

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Art. 15 – À l'article 22octies de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, inséré par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé de l'article, les mots « Priorité pour l'extension » sont remplacés par les mots « Règles de priorité dans le cadre »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des alinéas 1^{er} et 2, le pouvoir organisateur donne, lors de l'attribution des emplois qui ont été libérés pour une nomination, priorité aux membres du personnel qui remplissent les conditions pour une nomination à titre définitif et qui n'étaient jusqu'à présent pas nommés ou engagés à titre définitif dans une ou plusieurs fonctions à prestations complètes dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 16 – Dans l'annexe, au A), § 2, du même arrêté royal, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le f), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le paragraphe est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré, complété par la preuve de la réussite d'une formation complémentaire en religion catholique, reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné. »

Chapitre 6 – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire

Art. 17 – À l'article 3, § 1.2, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 18 juin 2018, le nombre « deux » est remplacé par le nombre « trois » et le nombre « trois » est remplacé par le nombre « quatre ».

Art. 18 – L'article 15 du même arrêté royal, modifié par le décret du 22 juin 2020, est abrogé.

Chapitre 7 – Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 19 – Dans l'article 10, § 1^{er}, alinéa 8, de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par le décret du 29 juin 2015, les mots « alinéa 6 » sont remplacés par les mots « alinéa 8 ».

Art. 20 – À l'article 10bis du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 juin 2005 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 4, les mots « alinéa 6 » sont remplacés par les mots « alinéa 8 »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « directeur et enseignant » sont remplacés par les mots « qui occupent une fonction de recrutement de la catégorie du personnel directeur et enseignant »;

3° le § 2, alinéa 3, est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° les périodes abandonnées au profit de ce quart sont considérées comme vacantes dès le début de la mise en disponibilité. »;

4° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les membres du personnel mis en disponibilité avant le 1^{er} septembre 2022 conformément au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et qui n'occupent pas une fonction de recrutement de la catégorie du personnel directeur et enseignant prestent les activités correspondant à leur fonction à raison de deux tiers de leur service. Ceci correspond à la moitié d'un emploi à temps plein. Pour le quart restant, les alinéas 3 et 4 s'appliquent. »

Chapitre 8 – Modification de l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État

Art. 21 – Dans l'article 14, § 1^{er}, 1°, de l'arrêté royal n° 456, du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État, remplacé par le décret du 6 mai 2019, les mots « 1 éducateur d'internat » sont remplacés par les mots « 2 éducateurs d'internat ».

Chapitre 9 – Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l’enseignement spécialisé

Art. 22 – À l’article 5^{quinquies}, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l’enseignement spécialisé, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les mots « Huit emplois » sont remplacés par les mots « Neuf emplois et demi ».

Art. 23 – L’article 31^{ter} du même décret, abrogé par le décret du 26 juin 2017, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. 31^{ter} – § 1^{er} – Dans une école fondamentale spécialisée, des emplois dans la fonction d’assistant en école fondamentale spécialisée sont organisés ou subventionnés conformément aux nombres d’élèves suivants :

- 1° jusqu’à 25 élèves : 0,5 emploi à temps plein;
 - 2° de 26 à 50 élèves : 1 emploi à temps plein;
 - 3° de 51 à 75 élèves : 1,5 emploi à temps plein;
 - 4° de 76 à 100 élèves : 2 emplois à temps plein;
 - 5° de 101 à 125 élèves : 2,5 emplois à temps plein.
- Pour tout groupe entamé de 25 élèves : un demi-emploi supplémentaire.

Le nombre d’élèves de l’école fondamentale spécialisée régulièrement inscrits au dernier jour d’école du mois de septembre de l’année scolaire en cours sert de base pour le calcul du nombre d’emplois.

Le capital emplois calculé conformément à l’alinéa 1^{er} est disponible pour l’année scolaire en cours.

§ 2 – Pour l’assistant en école fondamentale spécialisée, la durée hebdomadaire de travail est de 36 heures de 60 minutes pour un emploi à temps plein. Dans les faits, l’assistant en école fondamentale spécialisée preste au moins neuf heures de 60 minutes dans une école fondamentale spécialisée.

§ 3 – Dans le respect du temps de travail hebdomadaire mentionné au § 2, le pouvoir organisateur peut répartir le capital emplois entre plusieurs membres du personnel lors de la désignation ou de l’engagement à titre temporaire ainsi que lors de la nomination ou de l’engagement à titre définitif. »

Art. 24 – Dans l’article 53^{ter}, § 7, du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, les années « 2021-2022 » sont remplacées par les années « 2022-2023 ».

Art. 25 – Dans le chapitre IV^{ter} du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 53^{sexies} rédigé comme suit :

« Art. 53^{sexies} – § 1^{er} – En plus du capital emplois obtenu conformément à l’article 34, 3,75 emplois dans la fonction de surveillant-éducateur sont accordés à une école secondaire spécialisée pour l’année scolaire 2022-2023.

§ 2 – En plus du capital emplois obtenu conformément au chapitre IV, 0,75 emploi dans la fonction de surveillant d’internat est accordé à un internat pour l’année scolaire 2022-2023. »

Chapitre 10 – Modification du décret du 18 avril 1994 relatif à l’installation d’un jury d’examen de la Communauté germanophone pour l’enseignement secondaire et à l’organisation des examens présentés devant ce jury

Art. 26 – L'article 11 du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury, remplacé par le décret du 17 mai 2004, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 11 – Deux sessions d'examen sont organisées chaque année. »

Art. 27 – Dans l'article 14 du même décret, l'alinéa 2, inséré par le décret du 17 mai 2004, est abrogé.

Art. 28 – Dans le chapitre III du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré, avant la section 1^{re}, un article 17.1, rédigé comme suit :

« Art. 17.1 – Le Gouvernement détermine les orientations d'études dans lesquelles les examens mentionnés aux articles 18 à 21 peuvent être présentés devant le jury d'examen. »

Art. 29 – À l'article 18 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et comprend les cours suivants : allemand, mathématiques, histoire, géographie, français, une science naturelle et au moins une option » sont abrogés;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement détermine les matières d'examen dans les différentes orientations d'études au sein de l'enseignement concerné. »;

3° l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 30 – À l'article 19 du même décret, modifié par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « (cours généraux) et sur le programme de la quatrième année d'études (cours techniques et pratiques) » sont abrogés;

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement détermine les matières d'examen dans les différentes orientations d'études au sein de l'enseignement concerné. »;

3° l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 31 – À l'article 20 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et comporte les cours suivants : allemand, mathématiques, histoire, géographie, français, une science naturelle et au moins trois options dont une doit être une science naturelle » sont abrogés;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement détermine les matières d'examen dans les différentes orientations d'études au sein de l'enseignement concerné. »;

3° l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 32 – À l'article 21 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « de la sixième et de la septième année d'études (cours généraux) et sur le programme de la cinquième et de la sixième année d'études (cours techniques et pratiques) » sont remplacés par les mots « des cinquième, sixième et septième années »;

2° l'alinéa 4 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement détermine les matières d'examen dans les différentes orientations d'études au sein de l'enseignement concerné. »;

3° l'alinéa 5 est abrogé.

Art. 33 – L'article 24 du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 24 – Si l'examen est évalué par plus d'un examinateur, il sera seulement attribué une note commune. »

Art. 34 – L'article 26 du même décret est abrogé.

Art. 35 – Dans l'article 30, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots « des sessions de l'année suivante » sont remplacés par les mots « de la session suivante ».

Chapitre 11 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 36 – Dans l'article 3bis, § 1^{er}, alinéa 3, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001, la deuxième phrase est complétée par les mots « en ce qui concerne les membres du personnel de la catégorie du personnel enseignant, à l'exception des pédagogues de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant occupé au sein de la haute école autonome ».

Chapitre 12 – Modification du décret-programme 1997 du 20 mai 1997

Art. 37 – Dans l'article 4ter, § 3, alinéa 4, du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, inséré par le décret du 25 juin 2007, les mots « dans le cadre de ces heures ne sont pas autorisés » sont remplacés par les mots « ne sont autorisés que dans le cadre des heures réservées à l'administration énumérées dans l'alinéa 1^{er}, 1°, a), 2°, a), 3°, a), et 4°, a). ».

Chapitre 13 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 38 – L'article 93.24, § 1^{er}, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 13 décembre 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 4°, une personne proposée par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME est présente lors des séances au cours desquelles la Commission de soutien délibère sur les décisions concernant les mesures de compensation des désavantages et la protection des notes énumérées aux articles 36.3, 36.5, alinéa 3, 36.8 et 36.10, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME. »

Art. 39 – À l'article 93.81 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Pour ce faire sont à chaque fois mises à disposition trente heures dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique pour des groupes allant jusqu'à douze élèves primo-arrivants ainsi que quatre heures dans la fonction de professeur de cours généraux (mathématiques) dans le degré inférieur ou supérieur de l'enseignement secondaire. »;

2° dans la phrase introductive de l'alinéa 2, les mots « dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique » sont insérés entre les mots « des heures supplémentaires » et les mots « sont accordées ».

Art. 40 – À l'article 96.2 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 11°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 12° rédigé comme suit :

« 12° coordonner, intégrer, mettre en œuvre et évaluer la transmission des compétences transversales dans les domaines de la formation aux médias, de la formation politique et de l'orientation professionnelle. »

Art. 41 – L'article 98 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 – Sans préjudice du § 1^{er}, la mission des assistants en école fondamentale spécialisée consiste à exécuter, sur instruction des titulaires de classe, les tâches suivantes :

1° soutenir le titulaire de classe lors de l'organisation d'activités scolaires et extrascolaires;

2° apporter de l'aide aux enfants dans leurs soins corporels, lorsqu'ils vont aux toilettes et lors des repas;

3° préparer les engins de jeu et agrès;

4° maintenir propres et en état les matériels ludiques et occupationnels;

5° nettoyer les locaux de groupe ou de classe;

6° nettoyer les installations ludiques et sportives extérieures;

7° apporter un soutien logistique lors de la préparation et de l'organisation de fêtes et d'actions.

L'assistant en école fondamentale spécialisée n'exécute la mission mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1°, qu'en présence du titulaire de classe.

Les titulaires de classe ont autorité sur les assistants en école fondamentale spécialisée. »

Art. 42 – L'article 103.1 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 103.1 – Temps de travail hebdomadaire des membres du personnel dans une fonction de recrutement de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation dans l'enseignement fondamental et secondaire ordinaire et spécialisé.

Les prestations fournies par les membres du personnel dans une fonction de recrutement de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation dans l'enseignement fondamental et secondaire ordinaire et spécialisé s'élèvent, dans le cadre d'une activité à temps plein, à 36 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les prestations fournies par le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé s'élèvent, dans le cadre d'une activité à temps plein, à 38 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois. Dans les faits, le coordinateur en pédagogie de soutien preste au moins 19 heures de 60 minutes par semaine auprès d'un pouvoir organisateur.

Le temps de travail hebdomadaire ne peut en aucun cas dépasser 50 heures. »

Chapitre 14 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 43 – Dans l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, i), du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « ou d'assistant en école fondamentale

spécialisée » sont insérés entre les mots « d'assistant en maternelle » et les mots « , il dispose de la preuve ».

Art. 44 – L'article 35, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2.1, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, est abrogé.

Art. 45 – Dans l'article 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, i), du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « ou d'assistant en école fondamentale spécialisée » sont insérés entre les mots « d'assistant en maternelle » et les mots « , il dispose de la preuve ».

Art. 46 – À l'article 53 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 4, inséré par le décret du 29 juin 2015 et modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, aucune priorité n'est accordée aux membres du personnel nommés dans l'une des fonctions ci-après, pour ce qui est de compléter leur nomination dans la fonction concernée dans l'école concernée :

- a) pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire;
- b) coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé;
- c) assistant en maternelle;
- d) assistant en école fondamentale spécialisée;
- e) secrétaire en chef. »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des alinéas 1^{er} à 4, le pouvoir organisateur donne, lors de l'attribution des emplois qui ont été libérés pour un engagement à titre définitif, priorité aux membres du personnel qui remplissent les conditions pour un engagement à titre définitif et qui n'étaient jusqu'à présent pas nommés ou engagés à titre définitif dans une ou plusieurs fonctions à prestations complètes dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 47 – Dans la phrase introductive de l'article 62.6, § 3, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 48 – Dans la phrase introductive de l'article 69.5, § 4, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 49 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 119.26 rédigé comme suit :

« Art. 119.26 – § 1^{er} – Les membres du personnel qui, au 31 décembre 2022, sont engagés à titre définitif ou, selon le cas, à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline "classique/comédie musicale", sont, à partir du 1^{er} janvier 2023, engagés à titre définitif ou, selon le cas, à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale). Est présentée comme preuve au pouvoir organisateur une attestation, rédigée par le chef d'établissement, précisant que le membre du personnel donne des cours dans la discipline "classique/comédie musicale".

Les membres du personnel qui, au 31 décembre 2022, sont engagés à titre définitif ou selon le cas, à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline "rock/pop", sont, à partir du 1^{er} janvier 2023, engagés à titre définitif ou, selon le cas, à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant (rock/pop). Est présentée comme preuve au pouvoir organisateur une attestation, rédigée par le chef d'établissement, précisant que le membre du personnel donne des cours dans la discipline "rock/pop".

§ 2 – Pour calculer l’ancienneté de fonction, les jours d’activité de service que le membre du personnel engagé à titre temporaire ou à titre définitif à partir du 1^{er} janvier 2023 dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) ou, selon le cas, dans la fonction de professeur de chant (rock/pop) en application de l’article 55 a prestés avant cette date dans la fonction de professeur de chant sont pris en considération comme s’ils avaient été prestés dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) ou de professeur de chant (rock/pop). »

Chapitre 15 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidé de l’enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 50 – À l’article 18 du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidé de l’enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l’alinéa 1^{er}, les mots « , devant le pouvoir organisateur ou un représentant désigné par lui, » sont insérés entre les mots « prête serment » et les mots « dans les termes de »;

2° l’alinéa 2 est abrogé.

Art. 51 – Dans l’article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, h), du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « ou d’assistant en école fondamentale spécialisée » sont insérés entre les mots « d’assistant en maternelle » et les mots « , il dispose de la preuve ».

Art. 52 – Dans l’article 37, alinéa 1^{er}, 5°, h), du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018, les mots « ou d’assistant en école fondamentale spécialisée » sont insérés entre les mots « d’assistant en maternelle » et les mots « , il dispose de la preuve ».

Art. 53 – À l’article 41 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° l’alinéa 3, inséré par le décret du 29 juin 2015 et modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l’alinéa 1^{er}, aucune priorité n’est accordée aux membres du personnel nommés dans l’une des fonctions ci-après, pour ce qui est de compléter leur nomination dans la fonction concernée dans l’école concernée :

- a) pédagogue de soutien dans l’enseignement fondamental ordinaire;
- b) coordinateur en pédagogie de soutien dans l’enseignement spécialisé;
- c) assistant en maternelle;
- d) assistant en école fondamentale spécialisée;
- e) secrétaire en chef. »;

2° l’article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des alinéas 1^{er} à 3, le pouvoir organisateur donne, lors de l’attribution des emplois qui ont été libérés pour une nomination, priorité aux membres du personnel qui remplissent les conditions pour une nomination à titre définitif et qui n’étaient jusqu’à présent pas nommés ou engagés à titre définitif dans une ou plusieurs fonctions à prestations complètes dans l’enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 54 – Dans la phrase introductive de l’article 56.5, § 3, du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 55 – Dans la phrase introductive de l’article 64.5, § 4, du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 56 – Dans la phrase introductive de l’article 64.16, § 4, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 57 – Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 111sexiesdecies rédigé comme suit :

« Art. 111sexiesdecies – § 1^{er} – Les membres du personnel qui, au 31 décembre 2022, sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline “classique/comédie musicale”, sont, à partir du 1^{er} janvier 2023, nommés à titre définitif ou, selon le cas, désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale). Est présentée comme preuve au pouvoir organisateur une attestation, rédigée par le chef d’établissement, précisant que le membre du personnel donne des cours dans la discipline “classique/comédie musicale”.

Les membres du personnel qui, au 31 décembre 2022, sont nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant et donnent des cours dans la discipline “rock/pop”, sont, à partir du 1^{er} janvier 2023, nommés à titre définitif ou, selon le cas, désignés à titre temporaire dans la fonction de professeur de chant (rock/pop). Est présentée comme preuve au pouvoir organisateur une attestation, rédigée par le chef d’établissement, précisant que le membre du personnel donne des cours dans la discipline “rock/pop”.

§ 2 – Pour calculer l’ancienneté de fonction, les jours d’activité de service que le membre du personnel désigné à titre temporaire ou nommé à titre définitif à partir du 1^{er} janvier 2023 dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) ou, selon le cas, dans la fonction de professeur de chant (rock/pop) en application de l’article 48 a prestés avant cette date dans la fonction de professeur de chant sont pris en considération comme s’ils avaient été prestés dans la fonction de professeur de chant (classique/comédie musicale) ou de professeur de chant (rock/pop). »

Chapitre 16 – Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d’enseignement 2005

Art. 58 – À l’article 23, alinéa 1^{er}, du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d’enseignement 2005, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 5°, les modifications suivantes sont apportées :

a) dans la phrase introductive, les mots « ou d’un parent ou allié du 1^{er} degré du membre du personnel ou de la personne avec laquelle il vit maritalement » sont remplacés par les mots « , d’un enfant du membre du personnel ou d’un enfant de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vit maritalement, selon le cas, ou décès d’un enfant placé qui, au moment de son décès ou par le passé, vivait au sein du ménage du membre du personnel dans le cadre d’un accueil à long terme d’au moins six mois »;

b) dans le a), les mots « 4 jours ouvrables » sont remplacés par les mots « 10 jours ouvrables consécutifs »;

c) le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) période : comprise dans les 30 jours à compter du jour du décès; »

2° l’alinéa est complété par un 5.1° rédigé comme suit :

« 5.1° décès d’un parent ou allié du 1^{er} degré du membre du personnel ou de la personne avec laquelle il vit maritalement :

a) durée : 4 jours ouvrables;

b) période : à partir de la semaine au cours de laquelle le décès a lieu jusqu’au dernier jour de la semaine au cours de laquelle l’enterrement a lieu; »

3° l’article est complété par un 7.1° rédigé comme suit :

« 7.1° décès d'un enfant placé qui, au moment de son décès, vivait au sein du ménage du membre du personnel dans le cadre d'un accueil à court terme :

- a) durée : 1 jour ouvrable;
- b) période : le jour de l'enterrement; ».

Chapitre 17 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 59 – L'article 3.1 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, modifié par le décret du 25 juin 2007, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 3.1 – Procédure et conditions d'admission à la formation initiale "fonction enseignante" »

§ 1^{er} – Est admis en première année de la formation initiale de la section "fonction enseignante" l'étudiant qui remplit les conditions suivantes :

- 1° être porteur d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur, d'un certificat de l'enseignement supérieur ou d'un titre d'études assimilé par ou en vertu d'une loi, d'un décret, d'une directive européenne ou d'une convention internationale;
- 2° avoir acquitté les droits d'inscription fixés à l'article 3.8;
- 3° avoir réussi avec fruit la procédure d'admission fixée au § 2.

Est admis en deuxième année de la formation initiale de la section "fonction enseignante" l'étudiant qui remplit l'une des conditions suivantes :

- 1° il dispose d'un certificat attestant la réussite de la première année de la formation initiale de la section "fonction enseignante" de la haute école autonome dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière au moins 50 % du total des points possible;
- 2° il dispose d'un certificat attestant la réussite d'une première année d'étude équivalente effectuée dans une autre haute école dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière au moins 50 % du total des points possible, et il a réussi avec fruit l'examen des compétences linguistiques en langue allemande et des capacités d'argumentation de la partie 2 ainsi que la partie 3 de la procédure d'admission fixée au § 2.

Est admis en troisième année de la formation initiale de la section "fonction enseignante" l'étudiant qui remplit l'une des conditions suivantes :

- 1° il dispose d'un certificat attestant la réussite de la deuxième année de la formation initiale de la section "fonction enseignante" de la haute école autonome dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière en première et deuxième années au moins 50 % du total des points possible;
- 2° il dispose d'un certificat attestant la réussite d'une deuxième année d'études équivalente effectuée dans une autre haute école dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière en première et deuxième années au moins 50 % du total des points possible, et il a réussi avec fruit l'examen des compétences linguistiques en langue allemande et des capacités d'argumentation de la partie 2 ainsi que la partie 3 de la procédure d'admission fixée au § 2.

Les chargés de cours de la haute école autonome vérifient l'équivalence des titres d'études en comparant les contenus et le volume des cours et des stages de la première année d'études d'une autre haute école et ceux de la haute école autonome.

§ 2 – La procédure d’admission de la haute école pour ce qui est de la section “fonction enseignante” se compose de trois parties :

- 1° partie 1 : une procédure d’auto-évaluation écrite et numérique invitant à mener une réflexion sur soi et à déterminer si les études et le métier d’enseignant ou d’instituteur maternel correspondent aux attentes de la personne intéressée;
- 2° partie 2 : un examen écrit qui se compose, d’une part, d’un test cognitif standardisé visant à évaluer le raisonnement logique, mathématique et spatial ainsi que le raisonnement verbal en langue allemande et, d’autre part, d’une évaluation portant sur les compétences linguistiques en langue allemande et les capacités d’argumentation au cours de laquelle sont notées l’orthographe, la grammaire, la ponctuation, l’expression, la structure et la capacité d’argumentation. Le niveau de l’examen des compétences linguistiques en langue allemande correspond à celui de la connaissance approfondie de la langue maternelle, l’allemand, en s’appuyant sur les compétences attendues dans le cadre du référentiel de compétences “allemand langue de l’enseignement” pour les deuxième et troisième degrés de l’enseignement secondaire ;
- 3° partie 3 : un entretien personnel mené en langue allemande avec le candidat et un jury composé par la haute école, au cours duquel sont évaluées les motivations ainsi que les compétences communicationnelles, sociales et personnelles du candidat. L’entretien se compose d’une présentation personnelle et de l’analyse d’un cas de figure tiré de la vie quotidienne scolaire. En ce qui concerne la présentation personnelle, la motivation, la capacité de se présenter et les compétences communicationnelles sont évaluées selon des critères. En ce qui concerne l’analyse du cas de figure, la capacité à analyser des situations, à pratiquer la prise de perspective et à régler les conflits est évaluée. La troisième partie se déroule oralement.

Les conditions d’admission aux différentes parties de la procédure d’admission sont fixées comme suit :

- 1° partie 1 : tout candidat intéressé;
- 2° partie 2 : tout candidat qui a réussi avec fruit la première partie et s’est inscrit dans les formes et délais à la deuxième partie de la procédure d’admission, le candidat devant introduire le certificat signé qui prouve qu’il a achevé la procédure d’auto-évaluation dont la date, lors de l’inscription, ne peut remonter à plus de deux ans;
- 3° partie 3 : tout candidat qui a réussi la deuxième partie. »

Art. 60 – Dans le titre III, sous-titre 1^{er}, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, il est inséré un article 3.1.1, rédigé comme suit :

« Art. 3.1.1 – *Examineur pour la procédure d’admission*

§ 1^{er} – Le test mentionné à l’article 3.1, § 2, alinéa 1^{er}, 2°, pour évaluer le raisonnement logique, verbal, mathématique et spatial est mené et mesuré par au moins deux psychologues. L’évaluation des compétences linguistiques est menée par au moins deux germanistes au moyen de grilles de critères standardisées.

Les psychologues mentionnés à l’alinéa 1^{er} sont porteurs d’une licence ou, selon le cas, d’un master en psychologie. Les germanistes mentionnés à l’alinéa 1^{er} sont porteurs d’une licence ou, selon le cas, d’un master en langues germaniques avec l’allemand comme orientation principale.

§ 2 – L’entretien personnel mentionné à l’article 3.1, § 2, alinéa 1^{er}, 3°, est évalué par un jury composé d’au moins deux examinateurs. Les examinateurs sont choisis parmi les chargés de cours de

la haute école autonome, les instituteurs maternels, les instituteurs primaires et les chefs d'établissement, le jury comprenant au moins un chargé de cours.

Les instituteurs maternels ou primaires ou les chefs d'établissement mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont en activité de service ou en non-activité de service dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, française ou flamande de Belgique et apportent la preuve de leur connaissance approfondie de la langue allemande.

§ 3 – Avant le début de la procédure d'admission, le conseil d'administration détermine les examinateurs mentionnés aux §§ 1^{er} et 2. »

Art. 61 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 3.1.2 rédigé comme suit :

« *Art. 3.1.2 – Organisation de la procédure d'admission*

La procédure d'admission fixée à l'article 3.1, § 2, alinéa 1^{er}, se déroule deux fois par an. La première session a lieu entre le 15 mai et le 30 juin. La deuxième session a lieu entre le 15 et le 31 août.

La phase d'inscription commence au moins quatre semaines avant le début de toute session. L'appel aux inscriptions à la procédure d'admission est publié dans la presse et sous toute autre forme appropriée.

Le conseil d'administration détermine le lieu et le moment où ont lieu les parties de la procédure d'admission mentionnées à l'article 3.1. »

Art. 62 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 3.1.3 rédigé comme suit :

« *Art. 3.1.3 – Évaluation lors de la procédure d'admission*

L'évaluation des compétences cognitives de base (partie 2) mentionnée à l'article 3.1, § 2, alinéa 1^{er}, 2°, est réputée réussie si, par comparaison avec le groupe de référence (ensemble représentatif du groupe), le candidat a au moins obtenu des résultats satisfaisants dans les domaines du raisonnement logique, verbal, mathématique et spatial du test standardisé. Par "résultats satisfaisants", il faut entendre que les valeurs des domaines évalués doivent être au moins comprises dans la fourchette moyenne inférieure, ce qui signifie que le pourcentage doit se situer entre 13,5 et 100.

L'évaluation des compétences linguistiques de base (partie 2) mentionnée à l'article 3.1, § 2, alinéa 1^{er}, 2°, est réputée réussie, si le candidat obtient une note totale – composée de celles obtenues dans les domaines de la langue, de la structure/de la cohérence du texte et du contenu ainsi que de la note unique obtenue dans le domaine de la langue (grammaire, orthographe, ponctuation, vocabulaire, syntaxe, compétences linguistiques) – d'au moins 60 %.

L'entretien personnel (partie 3) mentionné à l'article 3.1, § 2, alinéa 1^{er}, 3°, est réputé réussi, si le candidat mentionne suffisamment d'intérêts liés à l'activité qui l'incite à choisir le métier d'enseignant, si le contenu de l'entretien montre suffisamment de liens avec les tâches (réponses aux questions) et si le candidat fait preuve d'une maîtrise correcte et adéquate, dans une mesure suffisante, de la langue allemande en ce qui concerne la grammaire, le vocabulaire, la syntaxe et le style.

La procédure d'admission est jugée réussie, si le candidat a réussi les parties 2 et 3 de celle-ci, mentionnées à l'article 3.1, § 2, alinéa 1^{er}, 2° et 3°. La réussite d'un examen de la procédure d'admission est valable deux ans.

Le candidat qui n'a pas réussi la procédure d'admission peut à nouveau se présenter aux sessions suivantes. Le candidat aux études est exempté de la présentation de l'examen pour lequel il est en mesure de présenter une preuve, en cours de validité, attestant la réussite à celui-ci.

Art. 63 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 3.1.4 rédigé comme suit :

« Art. 3.1.4 – *Communication des résultats*

Après avoir présenté chaque partie de la procédure d'admission, le candidat est informé des résultats obtenus comme suit :

- 1° partie 1 : le candidat reçoit l'évaluation de son aptitude pour le cursus ainsi qu'une preuve de participation au terme de la procédure d'auto-évaluation;
- 2° partie 2 : Les résultats sont communiqués au candidat par courrier électronique à une date annoncée au préalable. Tout résultat négatif est en outre motivé en formulant une appréciation sommaire pour chaque domaine;
- 3° partie 3 : les résultats sont communiqués au candidat oralement au terme de l'entretien personnel. Une confirmation écrite des résultats est communiquée au candidat par courrier électronique à une date annoncée au préalable. »

Art. 64 – À l'article 3.11, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 24 octobre 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 24 octobre 2011, les mots « et ceux de toutes les autres sections » sont remplacés par les mots « et ceux de la section « sciences financières et administratives » ;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit : « Pour la section "Sciences pédagogiques", la connaissance approfondie de la langue allemande est évaluée dans le cadre de l'examen des compétences linguistiques en langue allemande et des capacités d'argumentation de la partie 2 ainsi que dans le cadre de la partie 3 de la procédure d'admission décrite à l'article 3.1, § 2. »

Art. 65 – L'article 5.34, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2010, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des alinéas 1^{er} à 3, le pouvoir organisateur donne, lors de l'attribution des emplois qui ont été libérés pour une nomination, priorité aux membres du personnel qui remplissent les conditions pour une nomination à titre définitif et qui n'étaient jusqu'à présent pas nommés ou engagés à titre définitif dans une ou plusieurs fonctions à prestations complètes dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 66 – Dans le titre IX du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 9.11~~undecies~~ rédigé comme suit :

« Art. 9.11~~undecies~~ – Les étudiants qui, lors de l'année académique 2022-2023, étaient inscrits en première année de la formation initiale "fonction enseignante" et ne l'ont pas réussie seront admis à nouveau dans la même année, sans devoir représenter et réussir la procédure d'admission mentionnée à l'article 3, § 2, lors de l'année académique 2023-2024. »

Chapitre 18 – Modification du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration

Art. 68 – Dans la phrase introductive de l'article 20, § 4, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration, modifié par le décret du 6 mai 2019, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 69 – Dans le chapitre 5 du même décret, modifié par le décret du 6 mai 2019, il est inséré un article 67.3 rédigé comme suit :

« Art. 67.3 – Les périodes pendant lesquelles un adjoint pour l'inclusion et l'intégration a assuré les missions énumérées à l'article 15.1 dans le cadre d'un congé pour mission dans l'intérêt de l'enseignement sont prises en compte pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 20, § 4, 1°. »

Chapitre 19 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 70 – À l'article 6.36 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé de l'article, le mot « Extension » est remplacé par les mots « Règles de priorité dans le cadre »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des alinéas 1^{er} à 3, le conseil d'administration donne, lors de l'attribution des emplois qui ont été libérés pour une nomination, priorité aux membres du personnel qui remplissent les conditions pour une nomination à titre définitif et qui n'étaient jusqu'à présent pas nommés ou engagés à titre définitif dans une ou plusieurs fonctions à prestations complètes dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. »

Art. 71 – Dans la phrase introductive de l'article 6.83, § 3, alinéa 1^{er}, du même décret, le nombre « 50 » est remplacé par le nombre « 45 ».

Art. 72 – Dans l'article 7.4.1 du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018, les mots « il est créé un emploi d'adjoint à la prévention du radicalisme violent » sont remplacés par les mots « deux emplois d'adjoint à la prévention du radicalisme violent sont créés ».

Chapitre 20 – Entrée en vigueur

Art. 73 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2022, à l'exception :

1° de l'article 44, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2021;

2° des articles 19 et 20, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du décret;

3° de l'article 38, qui entre en vigueur le 1^{er} juillet 2022;

4° des articles 2, 6, 1° et 3°, 10, 13, 15, 16, 37, 46, 2°, 49, 53, 2°, 57, 59 à 67 et 70, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2023.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG